



23. Heft | 19. November 1908

## JAMES RAMSAY MACDONALD · ARBEITSLOSIGKEIT

**Z**URZEIT hat die Arbeitslosigkeit in England wieder einen solchen Umfang angenommen, dass sie zum Gegenstand einer erheblichen Agitation geworden ist. In Manchester, Leeds und Glasgow ist die öffentliche Ordnung gestört worden, und die normale Verminderung der Arbeitsnachfrage ist durch Streiks in der Schiffbauindustrie an der Nordostküste und in der Textilindustrie von Lancashire noch verschärft worden. Im April letzten Jahres sandten die Gewerkschaften dem Handelsamt einen Bericht, aus dem sich ergab, dass 3 % ihrer Mitglieder Arbeitslosenunterstützung empfangen. Im letzten Monat berichteten die selben Gewerkschaften, dass 9 % ihrer Mitglieder arbeitslos waren.

Die Ursachen der gegenwärtigen Krise sind keineswegs besonderer Art. Sie wurzeln vielmehr in der mangelhaften Organisation der modernen kapitalistischen Gesellschaft. Mehrere Jahre lang hat England in allen Zweigen seiner Produktion mit Volldampf gearbeitet. Sowohl in der Menge wie im Wert überstiegen seine Ausfuhr und Einfuhr alle früheren Zahlen. Allgemein wurde mit Überstunden gearbeitet; die Unternehmergewinne erreichten eine Höhe, die bisher in der industriellen Geschichte des Landes noch unbekannt war. Im letzten Jahr wurde die Einkommensteuer von einem Gesamteinkommen von 980 Millionen Pfund Sterling erhoben, dass sind 19,6 Milliarden Mark, die den wohlhabenden Klassen zugeflossen waren. Vor 6 Jahren hatte das steuerpflichtige Einkommen erst 866 Millionen Pfund Sterling oder 17,3 Milliarden Mark betragen. Auch die Löhne waren auf den Stand von 1901 gestiegen, wo die besonderen Umstände des südafrikanischen Krieges den Preis der Arbeit erhöht hatten. Es muss indessen, was die Löhne anlangt, bemerkt werden, dass sich die Lohnsteigerungen auf eine kleine Zahl von Gewerbezweigen beschränkten, vornehmlich auf den Bergbau und die Baumwollindustrie. Die gegenwärtige Krise traf also die Arbeiterschaft trotz der besonders günstigen Zeiten, die die Nation hinter sich hat, vollständig unvorbereitet und unfähig zum Widerstand.

Die industrielle Politik Englands steht noch beinahe ganz unter dem Einfluss des manchesterlichen *laisser faire*, ein Umstand, der es verschuldet, dass wir der Frage der Arbeitslosigkeit ganz besonders unvorbereitet gegenüberstehen.

Wir haben unsere Landwirtschaft dadurch verfallen lassen, dass wir unsere grundbesitzenden Klassen dem Handel und der Industrie zuführten. Das Land ist zu Sportzwecken verwendet worden. Die *nouveaux riches*, die rasch reich gewordenen Industriebarone, zahlen den Grundbesitzern höhere Pachten für die Erlaubnis während der Saison Moorhühner, Rebhühner und Rehböcke zu schießen als die Bauern beim Anbau von Korn und Gemüse aufzubringen vermöchten. Infolgedessen sind auch die Löhne der Landarbeiter sehr stark gesunken. Grund und Boden für bäuerlichen Kleinbetrieb war überhaupt nicht erhältlich, und manche Grundbesitzer haben absichtlich die auf ihrem Boden stehenden Arbeiterwohnhäuser zu Ruinen verfallen lassen, um die unwillkommene Bevölkerung von der Scholle zu vertreiben. So ist Englands Volksmasse mehr und mehr städtisch und industriell geworden, und wenn Handel und Wandel einmal ins Stocken geraten, dann haben wir keine Gewerbe, in die sich unser Volk flüchten könnte. Unsere arbeitslosen städtischen Arbeiter können nicht in die Wälder oder auf die Güter und Bauernhöfe zurückgehen. Sie müssen vielmehr auf der Suche nach Arbeit von Fabrik zu Fabrik, von Werkstatt zu Werkstatt, von Stadt zu Stadt wandern, bis sich ihnen eine Beschäftigung darbietet. Unter diesen Umständen braucht die Industrie nur ein wenig ins Stocken zu geraten: sofort tauchen die Arbeitslosen auf, bevölkern die Strassen und werden zum Gegenstand politischer Agitation.

Einer der wichtigsten Erfolge der *Labour Party*, der Arbeiterpartei, ist der, dass sie der Bevölkerung das Problem der Arbeitslosigkeit nachdrücklich zu Gemüte geführt hat. Schon bevor sie im Parlament Fuss fasste, hatte ihre Agitation im Lande einen beträchtlichen Erfolg, und die letzte konservative Regierung brachte im Jahre 1905 ein Gesetz durch, dass zwar unvollkommen und nicht wirksam genug, doch prinzipiell ganz klar den Grundsatz anerkannte: Einen Mann, der vorübergehend arbeitslos ist, darf man nicht zum Pauper werden lassen, der Staat ist vielmehr verpflichtet ihm Arbeit zu verschaffen, und eine besondere Institution der Lokalverwaltung soll sich mit ihm befassen. Das Parlament sah dieses Gesetz als einen Versuch an und beschränkte infolgedessen seine Wirksamkeit auf 3 Jahre in der Überzeugung, dass man nach Ablauf dieser Zeit genügende Erfahrung gesammelt haben werde, um das Parlament zu einer längerdauernden gesetzgeberischen Behandlung der Frage zu befähigen. Unglücklicherweise ging in der Zwischenzeit die Leitung des Ministeriums für Lokalverwaltung an John Burns über, ein früheres Mitglied der *Sozialdemokratischen Partei*, ein Mann, der in früheren Jahren als ein unentwegter Vorkämpfer des Sozialismus angesehen wurde. John Burns zeigt in seiner Laufbahn lediglich die Schwäche desjenigen Sozialisten, der seine Stärke durch eine heftige, aggressive Sprache beweisen muss. Seit jenen Tagen ist er vor verantwortliche Aufgaben gestellt worden, und da ihn seine frühere Propaganda unfähig gemacht hatte eine wissenschaftliche Anwendung des Sozialismus auf die heutigen Probleme des Industriestaats vorzunehmen, so ist er ziellos hin und her geirrt, bis er in eine Lage geriet, die in der *Nation*, dem führenden Organ des englischen Liberalismus, richtig gekennzeichnet wird, wenn sie ihn »das konservativste Mitglied der heutigen Regierung« nennt. Burns war dem Gesetz zur Unterstützung der Arbeitslosen besonders abgeneigt. Er bekämpfte es, als es im Jahre 1905 im Parlament zur Diskussion stand, er beschränkte seine Wirksamkeit in jeder nur möglichen

Art und machte alle praktischen Erfolge unmöglich, seitdem er in das Ministerium eintrat.

Der bemerkenswerteste Versuch in Verbindung mit dem Gesetz ist die landwirtschaftliche Kolonie Hollesley Bay. Bei ihrer Gründung beabsichtigte man dieser Kolonie ein System von kleinbäuerlichen Wirtschaften anzugliedern, in die Männer und Frauen übergeführt werden könnten, nachdem sie in Hollesley Bay vorbereitet waren. Das Gesetz selbst sah indessen für das Zentralarbeitslosenamt, das mit der Aufsicht über Hollesley Bay betraut war, keine Kompetenz zur Gründung von solchen kleinen Ansiedlungen vor. Als dieses Amt sich nun mit dem Antrag an das Ministerium für Lokalverwaltung wandte ihm die Genehmigung zur Erwerbung eines Terrains nahe bei Hollesley Bay zu erteilen, antwortete Burns, dass das Zentralarbeitslosenamt keinerlei gesetzliche Befugnis habe irgend etwas derartiges zu unternehmen. Damit endete die Angelegenheit, die ganze Arbeit der Kolonie veränderte ihren Charakter und wurde geradezu wertlos. Wo immer er konnte, versagte Burns den Lokalbehörden die Genehmigung das Gesetz anzuwenden, und wo es angewandt wurde, handelte es sich zumeist um einfache Notstandsarbeiten ohne konstruktiven Wert. Jeder Versuch den Notstandsarbeiten eine gewisse erzieherische Bedeutung zu verleihen, so dass die Leute auf das Land oder in die Dörfer zurückgeführt würden, oder dass der an den klippenreichen Küsten des Kapitalismus gestrandete Produzent wieder einigermaßen seetüchtig gemacht würde, wurde vereitelt und zu nichts gemacht. So kommt es, dass wir 3 Jahre nach dem Erlass jenes Gesetzes genau auf dem selben Fleck stehen, wo die konservative Regierung stand, als sie jenes Gesetz schuf: wir sind einer praktischen Behandlung des Problems der Arbeitslosigkeit heute genau so fern wie zu jener Zeit. Augenblicklich tagt eine königliche Kommission zur Untersuchung der Armengesetzgebung und der Probleme der Armut im allgemeinen. Die Kommission wird dieses Jahr oder zu Beginn des nächsten Bericht erstatten, und die Regierung hat uns mitgeteilt, dass sie ihre eigenen Vorschläge nicht eher bekanntmachen könne als jener Bericht in ihren Händen ist. Das alles ist natürlich nur eine Ausrede, um Zeit zu verträdeln, und so wird es auch von der Arbeiterpartei angesehen.

Das Programm der Arbeiterpartei ist zwiefach. Für den Augenblick lassen wir die grundsätzliche Anschauung der Mehrheit unserer Mitglieder, dass jene soziale Ordnung, die als Sozialismus bekannt ist, allein eine Lösung des Problems zu bringen vermöge, ausser Ansatz. Wir haben es mit der periodischen Arbeitslosigkeit zu tun und müssen in irgend einer Weise den ehrenhaften, fleissigen Mann, der unter ihr leidet, davor bewahren so weit herunterzukommen, dass er entweder unverwendbar oder von der öffentlichen Armenpflege abhängig wird. Wir haben daher zwei verschiedene Linien zu verfolgen. Zunächst müssen wir einen Versuch mit der Wiederbelebung des Ackerbaus und der mit ihm verknüpften Gewerbe, zum Beispiel Aufforstungen, machen. Wir wissen wohl, dass das keine Lösung der Schwierigkeiten ist. Immerhin wird aber eine Wiederbelebung der Landwirtschaft auf der Grundlage kleinbäuerlicher, unter Staatskontrolle gehaltener Betriebe zweifellos zu einer ständigeren Beschäftigung der Industrie führen; diese Massregel wird ferner eine Zeit der Arbeitslosigkeit weniger verhängnisvoll für die Arbeiterschaft erscheinen lassen, wenn und insoweit sie das Land weniger abhängig von den

Konjunktoren der Fabrikindustrie macht als sie es heute ist. Die Partei wünscht daher eine Reihe von Musterfarmkolonien begründet zu sehen, verbunden mit immer weiter ausgreifenden Plänen für dörfliche Anlagen, kleine Güter und Arbeitshäuser. Auf diese Weise könnten wir, wie berechnet worden ist, 2 oder 3 Millionen Menschen zur Mutter Erde zurückführen, Märkte für ihre Erzeugnisse finden, und zwar in einem solchen Umfang, dass wir auch den heimischen Markt für industrielle Waren und andere Güter vergrössern. Weite Strecken des Landes, die von einigen unserer Autoritäten auf 17 Millionen englische Acker geschätzt werden, eignen sich zur Aufforstung. Man hat weiter berechnet, dass ein solcher Forstbetrieb die Arbeit von mindestens 2 Millionen Menschen nutzbar machen könnte. Für einige Zeit würde sie die durch Einführung von Maschinen und Verbesserung des Produktionsprozesses freigesetzte Bevölkerung absorbieren. Sie würde ausserdem einer sehr beträchtlichen Zahl von Menschen Unterschlupf gewähren, die jetzt in Städten leben und zu alt sind, als dass sie auf dem gewöhnlichen Arbeitsmarkt Beschäftigung finden könnten. So würde der Druck der Überfüllung des Arbeitsmarktes überall abnehmen. Ich möchte indessen klar und nachdrücklich betonen, dass unsere Partei ganz genau weiss, wie wenig alle diese Massnahmen gegen das Unvermögen des kapitalistischen Systems seiner Arbeiterschaft ständig Arbeit zu verschaffen ausrichten können. Die Partei drängt deshalb auf die Schaffung einer Einrichtung, die in guten Zeiten langsam angehen, aber in schlechten Zeiten in beschleunigten Gang gesetzt werden kann. Zu diesem Ende schlägt sie folgendes vor: Ein recht erheblicher Teil der öffentlichen Arbeiten kann ganz gut so lange verschoben werden, bis der Arbeitsmarkt eine Überfüllung zeigt. So ist es zum Beispiel in den meisten Fällen nicht nötig öffentliche Gebäude gerade dann zu errichten, wenn eine Menge von privaten Häusern gebaut werden. Ein grosser Teil von Strassenverbesserungen kann ebenfalls zurückgestellt werden, bis beispielsweise eine Strassenbahn in einer Stadt vollendet ist. Viele Aufträge der Regierung können gleichfalls zurückgehalten werden, wenn die Privatindustrie Überstunden einlegen muss. Der Erfolg dieser Massregeln würde in einer gewissen Regelmässigkeit und Ständigkeit der Beschäftigung zu tage treten und eine beträchtliche Anzahl von Menschen in der Arbeit belassen, die anderenfalls arbeitslos werden würden. Dadurch aber würde auf der anderen Seite auch der Konsum in grösserem Umfange aufrecht erhalten bleiben, was wiederum dazu beitragen würde eine allzu tief greifende Depression zu verhindern.

Um indessen auch jenen Leuten zu helfen, die trotz aller dieser Vorsichtsmassregeln arbeitslos werden, hat die Partei ihren Gesetzentwurf über das Recht auf Arbeit eingebracht. Dieser Entwurf wurde dem Parlament in der letzten Session von mir unterbreitet und kam in dieser Session sehr früh wieder an die Reihe. Grundsätzlich fordert er, dass ein Mann, der auf dem gewöhnlichen Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden kann, das Recht haben soll zu einer öffentlichen Behörde zu gehen und entweder Arbeit oder eine Art von Unterhalt zu fordern. Die Partei ist sich wohl bewusst, dass die Ausführung gerade dieses letzten Teils unseres Vorschlags schwierig und gefährlich sein mag. Aber es gibt Tausende von gelernten Arbeitern, denen es, während sie in Arbeit standen, unmöglich war irgendwie beträchtliche Summen zu sparen, Männer, die 3 oder 4 Monate lang arbeitslos sind, aber im

gewöhnlichen Verlauf der Dinge bei einer Besserung des Geschäftsganges sofort wieder Arbeit finden werden. Diese Männer können keine schwere Handarbeit verrichten, ohne ihre berufliche Geschicklichkeit einzubüßen, und doch leiden sie Hunger. Wir meinen nun, dass der Staat bei einer sorgsamten Verwaltung sehr wohl diese Männer vor der Notwendigkeit die öffentliche Armenpflege in Anspruch zu nehmen bewahren könnte, indem er ihnen so viel Unterhaltsmittel an die Hand gibt wie notwendig sind, um ihnen ihre Arbeitsfähigkeit zu erhalten.<sup>1)</sup> Was die Leute anlangt, die vorübergehend beschäftigt werden können, so liegt hier die Hauptschwierigkeit in der Auffindung geeigneter Arbeit. Aber niemand, der das Land mit allen seinen verborgenen Möglichkeiten kennt, zweifelt daran, dass man Arbeitsgelegenheit auffinden kann. Im übrigen hat schon jedes Land der Welt in der einen oder anderen Weise und mit mehr oder weniger gutem Erfolg Versuche angestellt, um das Problem zu meistern. So ist denn auch die Arbeiterpartei der Meinung, es komme nicht so wohl darauf an neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen als die bereits bestehenden wirklich auszunutzen. Die Regierungsbehörden, die hier in betracht kommen können, haben weder Augen noch Ohren, um etwas Ordentliches zu schaffen; deshalb haben wir mit der grössten Sorgfalt einen Plan für die Organisation der Verwaltung entworfen, der sowohl beim Ministerium für Lokalverwaltung wie bei den verschiedenen örtlichen Verwaltungsstellen im Lande eine Nachrichtenabteilung und eine *Abteilung für Initiative* vorsieht. Wir schlagen vor in Verbindung mit den Stadtverwaltungen und den Grafschaftsräten Kommissionen einzusetzen, die teilweise aus Mitgliedern dieser Körperschaften, dann aber auch aus ernannten Sachverständigen bestehen. Die Aufgabe dieser Kommissionen soll sein die Statistik der Arbeitslosigkeit zu pflegen, Arbeitspläne zu entwerfen und im allgemeinen die Ausführung unseres Gesetzentwurfs in ihren Bezirken zu überwachen. Ferner wollen wir eine beratende Zentralkommission schaffen, die ihren Sitz in Whitehall, im Ministerium für Lokalverwaltung, haben und aus Vertretern der Gewerkschaften, der verschiedenen Staatsbehörden, als Ministerium für Lokalverwaltung, Ministerium des Innern und Handelsministerium, sowie aus Personen bestehen soll, die die Regierung aus der Zahl der besonders Sachkundigen ernannt hat. Die Aufgabe dieser Kommission soll sein die Tätigkeit der lokalen Kommissionen mit einander in Verbindung zu bringen, Arbeitspläne für das ganze Land zu entwerfen, den Gang des Handels und der Industrie zu beobachten und im allgemeinen darauf zu sehen, dass die im Inland wie im Ausland gemachten Versuche auf diesem Gebiete zur Kenntnis der lokalen Kommissionen gelangen und im Fall des Bedürfnisses auch angewandt werden. Dieser Kommission sollen Männer zugewiesen werden, deren Aufgabe es ist im Lande herumzuziehen und nachzusehen, was bereits geschieht, und neue Möglichkeiten nützlicher Arbeit zu entdecken. Die Partei ist der Überzeugung, dass eine solche Einrichtung auf eine lange Zeit

<sup>1)</sup> Man hat vorgeschlagen diesen Teil unseres Gesetzentwurfs, der den Notstandskommissionen das Recht gibt gelernte Arbeiter mit Geld zu unterstützen, auf der Grundlage einer Versicherung aufzubauen. Die Unternehmer sollen verpflichtet sein je nach der Zahl ihrer beschäftigten Arbeiter Beiträge zu einem staatlichen Fonds zu bezahlen, zu dem auch die Arbeiter eine geringfügige Beisteuer zu leisten hätten. Der Staat sollte dann diese Summe ergänzen und so eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit schaffen, deren Verwaltung sich den Grundlinien unseres Gesetzentwurfs anzupassen hätte. Zurzeit ist indessen diese Frage noch offen und unterliegt der Beschlussfassung der Partei.

hinaus im stande sein wird während schlechten Geschäftsganges tatsächlich jeder um Arbeit bittenden Person solche zu verschaffen.

Die Regierung, als eine echte und rechte kapitalistische Regierung, verwarf zwar die Theorie des Rechts auf Arbeit, erkannte aber den Wert unseres Vorschlags um so mehr an, je mehr sie sich damit beschäftigt hat; gleicherweise vergrösserte sich damit auch ihre Neigung unsern Vorschlag anzunehmen.

So standen die Dinge, was die theoretische Diskussion, die Lage des gewerblichen Lebens und die politische Entwicklung anlangt, als die Krisis dieses Winters über uns kam. Die Arbeiterpartei hatte zu überlegen, was zu tun sei, und wie man es tun müsste. Jeder Vorschlag der Arbeitslosigkeit abzu- helfen ist entweder von der Arbeiterpartei ausgegangen oder von ihr angenommen und bearbeitet worden, als wäre es ihr eigener. Über den Wert des Entwurfs der Arbeiterpartei kann vom sozialistischen Standpunkt aus überhaupt kein Zweifel bestehen; wenn irgend welche Zweifel laut wurden, so bezogen sie sich wesentlich auf die parlamentarische Taktik der Arbeiterpartei: das muss scharf hervorgehoben werden. Während der letzten Wochen haben wir strenge Kritiken erfahren, und es wurde sogar der Versuch gemacht die Bewegung zu spalten, die so viel für den englischen Sozialismus und die Arbeiterpolitik getan hat. Der Ausgangspunkt für diese Kritik war nicht eine Meinungsverschiedenheit über den Wert der Vorschläge sondern einfach eine solche über die Wirksamkeit einer parlamentarischen Methode im Gegensatz zu einer anderen. Es mag mir gestattet sein den Stand der Dinge darzulegen. Bevor der Notstand einen ernsten Charakter annahm, wiesen wir die Regierung nachdrücklich auf die Notwendigkeit neuer gesetzgeberischer Massnahmen hin. Als dann aber die Krisis kam, stellten wir unser Begehren nach gesetzgeberischen Massnahmen zurück und richteten unsere Agitation auf die Erlangung einer besseren und elastischeren Verwaltung. Der Grund dafür war einleuchtend. Gesetzgeberische Massnahmen kosten Zeit, und während wir uns mit der Fassung von Paragraphen beschäftigten, wäre das Volk in den Strassen Hungers gestorben; Verwaltung dagegen bedeutet nichts anderes als die Unterschrift eines Ministers unter einen Erlass, und sofort kann wirksame Hilfe geleistet werden. Für jeden, der die Einzelheiten unseres öffentlichen Lebens kennt, liegt die Vernunft dieser Politik der Arbeiterpartei offen zu tage. Aber grade bei diesem Punkt setzten die Angriffe auf uns ein. Grayson, der als *revolutionäres* Mitglied in das Parlament geschickt worden ist und sich dort sehr selten sehen liess, hatte im Lande flammende Reden gehalten, in denen er gesetzgeberische Massnahmen verlangte und die Drohung laut werden liess, er würde, wenn nicht bald etwas geschehe, seine Ruhe verlieren, im Unterhause Krach machen und sich von den Sitzungen ausschliessen lassen. Es ist nicht einzusehen, warum sich nicht Mitglieder der Arbeiterpartei aus dem Hause ausweisen lassen sollten, wenn eine solche Taktik vernünftig erscheint. Irische Abgeordnete sind halbdutzendweise ausgeschlossen worden: Herr Plimsoll wurde einst aus dem Unterhause ausgeschlossen, während er grade mitten in der Agitation zum Schutz des Lebens der Seeleute stand; radikale Parlamentsmitglieder sind ausser sich geraten und haben Szenen gemacht. Ohne Rücksicht auf diese Tatsachen behauptete die Kritik, die der linke Flügel an der Arbeiterpartei übt, Ausschluss aus dem Hause, Schimpfreden und Lärm-

szenen müssten einen wesentlichen Teil der parlamentarischen Tätigkeit der Arbeiterpartei bilden. Hyndman soll vor kurzem in einer öffentlichen Versammlung gesagt haben: »Was nützt eine sozialistische Partei im Parlament, wenn sie das Parlament nicht anflügelt?« Wer auch nur einen Schimmer von Verständnis für politische Tätigkeit hat, muss den Unsinn einer solchen Politik einsehen. Wenn eine Partei in das Parlament eintritt, so muss sie das Parlament benutzen. Eine sozialistische Partei muss von der Voraussetzung ausgehen, dass der politische Staat die höchste Autorität in der Gesamtheit sein soll; ist das der Fall, so lässt sich auch nicht die geringste Rechtfertigung für die Handlungsweise unserer Kritiker finden. Mehr als jeder andere Politiker muss der Sozialist auf demokratische Form und demokratische Rechte halten: es ist einfach unsinnig einer parlamentarischen Minderheit eine Politik zu vindizieren, die behauptet, es sei die Pflicht dieser Minderheit gegen die Erledigung der Geschäfte des Parlaments Obstruktion zu treiben und die parlamentarische Maschine zum Stillstand zu bringen; das hiesse nichts anderes als die Herrschaft der Minderheit, und wäre ausgesprochene Tyrannei. Die Bewegung in England ist jetzt das Ziel eines wirklich recht niedrigen Angriffs im Stil von Volksversammlungsreden und Schauspielerkünsten. Unser überraschender Sieg im Jahre 1906 hat einzelne Teile unserer Bewegung in verschiedenen Gegenden ihres Gleichgewichts beraubt; die grosse Zahl neuer Rekruten, die wie eine Flutwelle in die Bewegung hineinkam, hat die Stabilität der Partei erschüttert und sie unkontrollierbaren Einflüssen ausgesetzt. Einflüssen, die manchmal an religiösen Wahnsinn erinnern. In manchem Kopf spiegeln sich die Dinge so, als ob wir unseren Fuss gradezu in den Jordan getaucht hätten, als ob sich die Wasser vor uns teilten, und als ob wir nur noch einen kleinen Anlauf zu nehmen brauchten, um in das gelobte Land Kanaan zu kommen.

Unsere Parteigenossen auf dem Festlande dürfen die sehr bemerkenswerte Tatsache nicht aus dem Auge verlieren, dass alle diejenigen, die an der Bildung der Arbeiterpartei beteiligt gewesen sind, Schulter an Schulter gegen die zerstörenden Kräfte zusammenstehen, die während der letzten zwölf Monate innerhalb der Partei sich gezeigt haben. Man darf sich über den Ernst unserer Lage keiner Täuschung hingeben. Die sogenannte *Sozialdemokratische Partei* (früher *Sozialdemokratische Föderation*) bleibt bei ihrer alten und bekannten Gegnerschaft gegen die Arbeiterpartei. Ihre Politik des akademischen Dogmatismus, die ihr die Verurteilung eines Marx und eines Engels zuzog, scheint im Augenblick erfolgreich zu sein; in Wirklichkeit ist sie es nicht: die Zahl ihrer Anhänger ist nicht im Wachsen begriffen sondern nimmt ab. Aber sie hat es verstanden in gewissen kleinen Zirkeln der *Unabhängigen Arbeiterpartei* und in Zweigen der Gewerkschaftsbewegung Unfrieden und Misstrauen zu säen. Diese Unruhe geht freilich nicht in die Tiefe: die grosse Masse der Mitglieder unserer Partei unterstützt rückhaltlos unsere gegenwärtige Politik. Die Minderheit ist aber sehr tätig und angriffslustig und kann weit über die Zahl ihrer Anhänger Kräfte entfalten. Sie hat auch zahllose Möglichkeiten, um öffentliche Versammlungen durch Diskussionen zu stören, die die älteren Mitglieder der Partei anwidern. Da es bei uns zu Lande nicht für alle unsere Anhänger üblich ist der Partei als Mitglieder beizutreten — unsere grosse Stärke beruht in der Tat auf

Gruppen, von denen man eher sagen kann, dass sie mit uns sympathisieren, als dass sie bei uns organisiert seien —, so hat sich während der Tage der inneren Streitigkeiten der Austritt einer gewissen Klasse von Mitgliedern vollzogen, was zu einer Schwächung der Partei als eines Ganzen geführt hat. Während der kommenden Monate muss deshalb die Parteileitung die grössten Anstrengungen machen, um die Partei wieder innerlich zu festigen. Das ist unzweifelhaft möglich, aber der einzige Weg, der dazu führt, ist eine entschlossene und ausgesprochene Zurückweisung der anarchistischen und anarchistelnden Methode des sogenannten *linken Flügels*.

XX

## MAX SCHIPPEL · DIE REICHSSTEUERVORLAGEN



NOCH in den neunziger Jahren konnte man darauf ausgehen durch eine Reichsfinanzreform zugleich den Einzelstaaten dauernd sichere Zuwendungen zu verschaffen. Die erste, hierhergehörige Vorlage des Grafen Posadowsky als Reichsschatzsekretär, aus der Session 1893-1894, wollte den Bundesstaaten *mindestens* 40 Millionen Mark Mehrüberweisungen (Überschüsse der Überweisungen über die eigentlichen Matrikularbeiträge) durch den jedesmaligen Etat verbürgen. Doch brachte es dieser Entwurf im Reichstag nur zur ersten Lesung; die Kommission, der er anvertraut war, verhandelte ihn gar nicht erst. Dann wurde man angesichts der unaufhaltsam wachsenden Reichsbedarfe zusehends bescheidener. Schon die nächstjährige Vorlage des Grafen Posadowsky erstrebte lediglich die Matrikularbeiträge nicht über den veranschlagten Gesamtbetrag der Überweisungen hinauswachsen zu lassen; doch unterblieb selbst diese Abgrenzung der gegenseitigen Finanzbeziehungen abermals, weil die Voraussetzung, die Tabaksteuererhöhung, vollkommen zusammenbrach. Heute sind wir nach manchen Jahren des schwankenden Tastens und Experimentierens bei den *ungedeckten* einzelstaatlichen Matrikularleistungen an die 0,40 Mark pro Kopf der Bevölkerung, also an etwa 24 Millionen Mark regelmässiger jährlicher Inanspruchnahme der Einzelstaaten für das Reich, durchaus gewöhnt. Und der neueste Bundesratsentwurf schlägt für die nächsten 5 Jahre sogar einen »Höchstbetrag der von den Bundesstaaten alljährlich insgesamt aufzubringenden ungedeckten Matrikularbeiträge« von 80 Pfennig pro Kopf der Bevölkerung vor. Die Motive suchen heute nur darzulegen, warum man in der Heranziehung der Gliederstaaten nicht beliebig weit gehen könne:

»Das gegenwärtige Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten ist hinsichtlich der Finanzen für beide Teile schädlich. Da letztere verfassungsmässig verpflichtet sind die Ausgaben des Reichs aufzubringen, soweit ihre Deckung nicht aus dessen eigenen Mitteln erfolgen kann, haben die Einzelstaaten mit beständig schwankenden hohen Ausgaben zu rechnen, die nicht nur in den kleineren Staaten eine geregelte Finanzgebarung aufs äusserste erschweren. Der im Jahre 1906 unternommene Versuch durch teilweise *Aussetzung* der unmittelbaren Matrikularbeitragszahlung Abhilfe zu schaffen beruhte auf der Voraussetzung, dass die erschlossenen neuen Einnahmen den Mehrbedarf des Reichs in normalen Zeiten zu decken imstande sein würden, und somit der etwaige Minderertrag eines ungünstigen Jahres durch Überschüsse folgender Jahre einen Ausgleich fände. Nachdem die neuen Steuerquellen sich zumeist als wenig ergiebig erwiesen haben, muss der gegenwärtige Zustand entweder eine weitere Erhöhung der Reichsschuld oder eine Belastung der einzelnen Bundesstaaten mit Ausgaben zur Folge haben, zu deren Tragung sie niemals imstande sind.«



Der kräftigste Anstoss zu dem Reformanlauf kommt diesmal jedoch aus einem ganz anderen Gebiet, und zwar ist von hier aus der Reichsleitung allmählich eine viel einflussreichere Bundesgenossenschaft zugewachsen als sie aus den händeringenden Finanzministern der Einzelstaaten jemals sich herausbilden konnte. Unsere gesamte Hochfinanz, ja man kann sagen: unsere gesamte kommerzielle und industrielle Unternehmerschaft ist es, die heute einhellig wie ein Mann die Einschränkung der *Schuldenwirtschaft* fordert, weil während der letzten Jahre und Monate der ohnehin schon überempfindliche *Geldmarkt* unausgesetzt aus einer Verlegenheit in die andere gestürzt wurde, eben durch das unablässige Auftauchen umfassendster staatlicher Kreditforderungen neben den an sich schon hochgespannten Ansprüchen des eigentlichen Wirtschaftslebens.

Wie oft wurde von der bürgerlichen Tages- und Fachpresse die verwirrende Rolle der *Schatzscheine* für die ungehinderte Erfüllung der elementarsten Reichsbankaufgaben hervorgehoben. Die enttäuschende Gestaltung vieler der letztjährigen und letztmonatlichen Reichsbankausweise wurde, zum Teil schon in sehr übertriebener Weise, auf das abnorme Anschwellen dieser Kreditwerte zurückgeführt, die das Reich bei der Bank diskontierte, oder auf die unberechenbar plötzliche Abhebung der durch die vorherige Diskontierung von Schatzscheinen gewonnenen, auf Girokonto gutgeschriebenen Fonds des Reiches. Immer häufiger erregte dieses früher ungekannte System Beunruhigung gerade dann, wenn das Geschäftsleben eine *Entspannung* erwartete und am nötigsten brauchen konnte; immer schwerer gliederte sich diese Art der Pumpwirtschaft in die normale Reichsbanktätigkeit und in das allgemeine Getriebe des Geschäftslebens ein. Im letzten Etatsjahr wurde die Summe dieser Schatzanweisungen bis auf 475 Millionen Mark erhöht, während — nach einer Erzbergerschen Zusammenstellung — selbst im Kriegsjahre 1870 nur 129 Millionen und 1871 nur 350 Millionen ausgegeben wurden; Ende der siebziger Jahre kam man stets mit höchstens 70 Millionen aus und später vermochte das Reich eine Zeitlang auf diese *schwebenden* Schulden ganz zu verzichten. Aber seit 1900 kam hier der Rückschlag, schliesslich mit der erwähnten Maximalgrenze von 475 Millionen Mark. Es mag eine masslose Überschätzung darin liegen, wie man unsere ganze ausserordentliche Diskonthöhe mit dem Vorgehen der Reichsfinanzverwaltung in Verbindung bringt; aber erklärlich ist es, dass unser Untermertum diesen störenden Faktor aus dem Geldmarkt um jeden Preis ausgeschaltet sehen will.

Ähnliches gilt für die eigentlichen *Anleihen*. Einschliesslich der langfristigen Schatzanweisungen, aber ohne Berücksichtigung der in Höhe von 147 Millionen Mark noch offenstehenden letzten Kredite, ist, nach den Motiven, die Reichsschuld allmählich in folgender Weise auf mehr als  $4\frac{1}{4}$  Milliarden Mark angeschwollen; die erste Schuldbegebung überhaupt fand im Jahre 1877 statt; sie betrug im Jahre 1880 267 786 500 Mark, 1885 444 000 000, 1890 1 317 797 700, 1895 2 125 255 100, 1900 2 395 650 000, 1905 3 543 500 000 und 1908 4 253 500 000 Mark. Gerade in den kritischen Wirtschaftsjahren 1906 bis 1908 entwickelte sich zwischen dem Reich und dem Grossunternehmertum wiederholt ein förmliches Wettrennen in den Emissionen; und bei seinem öffentlichen Ansehen und seinen Verbindungen mit den Bankkonsortien fiel es dem Reich nicht allzu schwer dem Privatkapital jedesmal die erste, nach langem

Verschmachten wieder sich eröffnende Gelegenheit des stärker strömenden Leihkapitalzuflusses wegzuschnappen. Die *unsolide* Finanzgebarung hätte unseren grosskapitalistischen Kreisen wohl noch jahrelang keine besonderen Kopfschmerzen bereitet; aber die den gesamten Geldmarkt *störende* und verwirrende Anleihewirtschaft will man für die Zukunft nicht länger ertragen, obwohl für den Augenblick die drückende Knappheit des Geldmarkts vorübergehend wieder nachgelassen hat.

Weiter ist bekannt, dass ausgedehnte Schichten des Kleinbürgertums, mittelbar durch Sparkassen, Gewerkschaften und Versicherungsorganisationen sogar nicht unbeträchtliche Schichten der Arbeiterklasse das Sinken und Schwanken der Anleihekurse als eigenen Nachteil und Schaden zu empfinden gelernt haben. Die Berliner Sparkasse rechnete am 1. April 1907 mit einem nominellen, buchmässigen Kursverlust von 10 Millionen Mark, der ihr bei dem vorhandenen Bestand an Werteffekten als Unterschied zwischen dem Ankaufswert und dem geltenden Kurs entstanden war. Neben Pfandbriefen besass die Sparkasse ausschliesslich Reichs-, Staats- und Stadtanleihen; der Reservefonds, der das Jahr vorher mit 28 Millionen Mark zu Buch stand, war auf diese Weise bis auf 18 Millionen Mark herabgesunken. Der Kassierer einer angesehenen Gewerkschaft klagte mir vor etwa Jahresfrist einmal bitter seine Not, dass er vorhandene Staatspapiere wegen des drohenden Kursverlustes nicht abzustossen wage, während er zu gleicher Zeit fremde Gelder zu wenig günstigen Bedingungen heranzuziehen suchen müsse. Alle diese Erfahrungen haben wesentlich dazu beigetragen, dass die Neuordnung des Reichsfinanzwesens diesmal eine ganz andere, eine viel energischere Unterstützung findet als früher gewöhnlich.

Für die Regierungen überwiegen natürlich nach wie vor die rein finanzpolitischen Gesichtspunkte, nur dass deren Eindruck mit der Zunahme der ganzen Reichsfinanzmisere ein immer tieferer geworden ist; die Reichsregierung hat heute die Einzelstaaten in ganz anderer Weise hinter sich. Wollte man als nichtnormale Einnahmen alle Reichsanleihen und alle Zubussen seitens der Einzelstaaten (Matrikularbeiträge minus Überweisungen) ansehen, so hätte sich für die letzten Jahre die Gesamtdifferenz zwischen Bedarf und normaler Deckung auf rund 2 Milliarden Mark gestellt. Nämlich das trostlose Bild wäre (in 1000 Mark):

Jahr	Ausgaben (ordentliche und ausser- ordentliche)	Einnahmen	Somit Mehr- ausgaben
1900	1 688 878	1 475 159	213 719
1901	1 768 755	1 512 686	256 069
1902	1 764 334	1 829 913	(— 65 579)
1903	1 815 763	1 612 407	203 356
1904	1 872 120	1 687 820	184 300
1905	2 006 089	1 839 250	166 839
1906	2 186 575	1 888 069	298 506
1907	2 614 824	2 269 555	345 269
Voranschlag 1908	2 589 116	2 213 686	375 430
1900 bis 1908	18 306 454	16 328 545	1 977 909

Selbst wenn man, weil niemals aus ordentlichen Einnahmen zu decken, abziehen wollte: 276 Millionen Mark für die ostasiatische Expedition, 430 Millionen Mark für den südwestafrikanischen Aufstand, ferner 329 Millionen Mark, die seit 1900 für werbende Anlagen sowie für den Nordostseekanal und für Arbeiterwohnungen aus Anleihen aufgebracht wurden, so bliebe, ohne Ansatz für Abschreibungen und Tilgungen, »noch annähernd eine Milliarde Mark, für die es seit 1900 an Deckung gefehlt hat«. Die rein fiskalischen Folgen werden dann weiter in den Motiven geschildert:

»Diese Schuldenlast beeinträchtigt zunächst die Finanzen des Reichs in empfindlicher Weise. Allein der Zinsendienst erfordert zurzeit jährlich bis zu 160 Millionen Mark. Von hervorragender wissenschaftlicher Seite ist mit Recht darauf hingewiesen worden, dass das Reich  $1\frac{1}{2}$  Milliarden gespart haben würde, hätte es sich schuldenfrei gehalten. Einen weiteren finanziellen Nachteil bringt das ständige Sinken des Kursstandes der Anleihen mit sich, zu dem die jährliche Schuldvermehrung wesentlich beiträgt. Während die 3prozentige Anleihe im Jahre 1895 auf 99,60 % stand, steht sie jetzt auf 84,20 %; die  $3\frac{1}{2}$ prozentige ist im gleichen Zeitraume von 105,80 auf 92,50 % gesunken. Selbst die 4prozentige Anleihe des Jahres 1908 musste unter pari begeben werden. Dieses Sinken des Kursstandes bedeutet finanziell entweder eine Minderung des Nettokapitalerlöses aus neuen Anleihen, falls diese zum bisherigen Zinsfuß ausgegeben werden, oder bei Wahl eines höheren Zinsfußes einen grösseren Zinsenaufwand. Der Realzins, in dem diese beiden Momente sich zum Ausdruck bringen lassen, ist zwischen den in den Jahren 1896 und 1903 begebenen Schuldverschreibungen von 3,021 auf 3,283, zwischen den in den Jahren 1903 und 1908 begebenen von 3,283 auf 4,067 % hinaufgegangen. . . Ein Masshalten in der Beanspruchung des Kapitalmarkts ist um so mehr geboten als der Kursstand der deutschen Anleihen wegen des Fehlens einer gesetzlich gewährleisteten Nachfrage den Schwankungen der Marktlage in besonderem Masse unterworfen ist. Da es bisher vermieden wurde durch gesetzliche Vorschriften, wie sie in England und insbesondere in Frankreich gegenüber den Sparkassen bestehen, eine obligatorische Nachfrage nach Reichs- und Staatsanleihepapieren herbeizuführen, so bereiten nicht nur kommunale Obligationen sondern vor allem auch die Pfandbriefe der Hypothekenbanken den Reichs- und Staatsanleihen gegenüber dem Anlage suchenden Kapital eine sehr erhebliche Konkurrenz. . . Ein Verzicht auf gesetzliche Zwangsmittel der angedeuteten Art wird sich jedenfalls in Zukunft, wenn überhaupt, nur bei einer intensiven Beschränkung in der Ausgabe von Staatspapieren durchführen lassen. . . Zu der Rüstung, die Deutschland sich durch den opfervollen Ausbau seines Heeres und seiner Flotte geschaffen hat, gehört nicht zum wenigsten auch die finanzielle Bereitschaft. Es unterliegt aber keinem Zweifel, dass die Möglichkeit der Aufnahme von Anleihen um so schwieriger wird, je mehr schwer verkäufliche und niedrig gewertete Staatspapiere sich bereits im Besitze des inländischen Publikums befinden. Diese Schwierigkeiten und Gefahren müssen sich, falls nicht Einhalt geboten wird, in der Zukunft immer mehr verschärfen. Wüchsen Ausgaben und Einnahmen in dem selben Verhältnis wie bisher, so würde das Missverhältnis bereits im Jahre 1910 mehr als 500, im Jahre 1913 mehr als 700 Millionen Mark betragen, und dementsprechend nach Ablauf des darauffolgenden Jahrfünfts mit einer weiteren Vermehrung des Schuldenbestandes um fast 4 Milliarden, also auf mehr als 8 Milliarden, der jährlichen Zinszahlungen um mehr als 150 Millionen Mark, also auf mehr als 310 Millionen Mark zu rechnen sein. Dabei ist noch nicht in betracht gezogen, dass eine derartige Schuldenvermehrung ein fortgesetztes Sinken des Kursstandes und damit entweder einen immer erneuten Rückgang des Kapitalerlöses oder eine weitere Steigerung des Zinsfußes zur Folge haben müsste.«

Das ist eine geradezu vernichtende Kritik des früheren kurzsichtigen Fortwurstelns, wie sie bisher vorwiegend nur von sozialdemokratischer Seite geübt wurde. Der fatale Unterschied ist freilich, von welcher Seite aus die klägliche Bilanz fortab verbessert werden soll: ob in den Ausgaben durch entschlossene Abstriche oder in den Einnahmen durch abermaliges krampfhaftes Anziehen der Steuerschraube.



ATÜRLICH entscheidet sich die Regierung für den zweiten Weg. Zwar wird schüchtern die Vermeidung aller Luxusausgaben, eine grössere Einfachheit bei der gesamten Geschäftsführung, eine mehr kaufmännische Geschäftsgebarung und manches ähnliche versprochen. Man versteigt sich sogar zu der Ankündigung: solange die Finanzen nicht völlig geordnet seien, dürfe das Reich neue Aufgaben überhaupt nicht oder doch nur in den Fällen allerdringendster Notwendigkeit in Angriff nehmen. Aber resigniert wird sofort hinzugefügt: »gleichwohl« seien einer »zu weit gehenden Beschränkung der Ausgaben« durch den »notwendigen« Staatsaufwand Grenzen gezogen.

Auf grund früherer Erfahrungen über das automatische Wachstum der Steuerergiebigkeit und eingehender Wahrscheinlichkeitsrechnungen für die Zukunftsbedarfe — wobei aber auch die erstrebten Abgabenverminderungen: die Herabsetzung der Zuckersteuer von 14 auf 10 Mark pro Kilo, ferner die Aufhebung der Fahrkartensteuer und die Wiederermässigung des Ortsportos für Postkarten als tatsächlich erreicht unterstellt sind — gelangt die Denkschrift zur Forderung von 500 Millionen Mark jährlicher Mehreinnahmen im angenommenen schliesslichen *Beharrungszustand*. Etwa 25 Millionen würden aus den Einzelstaaten, durch die weitere Steigerung der ungedeckten Matrikularbeiträge um 40 Pfennig pro Kopf, mehr herauszuholen sein. Die übrigen rund 475 Millionen würden sich verteilen: 100 Millionen mehr durch die Einführung des Branntweinankaufs- (Zwischenhandels-) monopolis; 100 Millionen mehr aus dem Bier; 77 Millionen mehr aus dem Tabak, unter »Abstufung der Steuer nach dem Werte mittels des Banderolensystems«; 20 Millionen aus dem Wein; 50 Millionen aus Elektrizität und Gas; 33 Millionen aus Anzeigen; und endlich insgesamt 92 Millionen mehr aus Erbschaften, das heisst hier mehr für das Reich, während der vierte Teil des Rohertrags aus allen Gesetzen, die aus dem Erbfall Erträge erzielen sollen, den einzelnen Bundesstaaten zufließen würde, teils für Erhebungskosten teils für entstehende Ausfälle in der partikularstaatlichen Steuerheranziehung (bisher bei der unentwickelteren Erbschaftssteuer ein Drittel als Anteil der Einzelstaaten).

Über und gegen diese vorgeschlagenen indirekten Einzelsteuern hat die Tagespresse bereits genügend unterrichtet; bei gegebener Gelegenheit wird auch hier darauf zurückzukommen sein. Für die ganze politische Zukunft wichtig ist vor allem die Entscheidung, wie weit das Reich zu einer Erschliessung direkter Steuerquellen gelangen wird. Glückte dies in umfassenderem Masse als es die Regierung zögernd unternimmt, so würde der unterbreitete Wunschzettel der indirekten Steuern ganz von selber sich wesentlich ändern. Glückt dies nicht, so werden im Reichstag wahrscheinlich nur einige der grössten Auswüchse und Ausschreitungen der fiskalischen Plusmacherei fallen; denn, wie gesagt, der Wille zu einer gründlichen Neuschaffung von Einnahmen war seit dem Bismarckschen Kartellreichstag kaum jemals so stark vorhanden.

Die Vorlage verlangt lediglich die Besteuerung der *Nachlässe*, und zwar auch der den direkten Abkömmlingen und Ehegatten zufallenden, ferner unter Hinzufügung eines Zuschlags bei allen denen, die ihrer Wehrpflicht nicht genügt haben und ein Vermögen von mehr als 20 000 Mark hinterlassen (*Wehrsteuer* in diesem besonderen Sinne). In der Begründung wird

dabei vor allem das Interesse der Einzelstaaten, einschliesslich ihrer kommunalen Unterverbände und Gemeinden, in den Vordergrund gerückt:

Der Ausgleich durch Heranziehung des Besitzes kann nicht auf dem Wege der direkten Einkommen- und Vermögensbesteuerung erfolgen, da diese das unentbehrliche Fundament der einzelstaatlichen und kommunalen Finanzwirtschaft bilden. Sie ihnen entreissen hiesse die Finanzen der Einzelstaaten und Selbstverwaltungskörper in die selbe Bedrängnis bringen, in der das Reich sich jetzt befindet. Die verbündeten Regierungen sind daher fest entschlossen, nachdem ihnen die Erhebung von Verbrauchs- und Erbschaftsteuern bis auf geringe Reste entzogen ist, im Interesse ihrer Selbsterhaltung und Finanzhoheit die Einkommen- und Vermögenssteuer sich zu reservieren und würden einer Beanspruchung dieser Steuern durch das Reich nicht zustimmen vermögen. Aber auch die Erhebung von Zuschlägen zu den einzelstaatlichen Einkommen- und Vermögenssteuern ist, abgesehen von den grossen formellen Schwierigkeiten, aus materiellen Gründen unausführbar. Die Belastung des Einkommens kann nicht über eine bestimmte Höhe gesteigert werden, ohne tiefgreifende Schäden für die notwendige Kapitalbildung und die Wirtschaftlichkeit nach sich zu ziehen. Bereits jetzt ist die Inanspruchnahme der Einkommensteuer in den meisten Bundesstaaten beträchtlich. Wenn dies vielfach nicht offensichtlich in die Erscheinung tritt, so ist es darauf zurückzuführen, dass an der Erhebung die verschiedensten Körperschaften beteiligt sind. Für den einzelnen Steuerzahler aber ist die Belastung die gleiche, ob er die Steuer an den Staat oder die Gemeinde oder die Kirche entrichtet. Nur wenn man auch diese Steuern in die Betrachtung einschliesst, erhält man ein zutreffendes Bild der tatsächlichen Belastung mit Einkommen- und Ergänzungssteuern. Wie die Ausgaben des Reichs so ist auch der durch die bestandige Erweiterung der kulturellen Aufgaben veranlasste Mehrbedarf der Einzelstaaten und Gemeinden in lebhaftem Wachstum begriffen; in vielen Staaten hat er in einem Menschenalter um das Drei- bis Vierfache zugenommen. Auch er muss, zum mindesten in den Einzelstaaten, wiederum der Hauptsache nach durch Einkommen- und Vermögenssteuern aufgebracht werden. Wie erst vor kurzem im Königreiche Sachsen eine Erhöhung der bereits gut entwickelten Einkommensteuer hat vorgenommen werden müssen, so hat jetzt auch die preussische Regierung sich genötigt gesehen im Landtage die Forderung auf Erhöhung der Einkommen- und Ergänzungs- sowie der Gesellschaftssteuer einzubringen. Ebenso steht in Bayern eine Erhöhung der auf den Besitz gelegten Besteuerung bevor. So ist es unzulässig die Einkommen- und Vermögenssteuer dem Reiche dienstbar zu machen. Das selbe hat von allen Versuchen zu gelten einzelne Teile des Einkommens einer Sonderbesteuerung durch das Reich zu unterwerfen, wie dies unter anderm für Zinsen und Dividenden angeregt ist. Es würde sich dabei um eine besondere Form der Einkommenbesteuerung handeln, die nur im Zusammenhang mit der direkten Besteuerung von Einkommen und Vermögen geregelt werden kann. Soweit eine besondere Heranziehung des beweglichen Vermögens sich rechtfertigt, wird sie durch die einzelstaatliche Gesetzgebung vorzusehen sein. Hiernach kann die oben als notwendig bezeichnete Heranziehung des Besitzes nur durch den Ausbau der Nachlassbesteuerung erfolgen.

Dass in diesen Darlegungen ein richtiger und beachtenswerter Kern steckt, ist unbestreitbar, solange wir über die heutige Wirtschaftsordnung noch nicht hinausgewachsen sind.<sup>1)</sup> Aber solche, in der letzten Zuspitzung scheinbar *prinzipielle* Einwände — auch Regierungen gefallen sich, so gut wie wir, gelegentlich in prinzipieller, ewig unveränderlicher Ablehnung — lösen sich in der Praxis alle auf in Fragen des Grades, des Wieweit. Und hier wird man für Deutschland und seine Gliederstaaten erstlich nicht davon sprechen können, dass die direkte Besteuerung bereits einer unerträglichen Höhe naherücke. Das haben selbst bürgerliche Parteien, bis hinein in die äusserste Rechte, von Zeit zu Zeit eingeräumt, sei es direkt durch den Wortlaut ihrer Reden und

<sup>1)</sup> Vergl. das einsichtsvolle Urteil Friedrich Engels', zitiert in meinem Artikel *Die Reichsfinanzreform und die Arbeiterklasse* in diesem Band der *Sozialistische Monatshefte*, pag. 1116

Kundgebungen sei es indirekt durch ihr sonstiges Verhalten. Als im Herbst 1874 zum erstenmal die Erschliessung grösserer eigener Einnahmequellen des Reichs brennend wurde, erging aus Bayern, dem Lande der Reservatrechte, ein Aufruf für die endliche Schaffung einer Reichseinkommensteuer, und unter den 36, politisch allgemein bekannten und hervorragenden Unterzeichnern, zum grossen Teil Mitgliedern des Reichstags und der verschiedensten Landtage, fanden sich neben von Schauss-München, Becker-Dortmund, Kiefer-Mannheim, Blum-Heidelberg, Adolf Wagner-Berlin, Hirth-München auch Männer wie der Freiherr von Minnigerode-Ostpreussen und der Freiherr von Thüngen-Unterfranken, also Männer der schärfsten konservativ-agrarischen und selbst partikularistischen Tonart. Auf der nach Eisenach einberufenen, von etwa 200 Politikern besuchten Versammlung spielte gerade von Minnigerode-Rossitten als Redner eine Rolle, er gehörte alsdann dem eingesetzten Agitationsausschuss an, und die angenommene Resolution Hirth verlangte »Ersetzung der Matrikularbeiträge durch eine allgemeine Einkommen- oder Erwerbssteuer«. Die Bismarcksche Zoll- und Steuerumwälzung bereitete diesen Strömungen vorläufig ein Ende, da das Reich aus seinen Steuerquellen zunächst sogar die Einzelstaaten subventionieren konnte. Mit der Umkehrung dieses Verhältnisses tauchten jedoch sofort ähnliche Reformbestrebungen wie früher wieder auf, bei bürgerlichen Parteien, von denen hier ausschliesslich die Rede ist. Das Flottengesetz von 1897-1898 brachte den Zentrumsantrag Dr. Lieber: die Mehrkosten aufzubringen durch »progressive Zuschläge zu den Landessteuern«, in erster Linie zur allgemeinen Einkommensteuer, soweit diese in den Einzelstaaten bestehe. Der Antrag der *Freisinnigen Volkspartei* aus dem Jahre 1898 lautete:

»Vom April 1901 ab wird im Bedarfsfall eine Vermögenssteuer erhoben von allen deutschen Staatsangehörigen, deren bewegliches und unbewegliches Vermögen nach Abzug der Schulden den Gesamtwert von 100 000 Mark erreicht. Die Vermögenssteuer beträgt bei einem steuerbaren Vermögen von 100 000 bis 120 000 Mark 50 Mark und steigt bei grösseren Vermögen für jede angefangenen 20 000 Mark um 10 Mark.«

Da neuerdings auch in den landwirtschaftlichen Kreisen sich eine lebhafte Agitation regte für Ersatz der Nachlasssteuer, soweit sie auf Kinder und Ehegatten entfällt, durch eine Reichsvermögenssteuer, so sind nach dieser Seite Überraschungen noch immer nicht ganz ausgeschlossen. Und wir Sozialdemokraten würden dann mit der bisher in der Presse überwiegenden glatten Verurteilung der *agrарischen Begierlichkeit* kaum noch auskommen. Denn selbstverständlich steht unserem Parteisteuerideal eine Vermögenssteuer gleichfalls viel näher als eine Erbschaftssteuer, die je nach der zufälligen Häufigkeit oder Seltenheit von Todes- und Erbfällen die wertgleichen Vermögen sehr ungleich treffen kann und muss. Oder meint man vernünftiger, auch in sozialdemokratischem Sinne vernünftiger Forderungen lediglich um deswillen bekämpfen zu müssen, weil sie von agrarischer Seite erhoben werden und weil sie deshalb der Gefahr der Verwirklichung näher rücken? Ich für meine Person glaube allerdings für die wirkliche parlamentarische Entscheidung nicht an das Ernstwerden dieser vorläufig rein agitatorischen Forderung. Aber im Ernstfall könnten wir einem solchen konservativen Anlauf gar keine Steine in den Weg legen.



ST es von der systematischen Ausbildung direkter Reichssteuern vorläufig wieder einmal recht still geworden, wie steht es mit der zweiten, früher bei jeder Finanzreform erhobenen konstitutionellen Forderung des parlamentarischen Einnahmewilligungsrechts?

»Ein wirkliches Steuerbewilligungsrecht hilft leicht durch alle Verwickelungen. . . . Die gesetzgebenden Gewalten erwägen jährlich die Bedürfnisse, veranschlagen die Ausgaben und messen danach die Einnahmen zu. . . . Die Einnahmen werden jährlich genau dem Bedürfnis angepasst, demgemäss diesmal höher, das nächste Mal niedriger gegriffen. Dies ist die Quotisierung der Steuern. Ihr steht nur entgegen die Lust an absoluter Herrschaft, welche während der Verfassungsrevision in Preussen zu dem entgegengesetzten System geführt hat, dass alle ohne Zeitfrist bewilligten Steuern so lange nach dem gesetzlichen Satze forterhoben werden, bis die Regierung einem Gesetze zustimmt, welches eine Steuer aufhebt oder herabsetzt. Leicht nachzuweisen ist, dass dieses System die parlamentarische Entwicklung aufgehalten, . . . die Steuerpolitik erstarrt, Überschüsse in Unsegen verwandelt und nirgendhin Nutzen gebracht hat, ausser der geistlosen Routine.«

So Lasker in seinem Bericht der nationalliberalen Partei aus dem Jahre 1870. Die Erfolge aller hierhergehörigen Vorstösse im Reichstag wie im preussischen Landtag blieben jedoch spottgering. Bei der Reform von 1879 schlug daher der Antrag Bennigsen vor die Höhe des Kaffeezolls und des Zolls und der Steuer vom Salz frei beweglich zu halten und »für jedes Jahr im Reichshaushaltsetat feststellen« zu lassen. Die Frankensteinsche Klausel, mit ihrem Abfliessenlassen grosser Steuererträge nach den Einzelstaaten, trieb dann die Entwicklung in eine ganz neue Richtung hinein und brachte allerdings gleichzeitig eine gewisse Sicherung des Reichstageinflusses: die Festsetzung der Matrikularumlagen und damit eines grossen Teils der für Reichszwecke verfügbaren Gelder geschah alljährlich durch den Etat. Die Unübersichtlichkeit dieser Art der Finanzwirtschaft hat unterdes längst zu mehrfachen Reformversuchen geführt. Dabei tauchte auch der bewegliche Faktor immer wieder auf, in den neunziger Jahren sogar in den Posadowskyschen Regierungsvorlagen, freilich nur in der verstümmelten Form, dass bewegliche, jährlich durch den Etat zu bestimmende *Zuschläge* zu den dem Reich zustehenden Stempel- und Verbrauchsabgaben vorgeschlagen waren.

Die jetzige Vorlage bietet hier eigentlich weiter nichts als eine Vereinfachung der verschlungenen finanziellen Zusammenhänge zwischen Reich und Einzelstaaten. Mit allen vielgestaltigen Überweisungssteuern soll reiner Tisch gemacht werden. Dafür fliesst einfach der Reinertrag aus dem Zwischenhandelsmonopol für Branntwein an die Einzelstaaten ab (220 Millionen Mark). Als beweglicher Faktor blieben schliesslich lediglich die ungedeckten Matrikularbeiträge: nach dem bestehenden Gesetz von 1906 über den Betrag der gedeckten Matrikularbeiträge hinaus entwicklungsfähig bis zu 40 Pfennig auf den Kopf der Bevölkerung (rund 25 Millionen Mark); nach der neuen Vorlage von 5 zu 5 Jahren auch höher festlegbar, und zwar von 1909 ab im Höchstbetrage von 80 Pfennig pro Kopf (etwa 50 Millionen Mark). Das ist eine andere Wahl der Ziffern als bisher, aber keineswegs ein anderes parlamentarisches Recht. Von der Quotisierung der Steuern ist vollends keine Rede mehr.





# JULES LOUIS BRETON · NEUER WIND IN DEN SEGELN DER FRANZÖSISCHEN SOZIALDEMOKRATIE



**REFORMISMUS:** das ist heute die Signatur der internationalen Sozialdemokratie. Das Jahr 1908 hat gute Arbeit getan. In dem kurzen Zeitraum eines Monats hat die reformistische Richtung in Deutschland, in Italien, in Frankreich bedeutungsvolle Erfolge errungen. Auf dem Nürnberger Parteitag hat sie sich in einer bis dahin in Deutschland ungekannten Stärke gezeigt. Zwar haben unsere süddeutschen Genossen in der wichtigen, von ihnen mit gutem Grund aufgerollten Frage der Budgetbewilligung keine Majorität zusammengebracht; sie bildeten indessen eine imposante Minderheit, erlangten ganz bedeutende Zugeständnisse und konnten endlich, ohne dass sich ein Vorwurf gegen sie erhob, gerade heraus erklären, dass sie sich in dieser Beziehung ihre vollste Selbständigkeit wahrten. In Florenz trugen unsere italienischen reformistischen Genossen einen vollständigen, entscheidenden Sieg davon.<sup>1)</sup> Es stellte sich ihnen nicht einmal ein ernsthafter Widerstand entgegen, sie hatten nicht einmal nötig zu kämpfen, da es an Gegnern fehlte. Nachdem der Versuch eine intransigente und sektiererische Politik zu treiben einmal gemacht war, kehrte fast die Gesamtheit der italienischen Sozialisten zu der von Turati so beredt befürworteten besonnenen und fruchtbaren Taktik zurück. Und nun hat auch für Frankreich der Parteitag in Toulouse eine ebenso rasche wie unerwartete Wendung der sozialistischen Partei zu einer durchaus reformistischen Politik und ihre Rückkehr zur alten Taktik der positiven Resultate gezeigt. Auch dort handelte es sich, wie ich darlegen werde, um einen wahren Triumph des reformistischen Sozialismus. Um die ganze Bedeutung dieser Wendung klarzumachen, will ich erst zeigen, wie weit die sozialistische Partei in Frankreich sich von den Übertreibungen und törichten Ideen des Anarchosozialismus hatte hinreißen lassen.

Im Jahre 1905 konstituierte sich die geeinigte sozialistische Partei auf intransigenter Basis und erklärte, sie sei »keine Reformpartei sondern eine Partei des Klassenkampfes und der Revolution«. Sie bezeichnete ihre Vertreter im Parlament als eine »allen bürgerlichen politischen Parteien entgegenstehende einheitliche Gruppe« und verpflichtete sie zur systematischen Ablehnung des Gesamtbudgets. Viele hatten gehofft, dass ihre anfängliche Intransigenz sich abschwächen würde, allein sie wuchs im Gegenteil, der Sektierergeist nahm immer mehr überhand, und so geriet diese unglückselige Partei in die schlimmsten Extravaganzen. Zu Beginn der jetzigen Legislaturperiode lehnte es die sozialistische Fraktion im Parlament ab ihren Platz in der Delegation der Linken einzunehmen und beschloss, um die von nun an zu befolgende Klassenpolitik recht zu markieren, im Gegensatz zur bisher geübten Praxis, auf den ihr bis dahin im Präsidium der Kammer reservierten Platz ebenfalls zu verzichten. Sofort begann ein blinder Kampf gegen die Gesamtheit des radikalen Parlaments, ein Kampf, den einige Gemässigt-Radikale, die froh waren auf diese Art eines lästigen Zusammenarbeitens überhoben zu sein, eifrig schürten. Auf

<sup>1)</sup> Vergl. Claudio Treves *Die Bedeutung des Parteitags in Florenz* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 1405 ff.

beiden Seiten wuchs der Groll, der Konflikt verschärfte sich, und die logische Folge dieses Antagonismus war, dass die radikale Partei nach rechts zu der bürgerlich-demokratischen Allianz und den Gemässigten gedrängt wurde, während die sozialistische Partei in die anarchosozialistischen Übertreibungen geriet.

Durch die Konzessionen, die die Partei der *Confédération générale du Travail* und den Syndikalisten machte, schien sie den Generalstreik, die direkte Aktion und sogar die alberne, ebenso kindische wie unehrliche *Sabotage* als Hauptkampfmittel anzuerkennen. Infolge der unzulässigen Duldsamkeit gegen die wenigen Antipatrioten in ihrer Mitte erhielt man von der sozialistischen Partei den Eindruck, dass sie mehr oder weniger dem ungeheuerlichen Antipatriotismus huldige, der der Reaktion so viele Waffen gegen sie lieferte. Um alle gegnerischen Manöver zunichte zu machen, brauchte man nur den Mut zu haben diese törichten Lehren klar und ohne Umschweife zurückzuweisen und jede Solidarität mit ihren zweideutigen Begünstigern abzulehnen. Leider aber hielt die Furcht zu gemässigt zu scheinen, der Wunsch mehr oder weniger höslichen Aufforderungen politischer Gegner grosssprecherisch zu widerstehen, die Versuchung die öffentliche Meinung in Erstaunen zu setzen und herauszufordern, die sozialistische Partei davon ab von Anfang an die nötigen Massregeln zu ergreifen; nachdem sie nun einmal auf abschüssiger Bahn war, ging es immer mehr abwärts. Man sollte glauben, dass sie die Gelegenheit, die ihr Parteitag in Nancy ihr im Jahre 1907 bot, eifrig ergreifen würde, um wieder zu sich zu kommen, sich von den verhängnisvollen Kompromissen zu befreien und ein für allemal mit der verderblichen und grunddummen Verirrung des Antipatriotismus aufzuräumen. Statt dessen machte dieser Parteitag in nicht zu entschuldigender Schwäche Hervé und seinem Halbdutzend Anhängern neue, klägliche Konzessionen. Er nahm einen Antrag voller Zweideutigkeiten und Widersprüche an, der von diesem Déroulède des Antipatriotismus, der ausserdem zum Mitglied der Verwaltungskommission wiedergewählt wurde, als Sieg betrachtet werden konnte. Besonders auffallend war diese Haltung im Gegensatz zu der so ganz andern der ausländischen Sozialisten auf dem bald darauf abgehaltenen internationalen Kongress in Stuttgart. Fast die Gesamtheit der fremden sozialistischen Delegierten tadelte energisch die hervéistischen Torheiten, die grosse Mehrheit bedauerte auch offen, dass der französische sozialistische Parteitag ihnen solche ungläublichen Konzessionen gemacht hatte. Besonders die deutschen Sozialisten, die alten Kämpfer Bebel und Vollmar, sprachen sich klar und entschieden gegen den Antipatriotismus aus und erklärten ihn für eine Absurdität, mit der zu paktieren sie um keinen Preis den Anschein erwecken wollten.

Der schlimmste Fehler jedoch, den die sozialistische geeinigte Partei beging, war ihre Haltung in den Wahlkämpfen. Auf ihrem Parteitag in Chalons hatte sie einen unsinnigen Antrag angenommen, wonach Kandidaten der geeinigten Partei auf keinen Fall zu gunsten unabhängiger Sozialisten zurücktreten dürften. Natürlich wurde diese Absurdität niemals ernstlich in die Praxis umgesetzt, und in den wenigen, sehr seltenen Fällen, wo man sie anzuwenden versuchte, gaben die sozialistischen Wähler den fanatischen Sektierern die verdiente Lektion. Dennoch hatte dieser Beschluss eine sehr schlechte moralische Wirkung. Das Merkwürdigste war, dass der erwähnte Parteitagbeschluss nur gegen die unabhängigen Sozialisten galt; was die anderen

Kandidaten betraf, die nicht den Fehler hatten Sozialisten zu sein, so liess er den Organisationen und einzelnen Genossen die Freiheit nach Gutdünken zu handeln. Namentlich bei den letzten Gemeindevahlen kam es in Paris und der Provinz zum beklagenswertesten Verrat an der Republik. Sehr viele sozialistische Kandidaturen wurden in der zweiten Abstimmung aufrecht erhalten, auf die Gefahr hin, dass der rückständigsten aller Reaktionen der Sieg zufiel. Und da, wo die sozialistischen Organisationen beschlossen ihre Kandidaten zurückzuziehen, wie in einigen Pariser Stadtvierteln und manchen Provinzstädten, taten sie es in so zweideutiger Weise und so ungern, dass der Verzicht nutz- und wirkungslos blieb und keine Ehre brachte. Dabei kam es noch vor, dass manche Sozialisten, die alle aufgestellten Kandidaten als Reaktionäre betrachteten, Wahlenthaltung empfahlen; es war noch als Glück anzusehen, wenn sie nicht den einzigen republikanischen Kandidaten, der dem reaktionären entgegenstand, direkt bekämpften. Welchen Namen kann man der Handlungsweise jener Sozialisten geben, die pathetisch erklärten, das Grundprinzip des Klassenkampfes gestatte nicht ein Zusammengehen selbst mit den aufrichtigsten bürgerlichen Radikalen, und die, um diese zu bekämpfen, sich nicht scheuten unter dem Deckmantel der Proportionalvertretung die ungeheuerlichsten Verbindungen mit der Rechten einzugehen? In einer Gemeinde, die ich nennen könnte, ging man noch weiter: Dort stellten die Sozialisten, die sonst immer eifrig am Wahlkampf teilgenommen hatten, die sogar einige Jahre vorher die Stadtverwaltung in Händen hatten, überhaupt keine Liste auf und stimmten schon im ersten Wahlgang für die klerikale und nationalistische Liste gegen die Liste der bis dahin radikalen Munizipalität, die durch diese unerhörte Verbindung vollständig geschlagen wurde.

Während man solche skandalösen Geschäfte machte und vor den Anarchisten und Antipatrioten, die Wahlenthaltung und Antiparlamentarismus predigten und die Grundprinzipien der sozialistischen Partei mit Füßen traten, Verbeugungen machte, wollte man die demokratischen und republikanischen Sozialisten aus dieser Partei hinauswerfen, weil sie der Verblendung, die die Partei in den Abgrund zu stürzen drohte, mit allen Kräften entgegentraten. Auf Antrag mehrerer Verbände hin beschloss der *Nationalrat* der Partei dem Parteitag in Toulouse vorzuschlagen den Genossen Breton auszuschliessen, der durch seine zu unabhängige Haltung, seine Annäherungs- und Einigungsversuche den bürgerlichen Gruppen der Kammer gegenüber und endlich durch die Bewilligung des Budgets sich mit den Statuten und der Politik der Partei beständig in Widerspruch gesetzt hat.<sup>2)</sup> Durch diesen ersten Erfolg ermutigt, stimmte die Seineföderation für die Ausschliessung des Genossen Paul Brousse, der 40 Jahre in den Reihen des Sozialismus kämpft, der Schöpfer und Leiter einer ihrer wichtigsten Fraktionen war und einer der Begründer der französischen sozialistischen Partei ist. Sein Verbrechen bestand darin, dass er ein Manifest, das ihm inopportun, unnütz und gefährlich erschien, nicht unterschreiben wollte. Auch den Genossen Heppenheimer wollte die selbe Föderation ausschliessen, weil er sich nicht verpflichten wollte alle ihre im Namen ihrer Vertreter abgefassten Erzeugnisse zu unterzeichnen. Heppenheimer gehört auch zu denen, deren sozialistische Vergangenheit erlaubt die Anklagen jener

<sup>2)</sup> Vergl. die Rubrik *Sozialistische Bewegung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 1. Band, pag. 252.

jungen Rekruten zu verachten, die durch heftige Übertreibungen und Intransigenz die Neuheit ihres Sozialismus in Vergessenheit bringen wollen.

Unter diesen Auspizien wurde der Parteitag in Toulouse eröffnet. Ihm waren vorbereitende Konferenzen aller zur Partei gehörigen Verbände vorhergegangen, und diese weissagten nichts Gutes. Überall schien die Intransigenz zu wachsen; der von den Antiparlamentaristen eingebrachte Antrag Jobert erhielt viele Stimmen, alle Resolutionen schienen vom engherzigsten Sektierergeist erfüllt. Kurz, alles schien darauf hinzudeuten, dass die reformistische Richtung auf dem Toulouser Parteitag besiegt werden und der Geist der Intransigenz, die klägliche Übertreibungssucht und Extravaganz, die seit mehreren Jahren zu der unheilvollen Wendung in der Politik der sozialistischen Partei geführt hatte, von neuem die Oberhand behalten würde. Zur allgemeinen Überraschung fand das Gegenteil statt. Die Exzesse des Anarchosozialismus hatten dessen Gefahren gezeigt; eine ebenso gründliche wie unerwartete Schwenkung zeigte sich schon in der ersten Sitzung, und der ganze Parteitag tat klar und deutlich den Willen der ungeheuren Mehrheit der Partei kund zu einer ernsten Politik des Fortschritts und der Reform zurückzukehren.

Ogleich die am Schluss angenommene Resolution schon sehr bezeichnend ist, gibt sie doch nur einen ganz ungenügenden Begriff von dem allgemeinen Bild des Parteitags, der noch viel klarer diese Entwicklung zeigt, die die ganze Partei mit unwiderstehlicher Macht einer neuen Richtung entgegentreibt. Die lange Diskussion über die allgemeine Tätigkeit der Partei, die den ganzen Parteitag in Anspruch nahm, war nur ein wunderbarer Wettstreit in Reformismus und Mässigung: jeder bemühte sich mässiger und vorsichtiger zu erscheinen als sein Nachbar zur Rechten, und es war bezeichnend, wie alle Redner des Zentrums und der Linken der Partei über ihre Nachbarn zur Linken oder äussersten Linken herfielen und auf ihre tadelnswerten Übertreibungen hinwiesen, um ihre eigne relative Weisheit auf dieser Folie ins Licht zu stellen. Nach mehrjähriger Irrung kam Jaurès wieder vollständig zu seinem alten Reformismus zurück. Um diese neue Wendung hervorzuheben, begnügte er sich nicht mit einer bewunderungswürdigen Verteidigung der Reformarbeit, er klagte auch heftig alle diejenigen an, die ihre Wichtigkeit nicht anerkannten, und wies auf die Gefahren der guesdistischen Auffassung hin, deren Inkonsequenz so weit geht die selben Reformen, deren Verwirklichung sie anstrebt, herunterzumachen und zu diskreditieren. Darauf beteuerten die Guesdisten empört ihren aufrichtigen Wunsch nach Reformen: niemand dürfe sich erlauben, sie durch solche Zweifel zu beleidigen. Da sie sich aber nicht ganz sicher auf diesem Boden fühlten und nicht ernstlich bestreiten konnten, dass ihr beschränkter Doktrinarismus stark dazu beigetragen habe die Partei auf den gefährlichen Weg zum Verderben zu führen, ergriffen sie ihrerseits die Offensive. Um ihre relative Mässigung hervorzuheben, fielen sie über die kleine anarchosozialistische Clique her, deren antireformistische Exzesse sie wohlgefällig ans Licht zogen. Sehr beschämt, von der auf sich genommenen Verantwortung bedrückt, unglücklich nicht auch ihre relative Weisheit durch Herfallen über weniger Weise zeigen zu können, beeilten sich die Anarchisten Abbitte zu leisten. Sie behaupteten, ihre Ideen seien gemässigt, sie stellten sie in das günstigste Licht und erklärten sich laut als Anhänger der parlamentarischen und Wahllässigkeit. Wie konnte man daran zweifeln, da doch

mehrere von ihnen Kandidaten gewesen waren? Und war es ihre Schuld, wenn die Wähler ihnen noch nicht die nötige Majorität verschafft hatten, um im Parlament tätig am Reformwerk mitwirken zu können? Wie konnten sie unter diesen Umständen der verhältnismässig sehr gemässigten Resolution ihre Stimmen versagen, die Jaurès im Namen der Kommission einbrachte, die man speziell ernannt hatte, um diese weise und abgewogene Diskussion in einen Text zu bringen? Sie wurde auch bis auf die Stimmenthaltung des Verfassers dieses Artikels einstimmig angenommen.

Diese Resolution ist nun keineswegs vollkommen frei von dem leeren revolutionären Wortschwall, die der Geist der Routine und der unbewusste Aravisimus zahlreicher Kämpfer nicht entbehren kann. Den anarchosozialistischen Elementen sind darin immer noch zu grosse Konzessionen gemacht worden, obgleich sie sich, wie man anerkennen muss, wenig anspruchsvoll zeigten und sich mit wenigem begnügten. So brachte man, der äussersten Linken zu Gefallen, in den Antrag die Ausdrücke *direkte Aktion*, *Generalstreik* und *Aufstand* hinein, aber in geschickter Form, mit allen notwendigen Milderungen und Korrektiven, die diesen Worten ihre ganze Bedeutung und Tragweite nehmen. Die direkte Aktion ist nur eine organisierte, kollektive Kraftäusserung gegen die Arbeitgeber und die Regierung. Der Generalstreik wird eine Drohung, um gefährdete Arbeiterfreiheiten zu schützen und den Erfolg grosser Arbeiterforderungen zu sichern. Der Aufstand ist nur ein Recht der höchsten Not, das die Arbeiterklasse gemäss der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1793 bestätigt. Zum Überfluss wird noch besonders ausgeführt, dass man »mit diesen grossen Kollektivbewegungen, die nur bei allgemeinen, tiefen Erregungen des Proletariats entstehen können, nicht Scharmützel verwechseln darf, in die die Arbeiter gegen alle Mächte des bürgerlichen Staates aufs Ungewisse hin sich stürzen«. Das bedeutet eine ausdrückliche und direkte Zurückweisung der unfruchtbaren und gefährlichen Agitation des *revolutionären* Syndikalismus der *Confédération générale du Travail*, und diese Zurückweisung ist um so charakteristischer, da es eine heikle Sache war die Tätigkeit vieler syndikalistischen Kämpfer zu verurteilen, die sich im Untersuchungsgefängnis befinden. Abgesehen von diesen magern Konzessionen an das *revolutionäre* Element enthält die Resolution aber die bestimmteste reformistische Bejahung, die man sich denken kann. Sie stellt fest, dass die geeinigte sozialistische Partei »eine wesentliche reformatorisch wirkende Partei ist, die einzige, die jeder Forderung der Arbeiter ihren vollsten Nachdruck verleihen kann, die einzige, die jede Reform, jede Eroberung zum Ausgangs- und Stützpunkt ausgedehnterer Forderungen und kühnerer Eroberungen zu machen vermag.« Stärker konnte der Wille der Partei nicht betont werden zur reformistischen Taktik als der einzigen solcher Resultate fähigen zurückzukehren. Um endlich die vollständige Kapitulation der Antiparlamentaristen und Anhänger der Wahlenthaltung zu kennzeichnen, schliesst die Resolution mit der Feststellung, dass die Partei es als »eine wesentliche Pflicht ihrer Kämpfer betrachtet durch Teilnahme an den Wahlen die parlamentarische und gesetzgebende Macht des Sozialismus zu vergrössern«.

Was die reformistische Tragweite der Toulouser Resolution am besten beweist, das sind die wütenden Kommentare, die ihr das Organ des Anarchosozialismus, die *Guerre Sociale*, nach dem Parteitag widmete. Der Bürger Hervé kann die

Kapitulation seiner Freunde nicht begreifen und sagt ihnen brutal: »Es sei mir gestattet hier zu konstatieren, dass die Revolutionäre ordentlich hereingelegt worden sind. Man hat die Worte *direkte Aktion*, *Generalstreik*, *Recht auf den Aufstand* als Köder in den Antrag hineingebracht. Die Revolutionäre haben angebissen und dazu das übrige verschluckt, nämlich das schönste reformistische Wahragout, das je auf einem sozialistischen Parteitag gekocht worden ist.« Er klagt bitter darüber, dass seine Anhänger »so etwas herunter-schlucken« konnten, und erklärt, es sei wirklich demoralisierend, dass eine Partei, »die sich schon von dem parlamentarischen und Wahlsozialismus loszumachen begann, so einmütig wieder in ihre alten Sünden zurückfallen konnte«. Im selben Blatt konstatiert Jobert voller Arger den Sieg der Reformisten über die *Revolutionäre*, »die geschlagen und gut geschlagen worden sind«. Für ihn wie für uns hat der Toulouser Parteitag erklärt, »dass die sozialistische Partei eine Reformpartei und nichts anderes sei«. Ein anderer aus dieser Gruppe, Grandjouan, ist noch erbitterter; er weist auf »die Gefahr für das empörte Volk hin an diese schändliche politische Partei gebunden zu sein, die schon nach Regierung stinkt«.

Auf der Tagesordnung des Toulouser Parteitags stand auch ausser der allgemeinen Tätigkeit der Partei die Wahlkampagne von 1910. Da aber die erste Frage alle Sitzungen des Parteitags in Anspruch genommen hatte, konnte diese zweite, so überaus wichtige Frage nicht angeschnitten werden. Dennoch wurde sie bei Gelegenheit der Besprechung der allgemeinen Aktion der Partei beiläufig behandelt, und sie rief bemerkenswerte Erklärungen hervor, die zeigen, dass die Partei in diesem Punkt sehr geneigt ist zu ihrer alten Taktik zurückzukehren. In erster Linie wies ich auf einen von mehreren Organisationen eingebrachten und von Varenne unterstützten, sehr deutlichen Antrag hin. Er verlangte vom Parteitag »sich entschlossen dafür zu erklären, dass die republikanische Disziplin ehrlich und gewissenhaft geachtet werde,« und den Kandidaten der Partei, sobald sie im ersten Wahlgang in der Minderheit bleiben, die Pflicht aufzuerlegen immer zu gunsten des Kandidaten der Linken zurückzutreten, der die meisten Stimmen bekommen, da die ganze Partei dafür eintreten müsse den Erfolg dieser Kandidaten und die Vernichtung der Reaktion zu sichern. In einer grossartigen Rede wies Jaurès auf die bürgerlichen Radikalen hin, die so oft mit den Sozialisten gemeinsame Sache gegen die Reaktion gemacht hatten; er erklärte, dass er sich nie dazu entschliessen würde die verschiedenen bürgerlichen Parteien über einen Leisten zu schlagen. Noch bezeichnender war die von Delory im Namen der Nordföderation abgegebene Erklärung. Dieser Verband hatte bis dahin die republikanische Disziplin nicht anerkannt, obgleich er sie in der Praxis regelmässig geübt hatte. Diesmal brachte Delory seine Worte mit seinen Taten fast vollkommen in Übereinstimmung; denn er erklärte, dass die sozialistischen Kandidaten in 99 unter 100 Fällen sich im zweiten Wahlgang zu gunsten der Radikalen zurückziehen sollten. Unzweifelhaft wird also der nächste Parteitag, der diese Frage behandeln wird, sie im Sinn der republikanischen Disziplin lösen, wie es das Interesse und die Ehre der sozialistischen Partei verlangt.

Auch das Verhalten des Parteitags gegenüber den oben erwähnten verschiedenen Ausschlussforderungen zeigte, wie der Wind weht. Nach der Vergangenheit zu urteilen lag aller Grund zur Annahme vor, der Parteitag würde,

um seine doktrinäre Intransigenz kundzutun, ein Ketzergericht veranstalten. Brousse und Heppenheimer waren selber nicht anwesend; ihr Fall wurde am Schluss des Parteitags nur eben berührt, und man ging dann über ihn zur Tagesordnung über. Was mich persönlich betrifft, so war ich der einzige, der eine Diskussion über meinen Fall verlangte: zweimal, am Anfang und im Verlauf des Parteitags, forderte ich das Urteil, mit dem man mir gedroht. Und doch kam es nicht dazu. Am Schluss der letzten Sitzung, in der Sembat mit seinem gewohnten Feuer präsiidierte, unterschlug er in offenbarem Einverständnis mit allen diese heikle Frage. Dabei hatte ich allen harte Wahrheiten gesagt; ich hatte mit der selben Offenheit wie in dieser Zeitschrift meinen Standpunkt, den ich nie verlassen hatte, vertreten, die Inkonsequenzen und Gefahren der von der geeinigten Partei in den letzten Jahren befolgten Politik gezeigt, auf die schwere Verantwortung hingewiesen, die die Sozialisten auf sich nahmen, als sie aus dem republikanischen Block ausschieden und die Delegation der Linken verliessen, und bewiesen, dass diese Haltung der Sozialisten die erste Ursache ihrer augenblicklichen kläglichen Lage sei. Indem ich so die herrschende Auffassung fast aller Delegierten angriff, empfahl ich mit klaren Worten die stets von mir befürworteten Heilmittel: Rückkehr zu den republikanischen und demokratischen Traditionen des französischen Sozialismus, zur Politik der republikanischen Einigkeit, Konzentration und Zusammenarbeit. Ohne dass Vorwürfe gegen mich laut wurden, konnte ich auf das Werk republikanischer Eintracht aufmerksam machen, das der Parteitag der bürgerlichen Radikalen in Dijon vollbracht hatte, und den Hauptführern der Radikalen, Pelletan, Berteaux, Dumont, Buisson, Massé, Steeg, die in ihrer Partei für die selbe Politik eines Blocks der Linken eintreten, ein warmes Lob erteilen. Wenn der Parteitag diese Politik auch noch nicht zu der seinigen gemacht hat, so hat er doch *de facto* einen grossen Schritt in dieser Richtung getan. Ich hoffe die *revolutionäre* Empfindlichkeit einiger meiner geeinigten Genossen nicht allzu sehr zu verletzen, wenn ich, um den Eindruck des Toulouser Parteitags in wenige Worte zu fassen, sage, dass die geeinigte Partei dort einen tüchtigen Ruck nach rechts gemacht hat, der sie zum Glück den unabhängigen Sozialisten und den Sozialradikalen näher bringt.

Der Parteitag in Toulouse bezeichnet eine neue Phase in der Entwicklung des französischen Sozialismus. Dieses Ergebnis ist Jaurès zu verdanken, dessen mächtige Beredsamkeit und Überzeugungskraft die ganze Partei auf den Weg des Reformismus zog. Die persönliche Entwicklung Jaurès' scheint sonderbar: anfangs leidenschaftlicher Reformist, macht dann der äussersten Linken der Partei die übertriebensten Konzessionen, um nachher zu seinem Ausgangspunkt zurückzukehren. In der Tat hat sich Jaurès nur scheinbar gewandelt, im Grunde ist er immer der alte eifrige Reformist geblieben. Seine Tätigkeit in der Kammer zu gunsten der Reformen für die Trennung von Staat und Kirche, für die Arbeiterversicherung und die Einkommensteuer lassen keinen Zweifel darüber aufkommen. Jaurès träumte aber schon lange davon alle in Frankreich existierenden sozialistischen Fraktionen in einer Partei zu vereinigen und brachte zu diesem Zweck alle Opfer, machte deshalb alle Konzessionen. Dann, als diese geeinigte Partei gebildet war, glaubte er, dass seine alte Mässigung ihn hinderte die misstrauische Linke auf seinen Weg zu bringen.

Daher liess er sich von dieser hinreissen, er kämpfte in ihren Reihen, gab ihr Bürgschaften, um sie dann auf den Weg zurückzuführen, den er nur, um sie heranzuziehen, momentan verlassen hatte. Wenn ich mich nicht irre, wenn das wirklich Jaurès' Plan ist, so muss man anerkennen, dass er mit Geschick und Erfolg an ihm arbeitete. Wenn er ihn aber auch glücklich zu Ende führen sollte, so war der Weg darum nicht weniger gefährlich; denn er riskierte selbst Gefangener derer zu werden, die er gewinnen wollte.

Jedenfalls scheint die geeinigte sozialistische Partei, nachdem sie eine furchtbare Periode der Übertreibung, eine Wachstumskrise durchgemacht hat, wieder einmal zu Gesundheit und Vernunft gekommen zu sein, und das lässt auf eine bessere Zukunft des Sozialismus in Frankreich hoffen.

XX

## GEORG GRADNAUER · WAHLRECHTSNOT IN SACHSEN



FR die Regierung und die bürgerlichen Parteien in Sachsen ist die Frage der Wahlrechtsreform zur schwersten Plage geworden. Seit Oktober 1907 liegt der Gesetzentwurf des Grafen Hohenthal dem Landtag vor; im Dezember fand die erste Lesung in der zweiten Kammer statt, die Wintermonate hindurch bis Mitte Mai mühte sich die Wahlrechtsdeputation, und sie musste ihre Mühe im September fortsetzen. Erst vor kurzem hat die Deputation ihre Arbeit vollendet, und der Landtag, der zu einer ausserordentlichen Session einberufen wurde, soll demnächst aufgrund der Deputationsbeschlüsse versuchen der langen Quälerei einen Abschluss zu bereiten: einen Abschluss, von dem wir sogleich sagen können, dass auch er nur ein provisorischer sein wird. Denn ein wirkliches Ende dieser Wahlrechtsnot wird sicherlich nicht durch die Wahlrechtsvorschläge herbeigeführt werden, zu denen sich jetzt die Regierung und die konservative Partei entschlossen haben.

Die Ursache dieses unsäglichen Wahlrechtsjammers liegt in der Unmöglichkeit zu gleicher Stunde alle die verschiedenartigen Zwecke zu verwirklichen, die sich die Regierung und die beiden im Landtag so gut wie ausschliesslich schaltenden Parteien, Konservative und Nationalliberale, vorgenommen hatten. Sie erklärten es als ihre Aufgabe, dass die Unzufriedenheit, die das Dreiklassengesetz im Volk erregt hatte, vermindert und beseitigt werde. Zugleich aber wollten sie die *Überflutung durch die Sozialdemokratie* unmöglich machen; wobei ihre Angst die Gefahr ungeheuerlich übertreibt, so dass sie schon eine Überflutung befürchten, wenn die Sozialdemokratie ein Dutzend Vertreter der Arbeiterklasse hereinbringen würde. Die Parteien wollten ein neues Wahlgesetz, aber sie wollten unter dem neuen Gesetz ihren Besitzstand an Mandaten nicht im geringsten beeinträchtigt sehen; deswegen soll die möglicherweise zu erwartende Zahl der sozialdemokratischen Vertreter nicht etwa durch eine Verminderung der konservativen und nationalliberalen Mandate sondern durch eine Vermehrung der Wahlkreise von 83 auf 96 erreicht werden. Und zu alledem kam der überaus heftige Hader jener beiden Parteien gegen einander. Konservative und Nationalliberale sollen zusammen ein neues Wahlgesetz machen, aber jeder der beiden Kontrahenten steht dem andern voll Eifersucht,



Misstrauen und Feindschaft gegenüber. Für jeden von beiden handelt es sich um die Entscheidung, wer von ihnen für die kommende Zeit die erste Flöte in der sächsischen Politik spielen soll. Es ist für uns völlig klar, dass alle diese so verschiedenartigen Ziele und sich gegenseitig aufhebenden Bestrebungen durch keinerlei Wahlreform verwirklicht werden können. Solange die herrschenden Mächte das allgemeine, gleiche Wahlrecht verweigern, aufgrund dessen alle Volkskräfte sich frei offenbaren und entfalten können, so lange wird all ihr Tun ein jämmerliches Gekünstle bleiben, so lange wird auch ihre Wahlrechtsqual kein Ende finden.

Betrachten wir in Kürze Verlauf und Ergebnis der Wahlrechtskampagne. Man erinnere sich zunächst der ursprünglichen Regierungsvorlage. Graf Hohenthal forderte die Zusammensetzung der zweiten Kammer aus Abgeordneten von zweierlei Art. Die Hälfte sollte der Volkswahl gänzlich entzogen und von den Kommunalverbänden gestellt, die andere durch Pluralwahl in Verbindung mit dem Proportionalwahlverfahren gewählt werden. Die Pluralwahl wurde derart vorgeschlagen, dass eine Zusatzstimme denjenigen Wahlberechtigten zukommen sollte, die ein Grundstück von wenigstens 120 Steuer-einheiten besitzen oder ein Einkommen von wenigstens 1600 Mark versteuern oder das Einjährig-Freiwilligen-Zeugnis aufweisen. Mehr als eine Zusatzstimme sollte niemandem zukommen, und durch das Proportionalverfahren sollten auch Minoritäten zu einer Vertretung gelangen können. Graf Hohenthal hat dann in der Deputation das Zugeständnis gemacht, dass statt der Hälfte nur 31 Abgeordnete aus den Kommunalverbänden hervorgehen sollen. In dieser Gestalt hält er noch heute seine Vorlage prinzipaliter aufrecht und fordert Abstimmung der Kammern über sie, obschon die Deputation den Gedanken des gemischten Wahlverfahrens gänzlich verworfen hat. Graf Hohenthal begeisterte sich für diese widerspruchsvolle Wahlrechtskonstruktion, weil, wie er darlegte, durch sie auf der einen Seite eine »sichere Reserve« von staaterhaltenden Vertretern aus den Kommunalverbandswahlen gegeben werde, andererseits aber dann die Pluralwahl möglichst wenig schroff gestaltet werden könne, ohne die Gefahr der sozialdemokratischen Überflutung herbeizuführen. Sein weniger offen ausgesprochener Nebengedanke war in den Kommunalverbandsmandatären eine der Macht der Parteien entzogene, regierungstreue Truppe zu schaffen. Gerade aber diese letztere Aussicht veranlasste die Parteien der zweiten Kammer sich sofort mit aller Entschiedenheit gegen diese Kommunalverbandswahlen zu erklären.

Nach unendlichen Erwägungen aller möglichen anderen Wahlssysteme und nach umfangreichsten statistischen Kalkulationen, wie jedes System auf die Verteilung der Mandate, insbesondere für die Sozialdemokratie, wirken würde, gelangten Konservative und Nationalliberale zu einem Kompromissentwurf, der einheitlich für die Wahl aller Mitglieder der Kammer ein Pluralstimmverfahren vorschlug, und zwar ein solches, das zur allgemeinen Grundstimme bis zu 3 Zusatzstimmen an die privilegierten Wähler austeilt. Die Nationalliberalen waren die eigentlichen Urheber dieses Wahlverfahrens gewesen, das dem Besitz und der Bildung Rechnung tragen soll. Ihrem Drängen erst war die Regierung gefolgt, die noch vor einigen Jahren in der Wahlrechtsdenkschrift des Ministers von Metzsch das Pluralwahlrecht als ganz ungeeignet für die sächsischen Verhältnisse bezeichnet hatte. Auch die Konservativen

wollten früher nichts von Pluralwahlssystemen wissen. Die Nationalliberalen erlebten den Triumph, dass ihre Lieblingsidee von der gesamten Reaktion aufgenommen wurde; ein Triumph, dem freilich bald die schlimmste Enttäuschung folgen sollte. Die Nationalliberalen waren sich in der Deputation nicht völlig einig; 3 ihrer Deputationsmitglieder haben schliesslich nicht für den Kompromiss gestimmt, und eine andere Gruppe mochte eigentlich über 2 Zusatzstimmen nicht hinausgehen, liess sich aber schliesslich von der kompromiss-eifrigen Mehrheit ihrer Parteigenossen zum Pakt mit den Konservativen fort-reissen. Der Kompromiss, der in der Deputation mit grosser Mehrheit beschlossen wurde, erteilte Zusatzstimmen für Grundbesitz von 100 Steuereinheiten an, das heisst, für einen Besitz von 4 Hektar landwirtschaftlich bebauter Fläche, ferner für gewerbliche Selbständigkeit, für Einkommen von 2200 Mark an, für Inhaber des Einjährigen-Zeugnisses, endlich für Staats-, Kommunal-, Kirchen- und Privatbeamte bei einem Einkommen von 1800 Mark an. Je nach dem Zusammentreffen mehrerer dieser Kennzeichen auf einen Wähler sollten ihm bei Zurechnung der Grundstimme 2 oder 3 oder 4 Stimmen zukommen. Die Zuteilung der Zusatzstimmen war mit grösstem Raffinement zu dem Zweck ausgeklügelt möglichst alle diejenigen zu privilegierten Wählern zu machen, von denen vermutet werden kann, dass sie *staaterhaltend, national*, also konservativ oder nationalliberal wählen würden. Umgekehrt sollen so alle Wähler, von denen zu gewärtigen ist, dass sie sozialdemokratisch wählen, in die entrechtete Klasse der Einstimmigen eingegrenzt werden. Auch die Proportionalwahl wurde im Kompromiss nicht zugelassen, damit die durch die Zusatzstimmen der privilegierten Wähler künstlich erzeugten sozialdemokratischen Minoritäten nur ja nicht zur Geltung gelangen sollen.

Hatten sich in dieser Weise Konservative und Nationalliberale freundschaftlich zusammengefunden, solange es galt die Entrechtung der arbeitenden Klassen durchzuführen, so ging dann aber diese Zusammenarbeit in die Brüche, als die Neueinteilung der Wahlkreise in Beratung genommen wurde. Ein geheimratlicher Gehilfe des Grafen Hohenthal hatte eine Wahlkreiseinteilung ausgearbeitet, die den vollen Beifall der Konservativen fand, da sie das *Recht der Fläche* gegenüber der *blossen Bevölkerungszahl* zum Ausdruck brachte. Die Nationalliberalen waren schwer enttäuscht, sie mussten staunend erkennen, in wie weitem Masse es den agrarischen Elementen gelungen war den Minister, der bei und nach seinem Amtsantritt leise liberaler Neigungen verdächtig erschien, ihren Wünschen dienstbar zu machen. Die Nationalliberalen forderten keineswegs eine gerechte Wahlkreiseinteilung gemäss der Einwohner- oder Wählerzahl, sie wünschten nur ein geringes Entgegenkommen zu gunsten der grossen Städte, nur eine geringe Milderung der für die ländlichen Gebiete vorgesehenen Bevorzugungen. Die Konservativen und mit ihnen die Regierung lehnten aber ein weiteres Entgegenkommen ab. Da brachen die Nationalliberalen die Verhandlungen ab und erklärten den Kompromiss für gescheitert.

Mitten in diese verworrene Situation platzte nun die Regierung mit ganz neuen, verblüffenden Erklärungen herein. Graf Hohenthal erklärte, dass er noch immer in erster Linie an seiner ursprünglichen Vorlage festhalte, dass er jedoch für den Fall der Ablehnung dieser Vorlage geneigt sei auf den Kompromiss der Parteien einzugehen, falls gewisse Änderungen an ihm vorge-

nommen würden. Damit hat die Regierung eine ganze Schwenkung vollzogen. Am 5. Dezember 1907 sagte Graf Hohenthal bei der Verteidigung seiner Kommunalverbandswahlen:

»Wenn ein Pluralsystem ein genügender Schutz gegen die Sozialdemokratie sein soll, so muss die Stimmenhäufung eine grosse sein. Ein solches Wahlsystem muss aber noch grössere Unzufriedenheit wachrufen als das jetzige Wahlrecht.« Und jetzt stimmt der selbe Minister einer solchen Stimmhäufung zu, von deren Verderblichkeit gerade seine eigene Vorlage ausgegangen war. Es sei ferner noch erinnert — denn diese Äusserungen sind für unsere zukünftige Agitation in der Wahlrechtsfrage überaus wichtig —, dass der Minister am 9. März in der Deputation feierlich ausführte:

»Ich habe wiederholt erklärt, dass ein Pluralsystem allein und ohne Verbindung mit einem zweiten System absolut unannehmbar ist, und ich werde niemals seiner Majestät raten können einem Wahlgesetz zuzustimmen, dass sich lediglich auf diesem einen System aufbaut.«

Man sieht jetzt, wie leicht im Wahlrechtskaufhandel der herrschenden Schichten selbst die allerfeierlichsten Ministerversicherungen wiegen.

Welche Änderungen am Kompromiss der Parteien forderte aber die Regierung? Graf Hohenthal erklärte am 15. Oktober:

»Die Regierung nimmt Anstoss daran, dass die Wähler, die durch Pluralstimmen privilegiert werden sollen, hinsichtlich ihres Stimmrechts verschieden bewertet werden sollen.«

Die Regierung ist plötzlich von Gerechtigkeitsgefühlen erfüllt, sie mag das Unrecht nicht ertragen, dass ein Teil der Wähler 3 Zusatzstimmen erhält, während ein anderer Teil mit 2 oder nur einer Zusatzstimme abgefunden wird. Und das Gerechtigkeitsempfinden ist so wunderbar fein, dass nicht etwa die Herabsetzung der 3 Zusatzstimmen erfolgen darf, sondern dass alle privilegierten Wähler auf die Höchstzahl der Stimmen, auf 3 Zusatzstimmen erhoben werden sollen. Die Regierung scheut nicht vor dem in der Geschichte aller Wahlrechtsunsinnigkeiten unerhörten Unsinn die Wählerschaft in 2 Klassen zu teilen, von denen die eine nur Wähler mit je 1 Stimme, die andere nur Wähler mit je 4 Stimmen umfasst. Ein so absurder Vorschlag spottet jeder Möglichkeit einer sachlichen Begründung. Auch jene Scheingründe, die sonst für das Pluralstimmrecht angeführt werden, versagen völlig, und es bleibt nur die nackte, brutale Machtausübung. Nicht irgend ein, wenn auch noch so falscher Grundsatz, lässt sich für solche Klassenzerreissung beibringen, die ausschliesslich aus der gewalttätigen Absicht entpringt: die arbeitenden Klassen sollen niedergestimmt werden, ohne dass andere *staatstreue* Schichten von der Entrechtung mitbetroffen werden. Bei der Einführung nur einer Pluralstimme glaubt man nicht genug Stimmenübergewicht über die Sozialdemokratie zu erreichen, also gibt man in absoluter Willkürlichkeit jedem zu privilegierenden Wähler sogleich 3 Extrastimmen. Das Ministerium des Innern hat durch einen Geheimerlass die Amtshauptleute angewiesen, dass sie die Amtsblattpresse zur eifrigen Propaganda für die Vorzüge des neuen Regierungsvorschlags veranlassen sollen, und es hat in diesem Erlass mitgeteilt, dass auf grund der geplanten Stimmeneuteilung die Zahl der privilegierten Wähler im Lande 200 000, die Zahl der nichtprivilegierten Wähler 550 000 betragen werde. Es würde also die Gruppe der Privilegierten 800 000 Stimmen haben und die Masse der Einstimmenwähler künftig allenthalben niederstimmen können. Eine zweite Änderung am Kompromiss, die die Regierung

fordert, bezieht sich auf das Proportionalverfahren. Auch in dieser Hinsicht ist die Regierung vor dem konservativen Widerstand gewichen, sie will sich *schweren Herzens* damit begnügen die Verhältniswahl nur für die Städte Dresden, Leipzig, Chemnitz, Plauen, Zwickau zu fordern. Auch hierin soll also die totale Sinnlosigkeit walten; in etwa drei Vierteln der Wahlkreise sollen die Konservativen gegen liberale und sozialdemokratische Minoritäten gesichert bleiben, während in den Grossstädten auch den konservativen Mittelständlern Mandate ermöglicht werden. Andererseits bietet sich allerdings durch das Proportionalverfahren für die Arbeiterschaft in den Grossstädten die Möglichkeit zu einiger Vertretung im Landtag zu gelangen.

Diese neuen Vorschläge haben den Gegensatz zwischen den Kompromissparteien erheblich verschärft. Die Konservativen vollbringen die Glanzleistung sich freudig für die Hohenthalschen Vorschläge zu erklären, die ihnen das ganze flache Land ausliefern und ihre Herrschaft in der Kammer sichern, zugleich aber die Verantwortung für die selbst ihnen befremdlich und bedenklich erscheinende Vierstimmhäufung ausschliesslich der Regierung zuschieben zu wollen. Die Nationalliberalen dagegen lehnen die schroffe Teilung in Vier- und Einstimmwähler ab. Sie tun das gewiss nicht wegen ihrer Ungerechtigkeit und Unsinnigkeit, sondern weil sie selbst die Leidtragenden eines solchen Wahlverfahrens sein würden. Die Nationalliberalen stehen als die betrogenen Betrüger da. Sie haben das Pluralwahlsystem in Sachsen auf die Tagesordnung gebracht, jetzt sollen sie die Opfer dieses Systems werden. Dieses blöde Wahlverfahren soll an ihnen jetzt den Beweis erbringen, dass es je nach der Stimmzuteilung zu all und jedem gebraucht werden kann. Das Pluralsystem sollte Besitz und Bildung privilegieren und zur Vorherrschaft bringen. Jetzt ist es so konstruiert worden, dass der ländliche Grundbesitz und die rückständigsten Elemente des zünftlerischen Mittelstands das Übergewicht erhalten. Die Vierstimmwahl würde nicht nur die Unterdrückung des Proletariats sondern auch der Industriellen, der Handlungsherren, der liberalen Berufe zu gunsten der konservativen Handwerker, Krämer und Beamten herbeiführen.

So haben wir mit der Aussicht zu rechnen, dass dieses allerabsurdeste Wahlverfahren demnächst zum Gesetz erhoben werden wird. Freilich sind neue Wendungen und Wirrnisse auch nicht ausgeschlossen, aber es scheint, dass die Regierung und die konservative Majorität, um die ganze Sache nicht wiederum scheitern zu lassen, sich mit todesmutiger Entschlossenheit an diesen Strohhalme des Vierstimmensystems halten wollen. Zwar ist im ganzen Lande ausser den rabiatesten Zunftmittelständlern niemand von dieser *Reform* beglückt, zwar haben Regierung und Konservative selbst keine rechte Freude und Zuversicht zu ihrem Beginnen, zwar ist es ihnen fatal genug das Gesetz ohne die Nationalliberalen machen zu müssen; gleichwohl soll diese Spottgeburt ans Licht der Welt gefördert werden. Die Wirkungen aber einer derartigen Gesetzesmacherei, bei der Klassenübermut und zugleich Angst vor der Arbeiterbewegung zu Paten stehen, werden unabsehbar sein. Insbesondere kann es nicht ausbleiben, dass der Gegensatz der Agrarier und Mittelständler einerseits und der Liberalen andererseits, die als Führer der Wahlreform stolz voraufzogen und nun als die Geprellten und Gedemütigten heimkehren, sich in hohem Mass verschärfen wird. Es ist noch nicht möglich abzusehen,

welche Situationen sich ergeben können, wenn in diesem hochindustriellen Land von neuem durch ein unsinniges Wahlgesetz die Herrschaft des Zünftlertums errichtet wird.

Für die Arbeiterschaft aber kann die Genugtuung nicht allzu gross sein, dass es ihr durch andauernden Kampf gelang das Dreiklassensystem zu beseitigen und die Herrschenden zur Zulassung wenigstens einer kleinen Vertretung des Proletariats im Landtag zu nötigen. Sie steht selbstverständlich zum neuen Wahlgesetz in ebenso schroffer Kampfesstellung wie zum alten. Sie hat bereits in überaus imposanten Kundgebungen, durch ihre demonstrativen Strassenaufzüge und ihre von gewaltigen Menschenmassen besuchten Wahlrechtsmeetings unter freiem Himmel, die ernste Absicht bekundet, den Kampf ums gleiche Wahlrecht mit aller Beharrlichkeit fortzuführen. Und unsere Situation wird sich sicherlich sehr günstig gestalten. Wenn das neue Wahlgesetz aus langer Not und verzweifelter Wirrnis geboren wird, so wird es sich schon vom ersten Tage an als lebensunfähig erweisen. Die besänftigenden Wirkungen, die die Regierung von der Beseitigung des Dreiklassensystems auf die Stimmung der Bevölkerung zu erreichen gedachte, werden nicht eintreten, und die Sozialdemokratie, deren Agitation doch durch die Wahlreform begegnet werden sollte, wird gerade agitatorisch gute Ernte halten können.

XX

## JULIUS BRUHNS · DIE HESSISCHEN LANDTAGS- WAHLEN



ANDTAGSWAHLEN in kleineren deutschen Bundesstaaten erwecken im allgemeinen nur geringes Interesse, besonders in einer Zeit wie der gegenwärtigen, in der Fragen unserer inneren und auswärtigen Reichspolitik von grösster Bedeutung auf der Tagesordnung stehen. Gleichwohl, denke ich, verdienen die jüngst beendeten Landtagswahlen im Grossherzogtum Hessen auch ausserhalb der hessischen Landesgrenzen Beachtung. Es handelte sich nämlich bei diesen Wahlen um einen erbittert geführten Kampf für Erhaltung und Verbesserung politischer Volksrechte, und die Wahlkampagne selber zeitigte politische Gruppierungen, die den im Reich gegenwärtig bestehenden diametral entgegenstehen.

Seit einer Reihe von Jahren haben wir in Hessen einen Kampf um eine Demokratisierung des Landtagswahlrechts. Von den süddeutschen Staaten war Hessen der erste Staat, der damit begann; während aber die drei andern, die erst später diesem Beispiel folgten, Baden, Bayern und Württemberg, heute längst im Besitz verhältnismässig guter Wahlsysteme sind, tobt der Kampf in Hessen Jahr um Jahr fort, ohne dass bis jetzt das erstrebte Ziel erreicht werden konnte. Es geht in Hessen um die Einführung der direkten Wahl an Stelle der veralteten indirekten, um eine gerechtere Wahlkreiseinteilung und um grössere Sicherung der geheimen Stimmabgabe. Regierung und herrschende Parteien, Nationalliberale, Zentrum und Antisemiten, die zusammen die für die Verfassungsänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit der zweiten Kammer besitzen, sind mit dieser Wahlreform einverstanden, wollen sie jedoch mit mehreren, die Arbeiter und damit die Sozialdemokraten treffenden *Kautelen* umgeben. Während jetzt jeder wahlberechtigt wurde, der seit mindestens 3 Jahren im Lande wohnte, wenn er noch kurz vor den Wahlen die hessische Staats-

angehörigkeit erwarb, sollen in Zukunft nur die wahlberechtigt sein, die seit mindestens drei Jahren im Besitz der Staatsangehörigkeit sind. Und während bisher die Bezahlung der fälligen Staatssteuer für die Ausübung des Stimmrechts genügte, soll nun dazu auch noch die Bezahlung fälliger Gemeindesteuern kommen. Diese Verschlechterungen, mit denen sich angesichts der auf der anderen Seite winkenden Fortschritte schliesslich auch die Sozialdemokratie trotz grosser Bedenken abgefunden hätte, genügten aber der ersten Kammer nicht. Diese wollte sich ihre Zustimmung zur Wahlrechtsvorlage mit einer Erweiterung ihrer Rechte, insbesondere ihres Budgetrechts, bezahlen lassen. Der Privilegiertenkammer steht bislang nicht eine Ablehnung einzelner Budgetposten sondern nur eine Ablehnung des ganzen Budgets zu; auf eine solche aber muss eine gemeinsame Abstimmung beider Kammern erfolgen, bei der die einfache Mehrheit entscheidet. Da die erste Kammer 34, die zweite 50 Mitglieder zählt, gerät auch hier die erste Kammer ins Hintertreffen; ihr Budgetrecht ist also in der Tat recht gering. Die Herrenkammer wollte nun für ihre Zustimmung zur Wahlreform das Recht — das die zweite Kammer allerdings aus Gefälligkeit bereits seit Jahren zum unverbindlichen Brauch hatte werden lassen — auch einzelne Budgetposten beanstanden zu dürfen gesetzlich festlegen lassen. Darüber hinaus aber wollte sie noch anderes. Lehnte bisher eine der beiden Kammern einen Gesetzentwurf ab, dann konnte ihn die Regierung im nächsten Landtag wieder einbringen und, wenn er wieder von einer Kammer abgelehnt wurde, die *Durchstimmung* vornehmen, das heisst zusammen abstimmen lassen. Also auch hier befindet sich die erste Kammer im gleichen Nachteil wie beim Budget. Um ihm zu begegnen, forderte sie für solche *Durchstimmung* statt der einfachen die Zweidrittelmehrheit als weiteren Preis ihrer Zustimmung zur Wahlreform.

Jahrelang war die hessische zweite Kammer fast einstimmig in der Ablehnung dieser Forderungen der ersten. Als einen Verräter an Volksrechten, der vom Unwillen des Volkes hinweggefegt werden würde, bezeichnete die hessische Zentrums Presse denjenigen, der ihnen etwa zustimmen wollte. Und obwohl der Gebieter von Worms, der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Freiherr Heyl zu Herrnsheim, die Seele des Widerstandes der ersten Kammer war, fanden auch die nationalliberalen Abgeordneten und ihre Presse scharfe Worte gegen die geforderte Schmälerung der Vorrechte der zweiten Kammer; man verstieg sich in nationalliberalen Blättern sogar bis zur Forderung der Abschaffung der ersten Kammer. Noch im vorigen Jahr beharrte die ganze zweite Kammer auf diesen ihren Widerstand. In diesem Jahr trat jedoch eine Änderung ein. Unter strengem Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelten monatelang die Ausschüsse der beiden Kammern über einen Weg zur Verständigung. Noch als die letzte Session des Landtags zu Ende ging, erfuhr man nichts darüber. Man wollte offenbar die Wahlen vorübergehen lassen, ohne die Wähler über den mittlerweile abgeschlossenen Handel zu unterrichten. Durch diese schlaue Rechnung machten jedoch die Sozialdemokraten einen dicken Strich, indem sie noch am Tage vor dem Schluss des Landtags den Antrag stellten, die Kammer möge sich durch einen erneuten Beschluss auf ihren bisher eingenommenen Standpunkt stellen. Die Verhandlung dieses Antrags zwang die Parteien Farbe zu bekennen, und nun stellte es sich heraus, dass Nationalliberale, Zentrum und Antisemiten entschlossen waren der Herren-

kanmer im wesentlichen alles zu gewähren, was sie gefordert hatte. Der Kompromissvorschlag Glässing wollte der ersten Kammer ausdrücklich das Recht geben »auch über einzelne Teile des Staatsvoranschlags und des Finanzgesetzes gesondert zu beschliessen«. Die *Durchstimmung* sollte aber nicht nur stattfinden, wenn die erste Kammer, sondern wenn eine der beiden das Budget ablehnte. Damit war ein fast sicherer Schutz der Regierung gegen eine Budgetverweigerung durch die zweite, die Volkskammer, gegeben, und dieser zugleich ihre schärfste Waffe in einem eventuellen Kampf mit der Regierung und der ersten Kammer genommen. Ferner sollte nach dem Kompromiss bei der gemeinsamen Abstimmung beider Kammern über andere Gesetze als das Budget — bei diesen bleibt es beim alten Zustand — auch nicht mehr die einfache Mehrheit sondern die Zweidrittelmehrheit gelten, so dass die erste Kammer stets in der Lage wäre das Zustandekommen zum Beispiel von Steuergesetzen, die die grossen Herren höher belasten, zu vereiteln.

Mit dieser Enthüllung der reaktionären Pläne war die Frage, ob die Verbesserungen des Wahlrechts mit der Preisgabe wichtigster Rechte der Volkskammer an die Privilegiertenkammer erkaufte werden sollten, mitten in den Wahlkampf gestellt, zur Wahlparole geworden. Es handelte sich dabei nicht nur um den Schutz ideeller Rechte des Volks sondern zugleich um sehr materielle Dinge. Die finanziellen Verhältnisse des Staates Hessen sind nicht die günstigsten, sie sind neuerdings besonders ungünstig beeinflusst durch die Minderung der diesjährigen Überschüsse aus den preussischen Eisenbahnen um 120 Millionen Mark, von der Hessen infolge der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft erheblich betroffen wird. Hessen wird daher demnächst zu einer eingreifenden Reform seines Steuerwesens, besonders auch der Gemeindesteuern, kommen müssen. Was angesichts dieser Situation die Machterweiterung der durchaus nicht zahlungsfrohen Landesherren für das hessische Volk bedeutet, liegt auf der Hand. Dazu kam die Gefahr einer schweren Besteuerung der in Hessen sehr zahlreichen Konsumvereine durch eine reaktionäre Landtagsmehrheit.

Eine Mehrheit gegen die vereinigten Kompromissparteien zu erzielen war ganz ausgeschlossen. Der letzte Landtag zählte 18 Nationalliberale, 13 Antisemiten, 7 Ultramontane, 7 Sozialdemokraten, 3 Freisinnige und 2 Wilde, welche letztere ebenfalls zu den Kompromisslern gehörten, so dass den 40 Kompromisslern nur 10 Gegner, nämlich 7 Sozialdemokraten und 3 Freisinnige, gegenüberstanden. Zudem schied nur die Hälfte der Abgeordneten aus, und zwar 10 Nationalliberale, 5 Antisemiten, 2 Ultramontane, 1 Wilder, also 18 Kompromissler, und 4 Sozialdemokraten, 3 Freisinnige, also 7 Gegner des Wahlrechtshandels. Das Ziel des Kampfes konnte angesichts dieser Mehrheitsverhältnisse nur sein die Bildung der für die Verfassungsänderung erforderlichen Zweidrittelmehrheit zu verhindern, das heisst den Kompromisslern im ganzen 7 Mandate abzujagen. Das bedeutete die Notwendigkeit eines Bündnisses zwischen Freisinn und Sozialdemokratie, denn nur der Zusammenschluss dieser beiden Parteien konnte den Erfolg, die Eroberung von 7 neuen Mandaten, ermöglichen. Diese Möglichkeit wurde noch durch den Umstand erhöht, dass bei den hessischen Wahlmännerwahlen die relative Mehrheit entscheidet. Gerade darum konnten in mehreren Wahlkreisen die beiden verbündeten Parteien es nicht riskieren jede für sich Wahlmänner aufzustellen: sie mussten,

um dem Gegner nicht die relative Mehrheit zu verschaffen, gemeinsame Listen bilden. In anderen Kreisen, wie zum Beispiel in Darmstadt, wurde sowohl von sozialdemokratischer wie von freisinniger Seite eine Wahlmännerliste aufgestellt, doch nahm jede Seite eine grössere Zahl, etwa ein Drittel, der Wahlmänner der anderen Seite mit auf seine Liste. Hätte also die sozialdemokratische Liste die relative Mehrheit bekommen, so wären beide Abgeordnetenmandate von Sozialdemokraten eingenommen worden; das gleiche galt für die Freisinnigen. Wäre jedoch die relative Mehrheit auf die nationalliberale Liste gefallen, so hätte diese trotzdem keinen Anspruch auf die Mandate gehabt, da die auf die beiden Listen gesetzten freisinnigen und sozialdemokratischen Wahlmänner, zwei Drittel aller zu wählenden, mehr Stimmen und damit die Macht gehabt hätten die beiden Mandate zu besetzen, was nach der Vereinbarung mit einem Sozialdemokraten und einem Freisinnigen geschehen sollte. In Offenbach und dann auch in Mainz traten die Freisinnigen bedingungslos für die sozialdemokratische Wahlmännerliste ein; das gleiche geschah seitens der Sozialdemokraten in Giessen und einigen anderen Wahlkreisen, in denen meist schon die Unmöglichkeit eigene Wahlmänner zu bekommen unsere selbständige Beteiligung verhinderte.

Es kam zu einem äusserst erbitterten Wahlkampf. Mit allen möglichen Verdunkelungskünsten suchten die Wortführer der reaktionären Dreieinheit die hessische Bevölkerung gegen die Verteidiger ihrer Rechte einzunehmen. Es galt vor allem zu beweisen, dass der Kompromiss gar keine Preisgabe von Volksrechten darstelle. Und da man einmal am Beweisen war, bewies man in Reden, Flugblättern und Zeitungsartikeln auch gleich, dass die Bewilligung der Forderungen der ersten Kammer sogar eine Vermehrung der Volksrechte bedeute, und dass die wirklichen Verräter an den Volksrechten die Sozialdemokraten und die Freisinnigen seien, die dem Volk die Gewinnung der direkten Wahl vereiteln wollten. Mit besonderer Wut richteten die vereinigten Reaktionäre ihre Angriffe auch gegen die mit den Sozialdemokraten alliierten Freisinnigen, gegen die auch der gesellschaftliche und wirtschaftliche Boykott vielfach in rücksichtsloser Schärfe angewendet wurde. Um den Führer der hessischen Freisinnigen, den Pfarrer Korell, unschädlich zu machen und seine vorgesetzte kirchliche Behörde zu veranlassen ihn aus dem Amte zu jagen, propagierten die frommen Nationalliberalen sogar die Verweigerung der Kirchensteuern. Zur Ehre der hessischen Freisinnigen, die den Barth'schen Anschauungen nahestehen, muss gesagt werden, dass sie trotz aller, zum Teil niedrig persönlicher Anfeindungen tapfer im Bunde mit den Sozialdemokraten ausgehalten haben, die Führer, vor allem aber auch die Wähler. So haben von den annähernd 1000 freisinnigen Wählern in Darmstadt nur einige 40 die Namen der sozialdemokratischen Wahlmänner auf ihrer Liste ganz oder teilweise gestrichen. Ein interessantes Moment im Wahlkampf war übrigens auch die ernsthafte und gründliche Erörterung der Frage einer Budgetverweigerung durch Angehörige bürgerlicher Parteirichtung. Die Behauptung der Wahlrechtskompromissler, dass eine Wahlrechtsverbesserung gegen den Willen der Ständekammer unmöglich sei, führte zu der Darlegung in freisinnigen wie sozialdemokratischen Blättern und Reden, dass eine konsequente Benutzung des Budgetrechts der zweiten Kammer, eventuell eine partielle oder totale Budgetverweigerung Regierung wie Standesherrn mürbe machen müsse.



Zu einer praktischen Erprobung dieses *revolutionären Mittels* — wie es vom Zentrum und den Nationalliberalen genannt wurde — wird es freilich im hessischen Landtag nicht kommen, um so weniger als die Wahl gegen die verbündete Linke ausgefallen, die Bildung der Zweidrittelmehrheit nicht nur nicht verhindert, sondern die Reaktion durch den Gewinn der beiden Mainzer, bisher sozialdemokratischen, Mandate noch verstärkt ist. Die Ursache dieses unerfreulichen Ergebnisses ist einmal in der Schwäche des wirklich liberalen Bürgertums, zum andern in der Wirkung der wirtschaftlichen Krise auf die Arbeiterschaft zu suchen. Auch hier ist wieder einmal offenkundig geworden, was überall kein Geheimnis mehr ist, dass die Zahl der bürgerlichen Wähler, die die Aufgabe eines liberalen Mannes nicht im Kampf gegen die Arbeiterbewegung sondern im Kampf gegen die Reaktion auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens sehen, sehr klein, bedauerlich klein ist. Das war auch unseren hessischen Genossen natürlich nicht unbekannt, auch nicht vor dem Abschluss des Bündnisses mit den Freisinnigen. Sie hielten es trotzdem für ihre Pflicht jenes Bündnis abzuschliessen, um nichts versäumt zu haben, was irgendwie geeignet gewesen wäre die bedrohten Rechte und Interessen der hessischen Bevölkerung zu schützen. Natürlich haben sie bei diesem Bündnis nichts von ihren Grundsätzen preisgegeben, sie haben den Kampf trotz des bürgerlichen Bundesgenossen als Sozialdemokraten geführt. Es heisst die Dinge auf den Kopf stellen, wenn in der Parteipresse und in Parteiversammlungen der angeblich ungünstige Wahlausfall in Hessen, der »bürgerliche Rückgang«, wie ein Parteiblatt wörtlich sagt, auf den in Hessen herrschenden Revisionismus zurückgeführt, und das hessische Wahlresultat in beschämendem Gegensatz zu dem unter einem viel schlechteren Wahlrecht erfochtenen Wahlsieg der *radikalen* Berliner gebracht wird. Die Methode solcher Behauptungen ist schon an und für sich für die *Radikalen* sehr gefährlich, weil sie ohne weiteres gegen sie selber angewandt werden kann. Dass zum Beispiel die Düsseldorfer Genossen bei ihren Kommunalwahlen einen Stillstand und relativ einen Rückgang ihrer Stimmen zu verzeichnen, dass die Leipziger jetzt eben 4 Stadtverordnetenmandate verloren haben, wird man dann ihrem unzweifelhaften *Radikalismus* zuschreiben. Bei den hessischen Landtagswahlen aber kann überhaupt nicht von einem »Rückgang« sondern nur von einer erfreulichen Zunahme unserer Stimmen gesprochen werden, die im Vergleich mit den vorigen Wahlen in den gleichen Kreisen zwischen 20 und 50 % der Stimmen schwankt. Und diese Zunahme wäre eine noch ganz andere gewesen, wenn nicht, wie gesagt, die wirtschaftliche Krise das unmöglich gemacht hätte. Das kann zahlenmässig nachgewiesen werden. Man hat mit Recht gesagt, dass in Hessen diesmal die *Kautelen* gesiegt haben. Die Steuer-rückstandsklausel hat Tausende von Arbeitern gehindert ihr Wahlrecht auszuüben. Die Sozialdemokraten hätten ohne diese Mainz nicht verloren sondern glänzend behauptet; denn während sie in Mainz mit 500 Stimmen dem Gegner erlagen, mussten 1500 wahlberechtigte Mainzer Arbeiter dem Wahl-tisch fernbleiben, weil sie die letzte Steuer bis zum Wahltag nicht bezahlt hatten, nicht bezahlen konnten. Darmstadt musste unsere Partei mit 300 Stimmen Vorsprung dem Gegner lassen, weil über 700 wahlberechtigte Arbeiter nicht wählen durften. Offenbach konnte nur mit 300 Stimmen Mehrheit und nur mit Hilfe der Freisinnigen gehalten werden, weil 10 % der Wahlberechtigten, über 1000 Personen und fast nur Arbeiter, infolge der Steuerrück-

standsklausel nicht an die Urne durften. Nicht anders stand es in einigen anderen Wahlkreisen mit industrieller Bevölkerung.

Nun ist der Kampf entschieden, und die Sieger haben die Möglichkeit nicht nur diese ihnen so nützlichen Sicherheitsmassnahmen gegen das Überhandnehmen der Sozialdemokraten im Landtag zu verschärfen sondern auch wichtige Vorrechte der vom Volk gewählten Vertretung an die privilegierten Gesetzgeber auszuliefern. Wenn das geschieht — und es kann nur vereitelt werden, wenn die Antisemiten aus Ärger über die ihnen nicht genehme neue Wahlkreiseinteilung nicht mehr mitmachen —, so kann sich doch die Sozialdemokratie in Hessen sagen, dass sie ihre Pflicht erfüllt, dass sie alles getan hat, was möglich war, um die Verwirklichung jener rückschrittlichen Absichten zu verhindern.

XX

## SIGFRID SIWERTZ · SCHATTEN



GEORG war ein Fremdling in der grossen Stadt. Die Gasse, in der er wohnte, war alt und still. Nur gebrochene und verirrte Wellen des schwarzen Menschenstroms draussen in der Hauptader schlugen hier herein, um unter dunklen Mauern und Wölbungen hinzusterben. Öffnete Georg, wenn er abends aus der Bibliothek heimkam, das Fenster, dann konnte er noch draussen auf dem Asphalt die Pferdehufe ihre Wirbel schlagen und die Räder ihren Sang singen hören, aber es waren dumpfe Wirbel aus der Ferne und ein leiser, schwermütig hinsterbender Sang. Alles floss zu einem Mollton zusammen, der seine Gedanken in den Abend hinaus-trug. Oft sagte er zu sich selbst: Rasch strömt die Zeit dort draussen vorbei. Jede Welle ist ein Steigen und ein Fallen, sie lebt, indem sie stirbt. Das ist nicht das wirkliche Leben . . . . Aber hier ist etwas von der tiefsten Stille. Hier ist der kühle Strandschatten, hier ist die sachte Gegenströmung, mit der man den Fluss hinauftreibt, bis zu seiner Quelle . . . . Die alte Gasse weiss mehr von Menschenschicksalen, die alte Gasse ist weiser als die neue. Ja, so dachte er oft und lächelte seinem eigenen Gedanken zu, wenn er sich am Fenster die Pfeife anzündete.

Jetzt brach an einem Septembertage der Abend herein. Die dunklen Häuser duckten sich zusammen, und schmalbrüstig, Schulter an Schulter starteten sie sich quer über die Gasse an, aus Fenstern, die tief lagen wie alte müde Augen. Die Kirche gegenüber schlummerte in ihrem eigenen Schatten. Es war eine halbgotische Kirche mit schwerem, ernstem Turm und einem schwarzgrünen Schieferdach. Wo sie sich erhob, belagert von kleinen Kaufläden, zwischen Strebepfeilern und einem Gemengsel von baufälligen Baracken, die sich wie Kinder an der Mutter Rock klammerten, wurde die Gasse noch enger und dunkler. Gerade vor Georgs Fenster streckte ein Drache seinen langen Hals aus. Im Sonnenschein gähnte er, sonst spie er einen Strom von Regenwasser auf die Pflastersteine. Jetzt schloss er die Augen und zog sich in die Mauer hinein.

Der kleine Vogelhändler schräg gegenüber deckte den Käfig mit den Hänflingen zu und verschwand leise trällernd in seinem Laden. Es war Georg ein Rätsel, wovon der Mann lebte, denn nie hatte er einen Menschen vor dem Ladentisch gesehen.

Einen Augenblick war alles leer und stumm. Dann kam Lili vom Bäcker nach Hause, mit blossen Kopf, ein grosses Brot unter dem Arm. Lili wohnte in der Erdgeschosswohnung unter ihm, zusammen mit ihrer Mutter und einer älteren Schwester. Sie trauerte noch um ihren Vater, der Küster in der Kirche gegenüber gewesen war. Ihr kleines blondes Köpfchen leuchtete matt über dem schwarzen Schal, den sie über die Schultern gehängt hatte. Georg sass oft am Fenster, wenn Lili abends Brot kaufen ging. Und fast immer warf sie einen flüchtigen Blick zu ihm hinauf. Als Georg einzog, war sein Auge sogleich auf sie gefallen. Die anderen dort unten wurden nur zu einem Rahmen um das Bild. Er traute dieser blitzschnellen Wahl des Instinkts, aber da er ein sehr müder und stiller Mann war, lächelte er zugleich und sagte zu sich selbst: Du wirst ihren Blick suchen, wenn du sie triffst, du wirst ihre Hand drücken, vielleicht einmal ihre Lippen küssen. Mehr wird nicht daraus.

Allmählich waren sie ein wenig bekannt geworden, unmerklich zusammengelitten, wie zwei Schatten, die sich begegnen. Er wechselte oft unten im Hausflur ein par Worte mit ihr:

»Wie befindet sich Ihre Mutter heute, Fräulein Lili?«

»Danke, Herr Georg, mit den Augen geht es heute etwas besser . . . Es ist ja immer so schwer mit dem Arbeiten in dem dunklen Zimmer.«

Einmal erzählte Lili auch von der Schwester, die Esther hiess. Sie war mit Martin verlobt, dem langen stillen Jungen, den er wohl manchmal abends kommen gesehen hatte. Er stand ganz allein im Leben. Er wohnte weiter oben in der Strasse in einem kleinen Hofzimmer. Sie würden nicht vor dem Frühling heiraten.

Ein anderes Mal bat sie Georg etwas zögernd einzutreten. Es waren zwei kleine Stübchen mit gewölbter Decke und einem Fussboden aus holprigen, geschwärzten Eichenplanken. Mutter und Schwester sassan an einem grossen Tisch und nähten. Sie grüssten still. Lili führte ihn mit einem Lächeln herum, das sagte, es ist ärmlich, aber wir klagen nicht.

»Hier ist Vaters Porträt und seine Kirchentracht, und das ist Mutters Bild, als sie noch jung war. Das hier ist die Sonnenecke. Da scheint die Sonne gegen vier ein Weilchen herein. Im Herbst sitzen wir abwechselnd in der Sonnenecke und arbeiten da. Aber jetzt ist es bald Winter, und da sieht man gar keine Sonne mehr.«

Er musste sich auf das Sofa neben den kleinen Kachelofen setzen. Man stellte ihm eine Menge Fragen nach dem Lande, aus dem er kam. Er freute sich unter all diesen Fremden welche zu finden, mit denen er von dem sprechen konnte, was stets in seinen Gedanken war.

»Ich bin seit vielen Jahren nicht daheim gewesen«, erzählte er. »Ich bin aus dem blonden Lande im Norden, dem Waldlande.«

Sie wollten gerne wissen, ob es weit weg sei, und ob es dort sehr kalt und öde sei.

»Ja . . . es ist noch ein ganz armes und jungfräuliches Land. Die Städte liegen fern, klein und still. Ich wohnte in einem Häuschen im Walde, dicht vor der Stadt. Meine Freunde wohnten drinnen. Oft ging ich hinein, um sie zu sehen. Sie sprachen immer so viel von Reisen: Ich will dahin, und ich will dorthin. Niemand war so recht zufrieden mit seinem Land wie ihr es hier seid. Manche tranken viel, der Kälte wegen und um sich fortzu-

träumen. Aber hört noch mehr von meinem Lande dort droben. Wenn ich nachts zu unserm Haus hinauswanderte, dann schreckte mich der Schrei der Füchse aus dem grossen einsamen Walde, der dicht vor dem Stadttor liegt. Vor Hunger heulend irrten sie um die schlummernde Stadt. So wild ist mein Land, die grosse Einsamkeit brütet noch an den Toren der Hauptstadt Und auch die Menschen sind nicht so rasch und klar wie hier in der Weltstadt. Sie haben noch etwas von dem Dunkel und dem Schweigen des Waldes in sich. Sie sprechen sachte und gedämpft, und ihr Innerstes ist stumm. Die Besten haben oft etwas von frühreifen Kindern, die mehr geträumt als gelebt haben.«

Lili lauschte mit grossen Augen.

»Ich möchte gern in dieses Land fahren. Ich bin nie weit von daheim fortgewesen. Es wird mir schon so ängstlich zu Mute, wenn ich nur auf die grossen Boulevards hinauskomme. Es ist eine ganze Reise bis zum Markt hinunterzufahren. Viermal bin ich auf der Nordseite des Flusses gewesen. Es ist dort wie eine ganz neue Stadt mit noch viel mehr Menschen als hier . . .« Sie musste über sich selbst lächeln, dass sie nie weiter weg gewesen war als an dem andern Ufer des Flusses. Aber Georg sagte ihr, dass sie auf dieser Fahrt vielleicht mehr Menschen sah, als wenn sie sein ganzes Land durchreiste. Und dann ging er, denn es begann Abend zu werden, und er begriff, dass sie ihn nicht auffordern konnten zu bleiben. Als er durch den dunklen Torbogen trat, sah er draussen auf der Gasse einen Mann stehen. Es war Martin. Georg betrachtete ihn einen Augenblick ungesehen von der Schwelle aus. Seine Gestalt hatte nichts von der fröhlichen Leichtigkeit der Jugend. Eine qualvolle Unentschlossenheit schien auf ihm zu lasten, und er führte die Hand mit einer abwehrenden Geste an die Stirn, so, als wollte er einen Traum verscheuchen. Dann richtete er sich empor, trat ein und zog heftig an der Glockenschnur. Georg ging hinauf zu seinen Büchern. Er wunderte sich ein wenig über dies. Und er fragte sich auch, warum Lili so selten von Martin sprach.

Das nächste Mal, als Lili und Georg sich trafen, wollte sie von allen seinen Reisen hören. Und er erzählte gern, denn er fühlte sich ja so einsam mit all seinen Erinnerungen. Erzählte von Aufbrüchen in frostigen Morgenstunden, wenn das Goldrad der Sonne mit ihm zugleich über die niedrigen blauen Hügelkämme der Ebene rollte; von der grossen Mittagsstille des Meeres und dem Dampfer, der zitternd durch leichten Silbernebel gleitet; von Abenden der Erwartung, wo unbekannte Städte plötzlich mit tausend Lichtern aus dem Dunkel blitzen.

Lili war immer ganz mit dabei, und in ihren klaren Augen sah er eine Spiegelung des Lichts vergangener Jahre. Fügte es der Zufall, dass sie sich ohne Zeugen trafen, dann erzählte Georg ihr auch von dem Leben des Tages und der Nacht in der grossen Stadt, die er ja weit besser kannte als sie. Es war nun so, dass, wenn er sich draussen in dem Gewühl verloren hatte, er immer an Lili denken musste, aber wenn er sie abends traf und alles rings um sie still war, dann trieb es ihn von dem tosenden Leben draussen zu sprechen. Er erzählte ihr von Schauspielen, Feerien und berühmigten Verbrechen, von Studenten, Malern, Modellen, von den Komikern der Vorstadt und den grossen Sängern, in deren Stimme die Frauenseele lebt. Auch an den

leuchtenden, giftigen Weibermarkt wagte er sich fast gegen seinen Willen heran, mit schonenden, aber doch gefährlichen Worten. Lili lauschte halb misstrauisch, als wären es grausig schöne Märchen aus einer unmöglichen Welt. In der allerletzten Zeit war Lili nicht so recht die selbe gewesen. Es kam oft eine suchende Unruhe in ihren Blick, und ihre Gespräche dauerten nicht so lang wie früher.

Georg dachte jetzt daran, wie er so am Fenster sass und sie über die Strasse gehen sah. Konnte es seine Schuld sein, dass sie nicht mehr die selbe war? Hatte etwas in seinen Worten und Blicken gelegen, das sie geweckt hatte? Über dem Dach der alten Kirche leuchtete der Himmel wie ein sanfter, etwas unklarer Amethyst. Ein einsamer Stern brannte durch leichte Nebel. War es die Venus? Der Tod des Tages brachte ihm eine leise Erinnerung an seinen eignen. Ja, seinem Schmerz sah er tief in die Augen, aber für das Glück hatte er so linkische Hände. Er war nicht der Mann, der eine schlummernde Prinzessin weckte.

Georg schloss das Fenster, er wollte die Lampe anzünden. Da klopfte es an die Tür: zwei ängstliche, kleine Schläge. Lili trat über die Schwelle. Ihr Gesicht leuchtete bleich durch das Dunkel des Zimmers. Sie sank in einen Stuhl, und ihre Hände fielen wie zwei müde Blumen in ihren Schoß.

»Verzeihen Sie, dass ich Sie störe . . . Ich komme, um um Hilfe zu bitten . . . um einen Rat . . . meiner Schwester wegen . . . Ich kann mit Mama nicht darüber sprechen . . . Ach, ich kann ja nichts dafür . . . ich konnte nicht ahnen, dass es so kommen würde . . . Erst nach und nach begriff ich, wie es stand . . .«

Georg blieb stumm vor Staunen stehen und genoss all diese liebliche Unruhe. Lili fuhr ganz leise fort, den Blick in der dunkelsten Zimmerecke:

»Ach, verzeihen Sie mir . . . Sie wissen ja gar nicht, um was es sich handelt. Martin, Esthers Freund, er ist ja ein so ehrlicher und pflichttreuer Junge, aber er hat einen düsteren, wunderlichen Charakter. Er sagt nie gleich, was er meint, aber viel, viel später kommt es dann so schwer und verstohlen heraus . . . Zuerst, als wir bekannt wurden, glaubte ich wohl, dass er am liebsten mit mir zusammen sei, obwohl er immer so düster und kurz angebunden war. Aber bald wurde es anders. Esther ist ja ein paar Jahre älter als ich, und sie hat eine andere Natur. Nun sah er, dass sie ihre Hoffnung auf ihn gesetzt hatte, und dass sie schwer darunter litt. Und dann fand mich Mutter wohl auch zu jung . . . Martin wandte sich von mir Esther zu, und ich war froh, dass er seinen Sinn geändert hatte, denn es wurde mir so schwer mich als . . . als seine Frau zu denken. Eine Zeit verging. Da zeigte es sich, dass sie nicht glücklich mit einander waren. Martin kamen oft bittere Worte auf die Lippen, und Esther weinte nachts. Dann schien alles wieder besser zu werden. Er kam so oft zu uns. Aber da merkte ich, dass er mich suchte, nicht Esther. O, wie er um mich herumschlich, dort unten in den dunklen Stuben! Er sagte nichts, er suchte nur meinen Blick zu fangen, meine Hand zu streifen. Ich vermochte nicht böse zu werden, denn ich sah, dass er nichts dafür konnte, aber ich hatte solche Angst, dass Esther etwas merken könnte. Eines Tages traf er mich allein zu Hause. Da sank er vor mir nieder und küsste meine Hände und murmelte: »Ich kann so nicht leben, ich kann nicht.« Und seine Tränen fielen auf meine Hände . . . Ich sagte,

er solle mit meiner Schwester brechen, ohne den wahren Grund zu sagen und nie wieder herkommen und zu vergessen trachten . . . . Endlich versprach er es zu tun . . . . Gestern geschah es. O, wie da Esther nachts weinte! Gestern lag sie den ganzen Tag ganz regungslos auf dem Sofa . . . . Aber als ich ans Fenster trat, da sah ich etwas, das mich mehr erschreckte als alles andere. Martin sass in dem kleinen Kutschercafé an der Ecke. Er war ganz blass, und er starrte mich nur immer an. Denken Sie nur, wenn Mutter oder Esther in sähen! Was sollten sie glauben? Heute sitzt er auch da, blass und still. Ich wage nicht zum Fenster hinzugehen. Ich wage meine arme Schwester nicht anzusehen. Und arbeiten kann ich auch nicht. Ich komme mir so schlecht vor. Es wäre am besten, wenn ich sterben könnte . . . .«

Sie schluchzte leise, die Stirn auf der Schulter. Georg schlich sich heran und nahm ihr heisses Köpfchen zwischen seine Hände. Etwas in ihm jubelte darüber, dass sie gekommen war. Aber diese Freude war stumm, sie fand keine Worte. Und er dachte sogleich: Sie ist nicht für mich, vielleicht liebt sie doch jenen anderen. Ich muss ihr Mut zusprechen. Wenn sie ihn liebt, muss sie der Schwester alles sagen, sonst werden ja beide unglücklich. Er streichelte ihr Haar und sprach ganz leise, den Kopf dicht an ihrem.

»Meine kleine Freundin, denken Sie nach, ob Sie ihn nicht ein bisschen lieb haben. Dann dürfen Sie nicht so hart gegen ihn und gegen sich selbst sein. Es ist das beste, wenn Sie mit Ihrer Schwester sprechen.«

Sie sträubte sich, ihre Wange an der seinen.

»Nein, ich kann nicht, ich kann nicht.« Dann erschauerte sie: »Wie, wenn er sich etwas antäte?«

Georg streichelte ihre Wange.

»So schlimm ist es wohl nicht, aber Sie müssen ein wenig gut gegen ihn sein.« Da war es, als erwachte Lili aus einem Traum. Sie erhob sich zitternd, die Hände vor den Augen.

»Aber mein Gott, was tue ich hier, warum bin ich hier? Verzeihen Sie, verzeihen Sie!«

Sie ging auf die Türe zu, aber er hielt sie zurück, und seine Hände bebten auf ihrer Brust.

»Vergessen Sie nicht, Sie dürfen nicht zu hart gegen ihn sein, Sie müssen . . .«

Sie glitt aus seinen Armen, und die Tür fiel hinter ihr zu. Georg sank in der Dunkelheit auf einen Stuhl. Er fühlte sich plötzlich so alt und müde. Sie ist nicht für mich, nicht für mich, murmelte eine Stimme in ihm. Er, der andere, er liebt sie, nicht ich. Wie, wenn er sich etwas antäte? Georg sah plötzlich Martins schmales dunkles Gesicht; aus einem kleinen Loch in der Schläfe sickerte das Blut.

Er ging zum Fenster und schloss es, denn die Abendluft wehte kühl herein. Der Veilchenschimmer des Himmels hatte sich zu einem schweren Blau vertieft. Der einsame Stern hing über der Wetterfahne. Georg lehnte die Stirn an die Scheibe: Nein, nein, das darf nicht geschehen. Und sie kommt wohl auch nie mehr hier herauf.

Als er am folgenden Tage den Flur entlang ging, kam eine Unruhe über ihn: Wie, wenn sie mich aufsuchte, während ich fort bin? Er wagte es nicht so lange wie gewöhnlich bei seiner Arbeit zu bleiben. Gegen Nachmittag sass

er wieder am Fenster. Die Gasse lag still und lau da, mit Sonnenreflexen aus den Dachfensterchen. Eine Wolke von Sperlingen wirbelte um die Orgelpfeifen der Schornsteine, die Tauben flogen zu den Mauerlöchern der Kirche aus und ein, und unten beim Vogelhändler war ein Gekreis von kleinen glashellen Stimmchen. Arbeiter mit roten Gürteln und weiten Pumphosen stapften zum Wirtshaus hinein. Ein kleiner Junge rief Zeitungen aus. Ein alter Mann kam mit einem leeren Karren vorbei und blies in ein kleines Jägerhorn. Das war Vater Bertrand, der alte Möbel kaufen wollte.

Georg dachte: Sie kommt nicht mehr zu mir herauf, aber vielleicht sehe ich sie über die Strasse gehen. . . . Die Stunden verrannen, und der Rauch seiner Pfeife stieg langsam zum Deckengesims auf. Lili zeigte sich nicht. Er prüfte seine sich vertiefende Unruhe und dachte: Vielleicht ist das doch die Liebe. Aber da bäumte sich sein Stolz auf: Ich sitze doch nicht da und warte auf eine, die nicht kommt. Der andere ist nach ihrem Geschmack. Und er nahm seinen Hut, um in die Stadt zu gehen.

Da stand Lili in der Tür. Sie hatte ihr Feierkleid an. Ein schwarzes Seidenband war in das Haar geknüpft. Ihre Brust arbeitete schwer, und sie rang mühsam nach Worten.

»Ich . . . ich komme noch einmal . . . Es ist nämlich . . . er hat mir jetzt geschrieben. Hier ist der Brief . . . was soll ich tun?«

Georg fühlte eine solche Freude, dass es ihm schwer wurde zu atmen. Er ergriff ihre beiden Hände und küsste sie. Und über seine Lippen strömten neue verwirrte Worte, die die Stille auffing und die vielen Ecken und Winkel des Zimmers sich erstaunt zuraunten. Lili liess sich willenlos zu dem alten Eichensessel am Fenster führen. Er setzte sich auf das Fensterbrett neben sie.

»Willst du, dass ich mit Martin spreche?«

Sie griff nach seiner Hand, sie war eine einzige Bitte: »Ja.«

Eine sanfte Dämmerung schlich sich herein und hüllte die Konturen des Zimmers in leichte Trauerflöre. Sie schmiegte sich in den tiefen Lehnstuhl. Sie lächelte und erschauerte.

»Ich habe solche Angst. Ich sagte zu Hause, dass ich zu einer Freundin ginge. Es ist das erste Mal, dass ich Mutter belüge.«

Die Dämmerung senkte sich tiefer auf sie hinab. Die Worte wurden seltener und verloren sich in Küssen. Aber ihre Hände waren beredt. Ein Lichtstrahl schlich sich über die Dielen. Sie glitten zum Fenster. Die Mondichel über dem Turm machte die Kirche zu einer Moschee. Georg sah den bleichen Glanz über Lilis Busen und ihre zarten Schultern rieseln, die das kühle Weiss einer Lilie hatten. Eine Welle müder, sanfter Wollust durchströmte ihn. In der Süssigkeit der Selbsthingabe verschmolz sein Traum mit ihr und mit allem, was in dem Dunkel des Abends lebte. Er fühlte sein Herz schwellen und für tiefere Küsse reifen.

Da erstarrte plötzlich seine liebkosende Hand. In dem Lichtband der Strasse, das die Kirchenornamente mit einem starren Spitzenmuster schmückten, glitt ein Schatten hin und her, lang und dünn wie der Ritter von der traurigen Gestalt. Es war etwas unsäglich Beklemmendes um dieses unförmliche Wesen der Stummheit und Finsternis, das, vom Trottoirrand geköpft, nach seinem eigenen Haupt zu tasten schien.

Lili verbarg ihr Gesicht in den Händen.

»Das ist er . . . . das ist Martin . . . .«

Georg murmelte still ihre Worte vom vorhergehenden Abend: »Wie, wenn er sich etwas antäte? Wie, wenn er sich etwas antäte?« Aber dann durchzuckte ihn plötzlich wilder Triumph, und mit einer harten Liebkosung riss er sie an sich. Sie zitterte vor Angst, aber die Liebe war doch stärker als die Furcht. Ihr Kopf sank schwer zurück, und sie war nahe daran ein Ding in seiner Hand zu werden. Einen Augenblick war alles Stille und Dunkelheit, und die beiden waren allein lebendig in der unendlichen Welt.

Da hörte Georg plötzlich mit fiebergeschärften Sinnen, wie in den Zimmern unten eine alte Stimme etwas summt. Es war wie eine müde, stille Klage, ein hoffnungslos lockender Ton in der Nacht. Zwei kalte Hände umschlossen seine Stirn. Er erwachte aus seinem Rausch zu verzweifelter Klarheit. Er sah Lilis Mutter dort unten, mit den kranken Augen über ihrer Näherlei wachend. Nicht für ihn, den Fremdling, hatte sie ihr Kind mit Schmerzen geboren. Er sah wieder Lilis Schwester ihre verlorene Liebe beweinen, er sah den toten Vater grau und gebeugt in dem Dämmer zwischen den Stuhlreihen der Kirche umherwanken. Hinter ihnen allen erhob sich wie ein langer, düsterer Schatten der arme Martin. Er führte die Hand an die Schläfe, und etwas Rotes leuchtete durch das Dunkel. Das war Blut, in schweren Tropfen floss es über die Wange. Wieder flüsterte die Stimme in Georg: Sie ist nicht für dich. Du liebst sie nicht wie er dort unten. . . . Und er fühlte mit eisiger Gewissheit, dass er ein Mann war, der die Hoffnung auf Glück längst fahren gelassen. Seine Hände, die eben noch hart nach ihrer Beute gegriffen, sänftigten sich zu einer Liebkosung, in der nur müdes Mitleid war.

Sie ahnte es sogleich und verhüllte sich fröstelnd und voll Scham. Lange standen sie so stumm neben einander und starrten den rastlosen Schatten an. Lili murmelte halb abgewandt:

»Er glaubt, dass ihn dort unter der Kirche niemand sieht. . . . Er geht auf und ab wie in einem Käfig. . . . Er ist sicher sehr unglücklich.«

»Wenn er einen Schimmer von dir sehen könnte, würde er vielleicht ein wenig glücklicher sein. Denn heute abend . . . Er liebt dich: traue keinem andern.« Der Mond verschwand unter einer schweren silbergeränderten Wolke. Georg sah sie kaum mehr, das Mädchen an seiner Seite. Aber ihre Stimme bebte durch das Dunkel:

»Ich kann mir seine Lippen nicht auf den meinen denken. . . Ich fürchte ihn nicht . . . Er kann mir nie etwas zu leide tun, nur sich selbst . . . Vielleicht wäre es besser, wenn ich ihn fürchtete . . . .«

»Fürchtest du mich?«

Sie antwortete nicht, aber es schien ihm, als glitte sie näher. Es war ihm ein bitterer Genuss seine Schwäche zu enthüllen:

»Ich weiss, was es ist. Ich habe dir von der weiten Welt erzählt und all ihren Abenteuern, von fremden Städten, von Freuden und Sünden. Ja, ich bin ja weit herumgekommen und habe viel gesehen. Aber weisst du, warum? Um meine Unruhe zu betäuben. Es ist nur Schwäche. Gerade das, was dich hier heraufzog, macht mich unmöglich für die Liebe. Ich habe zu viele Frauen getroffen, zu viele leere Worte gesprochen. Ich kann nicht lieben, nur leiden. Und ich weiss wohl, dass es schwer sein wird dich nicht mehr zu sehen.«



Sie lauschte still. Dann ergriff sie seine Hand mit einer Liebkosung, in der ihre ganze kleine, gute Frauenseele nackt lag und fror.

»Ich fürchte mich nicht mehr vor dir. Ich glaube, ich bin frei. Alles liegt so offen und leer vor mir. Ich weiss gar nicht, was aus meinem Leben werden wird. Es ist, als wäre ich einer grossen Gefahr entronnen, aber noch nie bin ich so traurig gewesen.«

Er fühlte mit schmerzlichem Erbeben, dass jetzt alles zu spät war. Lili glitt sacht aus seinem Zimmer. Er tat nichts, um sie zu hindern. So trennten sie sich stumm, auch sie zwei Schatten, die sich einen Augenblick begegnet waren und sich umfassen hatten, um wieder auseinanderzugleiten.

Georg stand wieder am Fenster. Er fühlte das Dunkel in sein Herz dringen. Der Drache der Kirche, der sich im Dunkel vorschob, erschien ihm wie ein Vampyr, der nach Blut lechzte. Er machte eine Geberde des Unmuts zu dem schwarzen Turm hinauf: In deinem Schatten sind wir so bleich geworden. Unser Gedanke hat dich ermessen, aber unsre Instinkte schleichen noch in deinen Wölbungen und Schlupfwinkeln herum.

Er öffnete das Fenster, um die Nachtkühle um seine Stirn zu fühlen. Er beugte sich hinaus. Da sah er die Sterne über dem dunklen Turm. Der Polarstern fror hoch oben in dem eisigen Raum. Der gemahnte ihn an die Heimat. Er sagte zu sich selbst: Ich bin aus einem kalten und recht armen Lande. Die Entsagung liegt mir im Blut. Ich passe nicht hierher . . . Ein armes Land? War das wahr? Da war doch so viel Junges, das auf nackten Zweigen blühte. Und wuchs nicht etwas Grosses und Reiches aus der Entsagung empor, ein grösserer Mut, eine grössere Sehnsucht? Er atmete tief. Die Erinnerung an seine Selbstverleugnung erfüllte ihn mit stolzer und bitterer Wollust. Ein unendliches Heimweh liess jede Faser in seinem Herzen erbeben. Er jubelte und erschauerte. Er fühlte die Ewigkeit strahlend und weit in seinem Innern leben. Das kleine Mädchen war darin nur wie ein Duft, die Erinnerung an einen warmen Hauch, der an ihm vorbeigeglitten war. Er verzieh sich selbst seine Schwäche.

Stumm glitt die Nacht die schlummernde Stadt hinan. Eine seltsame Ruhe überkam ihn, während er doch zugleich die Unrast des Aufbruchs in sich wogen fühlte. Still lächelnd hörte er der eignen Seele stumme Worte: Immer jauchzt etwas in unserm Schmerz . . . Süss ist der Lüge Verführung, süsser des Schmerzes Allgemeinschaft. . . . Ich preise dich, Leben, um der Prüfung der Einsamkeit und der Last der Freiheit willen. Ich preise auch deine tiefe Unvernunft, deine grosse Unsicherheit . . . . Du bist das ewig blühende Wunder.

XX

## PAUL BRÖCKER · DIE ARBEITERWOHNUNG IN DER MIETSKASERNE



IN der Hauptsache sind zwar die Lebensbedingungen der modernen grosstädtischen Arbeiterschaft bei uns überall die gleichen; dennoch wirken heimatliche Besonderheiten mit, und man wird finden, dass gerade die Möglichkeiten zur Besserung in jenem lokalen Besonderen liegen. Wenn ich also über die Arbeiterwohnung in der Mietskaserne schreibe, so muss ich es auf der Grundlage bestimmter heimatlicher Verhält-

nisse tun, um zu praktischen Vorschlägen zu kommen. Und wenn ich die Arbeitermietskaserne und das Leben in der Arbeiterwohnung auf grund meiner Beobachtungen schildere, die ich seit Jahren in Hamburg machte, so werde ich dabei sicher Dinge berühren, die für das Wesen der Arbeiterwohnungen überall typisch und kennzeichnend sind.

Das ästhetische Bild der Stadt empfängt seinen Charakter, von anderen mitwirkenden Momenten abgesehen, auch von der überwiegenden Menge, dem stetig wachsenden Heer der Mietskasernen des Arbeiterstandes. Alle Besserung der Bauweise des vornehmen Hauses bedeutet deshalb noch lange keine Hebung der Baukultur überhaupt. Schon die Menge des Schlechten würde das Gute unterdrücken. Denn solange die Baukultur der unteren Klasse des Volkes noch so tief steht, so lange vermag auch die Baukultur der höheren Klassen die ihr naturgemäss zustehenden Entwicklungsmöglichkeiten nicht zu erreichen; sind doch die höheren Wohnzwecke, denen die Baukunst dient, entwickelungsmässig aus den einfacheren hervorgegangen. Wenn man das überlegt, so wird einem klar, wie weit wir noch von einer wirklichen Besserung unserer Architektur entfernt sind. Das Haus ist wie die ganze Baukultur ein Organismus; auch die Arbeiterkaserne. Und so wie sie ein Einzelorganismus im Gesamtorganismus *Baukultur* ist, so ist auch die einzelne Wohnung ein Einzelorganismus im Gesamtorganismus *Arbeitermietshaus*. Wir werden darum die ästhetisch einwandfreie Arbeitermietskaserne nicht bekommen, bevor wir die ästhetisch einwandfreie Arbeiterwohnung haben, das heisst selbstverständlich den kulturgerechten Grundriss dafür. Die gegen unsere Verhältnisse vortreffliche englische Baukultur erklärt sich durch das Vorhandensein eines solchen Grundrisses, der durch die Vergangenheit bis auf die Halle des alten Angelsachsenhauses zurück verfolgbar ist. Das Einwohnhaus des hamburgischen Kaufmanns an der Alster hat unter der falschen Aussenarchitektur schon lange vermöge der gediegenen alten Wohnkultur seiner Einwohner den zweckmässigen Grundriss herausgebildet, den man getrost als eine logische Fortsetzung desjenigen aus dem alten Kaufmannshaus in den alten Geschäftsstrassen ansprechen kann, wenn man bei einem Vergleich die Tatsache der Trennung von Wohnung und Geschäft zum Zweck der besseren Handhabung beider einzuschätzen versteht. Das sichert dem Einwohnhaus die baldige Gewinnung eines eigenen Stils. Auch der Grundriss des vornehmen Etagenhauses in Hamburg befindet sich in einem Besserungszustand, der auf die Aussenarchitektur von Einfluss sein kann. Dies Haus hat verschiedene Klassen, was sich aus der Eigenart seiner Bewohnerschaft erklärt. Dieser Umstand hindert naturgemäss eine schnellere Heranreifung des künstlerischen Ausseren, da er die Entstehung eines charakteristischen Grundrisses und — eben durch die Verschiedenartigkeit der gesellschaftlichen Bewertung der Bewohner — die Ausbildung eines geschlossenen Organismus im Hausganzen etwas erschwert.

An Geschlossenheit freilich ist die Bewohnermasse der einfachen Mietskaserne der Bewohnerklasse des besseren Etagenhauses überlegen. Kleine kaufmännische Angestellte, subalterne und untere Beamte, Handwerker und Industriearbeiter sind zwar auf den ersten Blick verschiedene Klassen. Sie ähneln sich aber vor allem dadurch, dass die oberen den unteren entwachsen sind. Die Verschiedenheit in der Lebensführung ist jedoch bei der Gehobenheit gerade der

Lebenskultur des hamburgischen Arbeiters dem Wesen nach nicht gross sondern besteht nur in äusserlichen Merkmalen. Wobei zu beachten ist, dass die Lebensführung des Arbeiterstandes ursprünglich in sich geschlossener, gehaltvoller, mehr Standeseigentümlichkeit ist als die der oberen Schichten des verlebten Standes, die sich selber nicht dazu zahlen wollen und deshalb ihre Lebensgebarung nachahmend der Lebenskultur sozial über ihnen stehender Klassen anzupassen suchen, was natürlich nur bei den Äusserlichkeiten und auch hier nur zum Schein gelingt. Und wir brauchen nur diese Arbeitermietzkasernen anzusehen, um zu erkennen, wie sehr dies kulturhohle Gebaren, das nur allzu oft auch von verständigen Leuten mit *gehobener Lebensweise* verwechselt wird, dem Äusserlichen der Häuser den Charakter gegeben hat. Diese Nachahmerei zeigt sich natürlich noch viel mehr in der inneren Ausstattung der Räume, was sich schon als notwendige Folge des falschen Grundrisses ergibt, der nicht den Lebensbedingungen der Arbeiterfamilie entstammt, sondern eine verkümmerte Nachäffung des bürgerlichen Wohnungsgrundrisses ist. Dieser falsche Grundriss hindert das Kulturfähige in der Lebensweise der Arbeiterfamilie am Wachstum, nicht ohne sie zum Hohn mit dem lügenhaftesten Flitter zu bepacken. Und dabei ist die eigene Lebensweise des grossstädtischen Arbeiterstandes ein zartes Pflänzchen. So wie er selber ein neues soziales Gebilde ist, aus verschiedenen Gegenden allmählich durch die Eisenbahn herbeigeschleppt, ohne Eigentum an Grund und Boden und Wirtschaftsgeräten, so ist auch seine Lebenskultur eigentlich erst der Embryo einer solchen. Dass der Arbeiterstand als Bauherr — wie beispielsweise beim Gewerkschaftshaus in Hamburg — und als Ausstaffierer von guten Stuben gehaltlose Pracht aufzutut, protzt, ist, so unangenehm diese Tatsache anmutet, nichts weiter als ein Entwicklungsstadium, aus dem man ihn nicht in dem Mass einen moralischen Vorwurf machen kann, dass dadurch seine Kulturfähigkeit überhaupt getroffen würde. Das Bürgertum der Neuzeit steht jetzt beinahe noch mit einem Fuss in einer Zeit des Protzentums, die mit dem des Arbeiterstandes gleichen Wesens ist. Es ist das Schicksal einer neu aus den wirtschaftlichen Verhältnissen heraufsteigenden und zu einer bestimmten wirtschaftlichen Macht gelangenden Klasse, dass sie parvenugleich ihre Leistungsfähigkeit äusserlich zeigt, mit ihr prahlt. Die Kulturfähigkeit der Arbeiterklasse ist nicht zu verkennen, und hätten wir als Beweis dafür nur das Beispiel Englands, wo der Sozialist John Ruskin der Prophet des britischen Volkes für eine neue Kultur gewesen ist, und wo Sozialisten wie William Morris und Walter Crane die werktätigen Ausführer der Ideen John Ruskins geworden sind.



DER jetzige Grundriss der Arbeiterwohnungen in den Mietzkasernen sieht in der Regel folgende Räume vor: Küche, Speisekammer, Wohnstube, Schlafstube, Abort und Vorplatz. Der Vorplatz fehlte früher, nach dem Vorbild des überlieferten Grundrisses aus dem Stadttinnern. Vergleichen wir mit einander das, was dieser Einteilung gedanklich zu grunde liegt, und das, was die Arbeiterfamilie ihrem Wohnbedürfnis entsprechend zwangsweise daraus macht, wobei sie die Unkenntnis vom Kulturwert ihres eigenen Wohnbedürfnisses zugleich nötigt jenem falschen Gedankengang, der sie mit dem verkümmerten Grundriss einer bürgerlichen Wohnung beschenkt, noch faule Konzessionen zu machen.

Die Arbeiterfamilie wohnt in der Küche. Die übrigen Räume werden von der Frau nur zum Zweck der Reinigung, oder wenn sie die Kinder ins Bett bringen will, auch wenn sie aus Kommode oder Garderobe etwas entnehmen will, betreten. Sonst arbeitet die Frau in der Küche, von der ersten Minute ihres Erwachens bis zum Schlafengehen, Sonntags wie Alltags. Selbst ihre Näharbeit verrichtet sie in der Küche, da sie den Herd beaufsichtigen muss. Auch der Mann verweilt des Wochentags nach der Arbeit, während der kurzen Mittagsrast und an Sonntagen in der Küche. Auch er muss die Stube meiden, wenn er bei seiner Familie sein will. Einzig der Besuch wird in die Stube gelassen. Ist er fremd, so geht er bald wieder, und die Frau sitzt solange bei ihm *op Nodeln*, denn die Arbeit wartet in der Küche. Ist der Besuch nicht mehr fremd, so sucht er sich in der Küche ein Plätzchen. So ist die Stube keineswegs eine Wohnstube sondern ein toter Raum, der unnützlich den Platz wegnimmt, meist auf Kosten der gesunden Schlafgelegenheit. Ich kenne noch heute Arbeiterfamilien, deren Ehegatten und kleine und erwachsene Kinder, Jünglinge und Mädchen, zusammen in einem einzigen Raum schlafen, während nebenan die gute Stube pruzt. Denn zur Staatsstube ist die Wohnstube längst geworden: in ihr sieht man die billigen, unpraktischen Möbel, die billig und mehr als schlecht bürgerliche Eleganz imitieren. Ein fürchterlicher Regulator mit Pappadler und sinnlos hineingesteckten gedrechselten Kleinigkeiten hängt genau zwischen zwei wohlfeilen, aber viel, viel zu teuer bezahlten Bildern über einem *Sofa* von einer Gestalt, die nicht zum Sitzen einladet sondern davon abschreckt und auch gar nicht dafür berechnet erscheint. Davor ein Tisch aus Kistenholz, äusserlich irgend ein Fremdholz imitierend, an allen Stellen und Seiten jedoch, die nicht auf den allerersten Blick zu finden sind, vollständig ungehobelt, roh genagelt, ohne Anstrich, und dazu kann ein Kind das Ganze ohne grosse Anstrengung zerbrechen. An der Wand steht ein sonderbares Ding: ein *Phantasieschrank*. Ein Kastenmöbel mit sogenanntem *Aufsatz*; die gute Kommode — ein echtes Produkt wirklicher Wohnkultur-entwicklung, das Aufbewahrungsmöbel des ausgestorbenen deutschen Kleinbürgertums und heute von Rechts wegen das typische Aufbewahrungsmöbel des Arbeiterstandes — verwies man in einen Nebenraum (Vorplatz, Schlafzimmer), soweit sie noch aus der Dienstmädchenzeit der Frau oder von den Eltern her stammt. Die Stühle, die mit dem *Sofa* zusammen eine *Garnitur* bilden — oh Ungeheuer! —, sind so aufgestellt, dass die Stube voll und kein Platz zum Gehen mehr da ist. Darüber hängt eine Hängelampe, ein buntes, mit lächerlichem Kleinkram bepacktes Ding, am Ende gar eine *Krone*, das heisst mit kleinen Leuchtern zum Aufnehmen von Kerzen versehen. Und überall und überall, auf dem Brett an der Sofalehne, auf dem Tischläufer, auf dem Schrank die billige *Kleinkunst*, Nippsachen, die in den Ascheimer gehören. dazwischen Photographieen, deren Stehrahmen des selbe Los verdienen. Und nebenan in der Küche, nächst der Speise-, eigentlich Rumpelkammer der kleinste Raum, sitzt der Arbeiter nach des Tages schwerer Arbeit auf dem Holzstuhl in der Ecke und hat sich auf dem Tischchen einen Fleck freigemacht von abgewaschenem Geschirr oder ausgewrungener Wäsche: für sein Essen oder seine Zeitung. Ist die Küche ein klein wenig grösser, so stellt er ein altes *Sofa* hinein und macht sich's in der ewig nassen, ungemütlichen Küche *gemütlich*. Die Küche wird zwangsweise als Wohnraum benutzt, so gut oder schlecht ihre Grösse und Einrichtung es zulässt.

Der wirkliche Grundriss der Arbeiterwohnung in der Mietskaserne wird zuerst und als wichtigsten Teil einen Wohnraum vorsehen, in dem Mann und Frau beisammen sein dürfen, in dem sie ihre Arbeit erledigt und in dem doch diese Arbeit dem Raum möglichst wenig von seiner Unbewohnbarkeit nimmt. Das Vorbild dazu bieten England und die Kruppschen Arbeiterhäuser. Was geschaffen werden muss, ist die Wohnküche, organisch verbunden mit der Spülküche. Ich will gar nicht bestreiten, dass es gesünder sein würde, wenn Wohnen und Kochen nebst Waschen getrennt sein könnten, aber die kategorischen Lebensbedingungen der Arbeiterfamilie verbieten das nun einmal. Wenn man es, wie heute in Hamburg überall, der Hygiene oder den augenblicklichen *gehobenen Ansprüchen* zuliebe doch durchsetzen will, so führt das notwendig zu noch ungesünderen Verhältnissen in hygienischer und ethischer Beziehung. Da ist es klug und allein richtig gehandelt die Lebensbedingungen der Arbeiterfamilie als Machtfaktoren hinzunehmen und durch Schaffung einer zweckvollen Wohnküche den Raum, der gleichzeitig zum Kochen und Wohnen dienen muss, so wenig ungesund wie möglich zu gestalten. Das soll erreicht werden: 1. durch möglichste Grösse des Raumes, 2. durch die Spülkammer, die mit der Küche leicht verbunden bleiben muss und die nassen und schwitzenden Arbeiten aufnehmen soll, 3. möglichst durch zweckmässige Unterbindung des Wohnteils mit Hilfe von Erkern, Balkons und durch möglichst günstige Lage in einer Himmelsrichtung, die Freiheit und Sonne gewährt. Bei Anlage des Grundrisses ist zu beachten, dass die Raumgrösse, die heute für die Arbeiterwohnung verwendet wird, diejenige ist, die die heutigen Grund- und Bodenpreise eben noch zulassen. Die Wohnküche muss möglichst an der Strasse liegen, da die Frau nur zum Einholen von Waren aus dem Hause geht, sonst jedoch selten Gelegenheit zum Ausgang findet. Sie will und soll jedoch so viel wie möglich vom Leben selber wahrnehmen können. Heute empfängt sie zu wenig davon, und das entfremdet sie ihrem Manne. Mann und Weib im Arbeiterstande haben heute einen völlig verschiedenen Gesichtskreis vom praktischen Leben. Die Trennung von Wohnraum und Küche bedeutet eine Ausschliessung der Frau von der Wohngemeinschaft. So kann es kommen, dass im Arbeiterstande eine nach den Grundsätzen der Bewegung für ästhetische Kultur verbesserte zum bewohnbaren Raum gestaltete Wohnstube der Wohnkultur, die doch nur der Menschen willen da ist, mehr Schaden tun kann als eine Putzstube von heute.

Die grosse Wohnküche ist zunächst auf Kosten der guten Stube zu beschaffen; ebenso ist auf ihre Kosten das Schlafzimmer zu vergrössern. Für die notwendigen Wohnbedürfnisse müssen der zu Gebote stehenden Fläche die Räume zuerst abgewonnen werden, und erst nach deren Befriedigung soll an die höheren Wohnbedürfnisse gedacht werden. Wohnen und Schlafen aber sind die beiden notwendigen Bedürfnisse. Das Schlafzimmer muss weit grösser sein als die Wohnküche, und zwar aus zwei Gründen: 1. der Schlafräum wird als Spielraum für die Kinder mitbenutzt. Das geschieht schon heute, und es ist unumgänglich, denn der verfügbare Raum gestattet nicht für die Kinder ein besonderes Zimmer zu schaffen. Ein denkender Architekt wird daher auch darauf Bedacht nehmen, Küche (mit Herd) und Schlafzimmer so anzulegen, dass die Frau ihre Augen überall haben kann, nach dem unvergleichlichen Beispiel des niedersächsischen Bauernhauses. 2. Das Schlafzimmer soll einer

Anzahl von Menschen jeder Grösse und Geschlechts dienen; es muss sich deshalb durch dünne Abteilmwände, die nicht bis an die Decke zu gehen brauchen, aufteilen lassen. Ein solches Verfahren ist freilich ein Übel, aber ein notwendiges und ausserdem nicht einmal neu; die Wohnungen des kleinen Mannes wurden ehemals in Hamburg in ähnlicher Weise aufgeteilt. Der für Arbeiterwohnungen heute aus Rentabilitätsrücksichten verfügbare Raum lässt es nicht zu den verschiedenen Schlafräumenforderungen der sehr verschieden zusammengesetzten Familie durch Vorsehung mehrerer Räume Rechnung zu tragen. Wo das irgend zugänglich ist, kann es selbstverständlich geschehen. Die dritte Frage ist die nach dem Eingang. Selbst wenn man berücksichtigt, dass es nicht immer einwandfreie Gründe sind, die eine Arbeiterhausfrau veranlassen ihren dem täglichen Gebrauch dienenden Teil des Hausstandes nicht gleich den Blicken des Eintretenden auszusetzen, so ist doch anzuerkennen, dass es gute Gründe, die von besserer Kultur zeugen, für diese Abneigung gibt. Einen Raum wie die *gute Stube* als Empfangsraum zu verwenden steht weder mit den Mitteln des Bewohners, der kostspieligen Einrichtung wegen, noch mit den teuren Bodenpreisen im Einklang. Hier müsste ein kleiner *Vorraum* gefunden werden, der zugleich Durchgangsraum innerhalb der Wohnung wäre, direktes Licht hätte und einfach (etwa mit einem Tisch, ein paar Stühlen, Spiegel, Garderobe) ausgestattet werden müsste. Vielleicht lässt er sich auch mit dem als Wohnteil ausgeprägten Teil der Küche organisch verbinden.

Überhaupt hat der Baumeister die Küche, den Herd, als Zentrum der Wohnung zu betrachten und zwar als ihren Entwicklungskern, aus dem sie entstand und sich weiterbildete. So wie in der Sprache das Wort Herd in einer uralten Bedeutung eins ist mit Haus und Heim, so ist auch für den Baumeister und den Bewohner das Haus der erweiterte, überdachte und für die gehobenen Lebensbedürfnisse des Kulturmenschen zweckgerecht ausgestaltete Raum um den Herd. Die Arbeiterwohnung, die bestimmt ist, primitiven, aber kulturgesunden Lebensbedürfnissen zu genügen, muss auch äusserlich klar die ganze Entwicklungsgeschichte der Wohnung von der Feuerstätte bis zu uns her widerspiegeln, gleichwie sich nach einem bekannten Naturgesetz in dem Individuum die Entwicklungsgeschichte der Gattung wiederholt. Und wer die Lebensbedürfnisse der Arbeiterfamilie, ihre Wohnweise recht versteht, wird beim zweckgerechten Bauen diese Forderung ganz von selber erfüllen. So wie die Hausfrau im niedersächsischen Bauernhaus von ihrem Herd aus das ganze Hausgetriebe überschauen konnte, so wie dies Haus in dieser Weise des Bedürfnisses wegen eingerichtet war, so hat auch die Arbeiterfrau von ihrem Herd aus ihre Wohnung zu regieren. Und so muss auch die Arbeiterwohnung gleich jenem schönen Vorbild zweckgerecht und organisch aufgebaut werden, vom Herd aus zu übersehen sein. Hierfür die richtige Anlage zu finden kann nicht schwer sein, wenn man die vorher im einzelnen auseinandergesetzten Bedürfnisse beachtet. Die Hausfrau will sehen, was die Kinder machen, die in der Schlafstube oder auf der Vordiele spielen, will zugleich den Mann am Tisch bedienen, die Tür in Obacht behalten können. Wird der Herd so gelegt, das er dies alles gestattet, so wird er zugleich im Winter die ganze Wohnung mit einer gleichmässigen Temperatur versorgen, ein Umstand, der im Arbeiterhaushalt eine grosse Rolle spielt. Die primitive Ausgestaltung ihres Grundrisses erlaubt nicht, wie im ausgebildeten Bürgerhause, eine Teil-

benutzung der verschiedenen Räumlichkeiten für ihre bestimmten Teilzwecke sondern zwingt den Arbeiter alle Räume fast zugleich zu benutzen.

Nach einem solchen Grundriss würde auch jene Reformarbeit einen Zweck haben, die heute in hamburgischen Arbeiterkreisen mit pädagogischer Hilfe geübt wird und auf eine Besserung des Zimmerschmucks und des Möbels im Arbeiterheim zielt. Inzwischen geschieht diese Arbeit allein für die *gute Stube*, die nach Lage der Dinge niemals eine Wohnstube werden kann, und deshalb — ob mit oder ohne *Ästhetik* und *Kunst* —, solange sie besteht, für den hamburgischen Arbeiterstand eine Lächerlichkeit bleiben wird.



ACH den Lebensbedingungen im Arbeiterheim den Grundriss für die Wohnung in der Arbeitermietskaserne zu finden ist Sache des Architekten. Ich möchte jedoch noch auf die architektonischen Möglichkeiten hinweisen, die sich aus der Anwendung dieses Grundrisses für das Haus als Kunstwerk ergeben müssen, und ich knüpfte dazu wieder an meine grundsätzlichen Erwägungen an.

Wohnkultur und ästhetische Gestalt der Wohnung entwickeln sich durch fortwährende Messung an einander. Das Wohnbedürfnis verlangte auf seiner niedrigsten Stufe den Unterschlupf, bewahrte aber in sich sofort primitive gemütsartige Werte, die ebenfalls durch den Unterschlupf, sobald das erste rohe Bedürfnis befriedigt war, gelöst wurden. So lag bei beiden schon die Ästhetik in der nackten Konstruktionsform des Anfangs. Die ästhetische Gestalt der Wohnung nährte das ästhetische Verlangen im Wohnbedürfnis, es wuchs und vervollkommnete die Ästhetik in der Wohnung; so entwickelten sich beide, Wohnung und Wohnbedürfnis, mit und vermittelt einander. Ist die Wohnung mit anderen in einem Etagenhaus, so entwickelt dies seine ästhetische Gestalt in dem selben Vorwärtsbewegen, in dem es sich seinen innerlichen Bedingungen gemäss äusserlich aufbaut und hierbei auf der selben Linie des Fortschritts seine Form verändert, auf der sich die einzelnen Wohnkulturen im Hause fortbewegen und zu immer schönerer Einheit zusammenklingen: durch Hebung und Läuterung des Gemeinschaftslebens. So entsteht und entwickelt sich auch eine Baukunst des vierten Standes. Für den guten Anfang aber kommt es für den Architekten darauf an die Wohnungen im Hause, nachdem der zweckmässige Grundriss zum Vorsatz genommen wurde, zweckmässig zu einander zu stellen und zugleich die schöne Form des Ganzen anzustreben.

So wie das Leben der Familie in der Arbeiterwohnung ein Apparat mit ineinandergreifenden Zweckwerkzeugen ist, so ist auch das Leben der Familiengemeinschaft in der Arbeitermietskaserne ein ebensolches ineinanderwirkendes Gemeinsames. Den Zweckvorrichtungen in der einzelnen Wohnung stehen dem Gemeinsamen dienende Zweckvorrichtungen im ganzen Hause gegenüber. Die Ehemänner in der Arbeitermietskaserne haben wenig Gemeinsames in ihrer Wohnweise mit einander, wenigstens vorläufig; Frauen und Kinder aber haben ohne weiteres viele gemeinsame Interessen, die gemeinsame Zweckvorrichtungen tragen könnten. Schon heute befinden sich in vielen Arbeitermietkasernen Waschküchen. Doch ich bin weit entfernt davon, diese als eine solche gemeinsame Zweckvorrichtung zu betrachten. Diese Waschküche ist ebenso wie der Grundriss der Hausgemeinschaft des bürgerlichen Etagenhauses abguckt. Die Arbeiterfrau kann nur in der Waschküche arbeiten, wenn sie ihre Kinder allein lässt oder auf die Strasse schickt. Das kann sie mit gutem

Gewissen aber nur in ganz wenigen Fällen. Sie mit in die Waschküche zu nehmen verbietet sich meistens von selber und würde auch nur ein schlechter Notbehelf sein. Ausserdem ist der Vorteil einer Waschküche, genau genommen, nur ein eingebildeter. Jede Familie wäscht für sich, und es liegt wenig Rationelles darin, wenn alle Einwohner nach einander einen Waschherd und einen Bottich benutzen. Die Wäsche kann innerhalb der Einzelwohnung, und zwar in der Spülküche erledigt werden. Anders ist es mit dem Wäschetrocknen. Dies kann bis zu einem gewissen Grade gemeinsam geschehen. Die Trockenböden sind heute in den Arbeitermietkasernen noch wenig als solche ausgebildet sondern nur ein für diesen Zweck von der Güte des Hauswirts bereit gestellter grosser Bodenraum, ohne zweckbedachte Lichtdurchlassung und planmässigen Luftdurchzug. Zum Teil aber muss, durch die Lebensführung im Arbeiterheim bedingt, die Wäsche innerhalb der Wohnung getrocknet werden; einmal, da der Vorrat in der Arbeiterfamilie nicht allzu gross ist; besonders, wenn kleine Kinder da sind, müssen einzelne Teile recht oft gewaschen, schnell getrocknet und wieder in Gebrauch genommen werden. Früher hatte man an den Hausmauern unter den Fenstern sogenannte *Reckstangen*, die zum Wäschetrocknen benutzt wurden. Jeder kennt die malerischen Bilder, die dadurch geschaffen wurden, und jeder kennt aber auch den hässlichen Eindruck, den moderne Mietkasernen bieten, wenn Wäsche an ihren Aussenmauern hängt. Die Schuld liegt nicht am Wäschetrocknen sondern an dem Fehlen entsprechender Zweckvorrichtungen, so dass mit Zierat bepockte Balkons und die Fensterbänke mit der Wäsche behängt werden müssen, die dann Jugendstil- und andere Zementornamente umflattern. Hier würden gute Zweckvorrichtungen dem Hause eine bestimmte ästhetische Note verleihen, und es ist unbegreiflich, warum unsere Architekten sie noch nicht wiedergefunden haben.

Eine gute Gelegenheit für gemeinsames Wäschetrocknen bietet das Dach. Zwar ist in Hamburg die Luft sehr schmutzreich, wenigstens im Innern der Stadt und nahe herum. In gewissen hochliegenden Aussenvierteln, die zum guten Teil noch erst bebaut werden sollen, aber würde sich diese Zweckvorrichtung, die man im nahen Lübeck gut studieren könnte, sehr wohl anbringen lassen. Sie würde dem Gesamtorganismus Haus einen aus dem Zweck kommenden ästhetischen Ausdruck verleihen. Ein ebensolcher Ausdruck würde durch die Schaffung einer gemeinsamen Spielgelegenheit für die Kinder erstehen. In Hamburg wird in neuerer Zeit an Stelle der früheren sogenannten *Terrassen* — eine lange Reihe von Hinterhäusern, zu denen man durch einen Torweg gelangt — eine hufeisenartige Form der Anlage geübt. Das Hausganze steht dann nach der Strasse zu offen, und der rechteckige Raum in der Mitte wird heute zu einem meistens recht kümmerlichen und nach der bekannten Kringelmethode angelegten Garten hergerichtet. Nichts würde selbstverständlicher sein, als wenn ein Architekt aus diesem Garten einen Kinderspielplatz machen würde, mit Sandbänken, Turngeräten und so weiter. Eine andere, der Geselligkeit dienende Einrichtung könnte man den Frauen bieten, die so gern vor der Tür sitzen und klöhnen. In Hamburg kannte man ebenso wie in Danzig den Beischlag, der dort allerdings nicht wie hier so monumental ausgebildet wurde. Die Treppenwangen waren sitzgerecht gestaltet und dienten den Hausbewohnern zum gemeinsamen Aufenthalt. Sie waren einst an allen Häusern zu finden, verschwanden aber von den herrschaftlichen, als der hamburgische



Kaufmann zur Sommerzeit in sein Landhaus zog. Vor den Häusern des kleinen Mannes ist der Beischlag jedoch in den alten Gegenden, so am Hafen und in der Nähe, noch heute zu finden. Und wie die Beobachtung zeigt, ist das Bedürfnis vor der Tür zu sitzen, um sich mit dem Nachbar zu unterhalten, noch heute nicht ausgestorben. Das Beischlagmotiv lässt sich auch bei der Arbeitermietskaserne sehr wohl mit dem Eingang verbinden. Dieser wird dadurch eine gehaltvolle Ausdrucksform erhalten können, die ästhetisch seinen Zweck kennzeichnet.

Die Möglichkeit zu einer gesunden Ausbildung des Gesamtorganismus *Arbeitermietskaserne* wird wachsen, je mehr die Lebensgemeinschaft der einwohnenden Familien an Gehalt zunimmt. Neue Berührungspunkte und neue Gemeinschaftsformen werden sich von selber einstellen. Der Architekt soll die Ansätze, die Keime finden, beobachten und durch Entgegenkommen beim Hausbau pflegen. Hier schon jetzt künstlerische Wege zu entdecken und zu benutzen ist seine Aufgabe, deren Erfüllung er je eher je besser anstreben soll. Ausgehen muss er unbedingt von dem Grundriss der einzelnen Wohnung, wie die handgreiflichen Lebensbedingungen des Arbeiterheims ihm diktieren. Dann wird er für die Wohnkultur des Arbeiterstandes die Möglichkeit einer Entwicklung geschaffen haben, die das Haus zum Kunstwerk emporheben kann. Dann wird der Arbeiterstand nicht mehr nötig haben beim Bürgertum Plunder zu borgen und Schaden an seiner Seele zu leiden.

Bezeichnend ist es, dass der Arbeiter selbst da, wo er auf genossenschaftlichem Wege selber baut, seinen eigenen Grundriss nicht bildet sondern auch hier den bürgerlichen nachhafft. Die Ursache dafür liegt in der Psychologie des Lebens im Arbeiterheim und in den schädlichen Wirkungen, die von der dem Arbeiterstand durch die bürgerliche Gesellschaft aufgenötigten falschen Wohnweise ausgeübt wird. Dies Gebiet, das allerdings für das Verständnis der ganzen Frage ausserordentlich wichtig ist, kann vielleicht ein andermal behandelt werden.

XX

# RUNDSCHAU

## OFFENTLICHES LEBEN

### Wirtschaft / Richard Calwer

**Arbeitslosigkeit** Der Generaldirektor der *Laurahütte* hat kürzlich an die Tatsache, dass auf schlesischen Betrieben die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht immer befriedigt werden konnte, allgemeine Erörterungen geknüpft, die den Anschein erweckten, als ob von einer allgemeinen Arbeitslosigkeit nicht die Rede sein könne. Es ist schlimm, wenn der leitende Beamte eines Grossbetriebs so wenig über die Situation des Arbeitsmarkts unterrichtet ist; aber noch schlimmer ist es, wenn die Äusserungen des genannten Herrn von der Presse ohne je-

den kritischen Vorbehalt wiedergegeben werden. Dass in einem Gebiet wie dem Deutschen Reich ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt schwer erreichbar ist, das geht schon aus den hohen Transportkosten für Arbeitssuchende hervor. Es ist leider so, dass das Überangebot an den einen Plätzen nicht rasch an die Plätze abgelenkt werden kann, wo die Nachfrage noch lebhaft ist. Aber wenn der Ausgleich sich heute noch so langsam und teilweise noch gar nicht vollzieht, so trägt daran bis zu einem hohen Grade gerade die Grossindustrie die Schuld, die für eine Zentralisierung und Organisation des Arbeitsmarkts nicht das geringste Verständnis hat. Auf dem Ver-

bandtag der öffentlichen Arbeitsnachweise in Deutschland steht diese wichtige Frage auf der Tagesordnung: Die Organisierung des Arbeitsmarkts soll durch das Reich in Angriff genommen werden. Aber die Forderung scheitert vorläufig an der Opposition der Grossindustrie, und sie findet auch keine besonders lebhaftige Fürsprache in Arbeiterkreisen. Es ist dann weiter die wachsende Arbeitslosigkeit in den Grossstädten auf den starken Zuzug vom platten Lande zurückgeführt, und von einer Seite, die die Interessen der gewerblichen Arbeitgeber vertritt, ist es so dargestellt worden, als ob die Industrie an diesem Zuzug völlig uninteressiert sei. Das mag für das laufende Jahr stimmen: die Industrie braucht zurzeit kein Neuangebot vom Lande, da der Beschäftigungsgrad stockt. Aber wie ist es denn in Jahren aufsteigender Konjunktur? Sucht man denn da von industrieller Seite den Zuzug vom Lande nicht auf jede Weise, ohne Rücksicht auf die Interessen der Landwirtschaft zu steigern? Schickt man nicht sogar Agenten und Werber aus, um die Leute vom Osten nach dem Westen zu ziehen? Es ist auch nicht richtig, dass im laufenden Jahr der Zuzug so stark war wie sonst; im Gegenteil, vielfach ist die Zahl der Fortziehenden sogar grösser gewesen als der Zuzug. Und wenn nach Beendigung der herbstlichen Arbeiten in der Landwirtschaft der Zuzug wieder ansteigt, so vergesse man doch nicht, dass die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage ist den eigenen Bevölkerungszuwachs bei sich festzuhalten; ein Teil muss dann durch das Gewerbe seine Existenzmöglichkeit finden. Es ist jedenfalls eine starke Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse, wenn für die Arbeitslosigkeit in den gewerblichen Gegenden die Arbeiter verantwortlich gemacht werden sollen. Überhaupt zeugt es von einer recht naiven Auffassung solche hochwichtigen Fragen unter dem Gesichtspunkt von Schuld und Unschuld behandeln zu wollen. Wollte man diesen Massstab verallgemeinern, dann würde die Grossindustrie an den Folgen des jetzigen Niedergangs ein Mass von Schuld auf sich nehmen müssen, dem gegenüber der der Arbeiterschaft aufgebürdete Teil verschwinden würde. Wenn die Industrie Jahre hindurch durch ihre Nachfrage das platte Land von Arbeitskräften entblösst und dann plötzlich nicht mehr im stande ist ihre Beschäf-

tigtenziffer wie bisher zu steigern sondern sie sogar absolut verringern muss, so wäre es verkehrt die Arbeitgeber als Personen hierfür verantwortlich machen zu wollen. Nicht anders aber handeln diejenigen, die für die gegenwärtige Arbeitslosigkeit die Schuld auf die Arbeiterschaft selbst schieben möchten. Man verweist nicht ohne Not auf das Ausland; aber um wieviel höher steht doch gegenüber solcher Auffassung aus deutschen Arbeitgeberkreisen das wirtschaftspolitische Verständnis in England! Mag in einzelnen Orten und in einzelnen Betrieben der Arbeiterbedarf noch immer nicht glatt befriedigt werden können, im grossen und ganzen besteht heute schon ein ungewöhnliches Überangebot von Arbeitssuchenden, das sich im November von Woche zu Woche vermehrt, und zwar weniger durch die Zunahme des Neuangebots als vielmehr infolge von Entlassungen, die vornehmlich jetzt im Kohlenbergbau vorgenommen werden. Ist doch zum Beispiel von der Zeche *Rheinpreussen* die Nachricht durch die Presse gegangen, dass von 12000 Arbeitern 3000 ihre Kündigung erhalten hätten. Solche rigorosen Entlassungen, die an amerikanische Übung erinnern, mögen ja vereinzelt bleiben; aber schon Entlassungen von geringerem Umfang, Verminderung der Beschäftigten dadurch, dass abgehende Arbeiter nicht ersetzt werden, summieren sich zu Ziffern, die ein starkes Missverhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt ergeben. Nicht aber nur in Gewerbe und Handel, auch in der Landwirtschaft nimmt die Beschäftigungsgelegenheit gegen Ende des Jahres stark ab, so dass auch dort Arbeitslosigkeit in mehr oder weniger grossem Umfange eintritt. Die Arbeitslosenzählung vom Dezember 1895 hat deutlich gezeigt, dass auch die Beschäftigungslosigkeit in der Landwirtschaft während der Wintermonate bemerkenswert gross ist. Es würde also gar nichts nützen, wenn von dem Überangebot in den Städten ein Teil in die Landwirtschaft abgeschoben werden könnte. Dieser Teil wäre den Winter über auf dem Lande gerade so beschäftigungslos wie er es in der Stadt ist. Ob aber das platte Land erfreut wäre in Zeiten des gewerblichen Niedergangs die Arbeitslosen beherbergen zu dürfen, während in den Zeiten des gewerblichen Aufschwunges die Industrie der Landwirtschaft nicht nur die inländischen sondern während der dringendsten Ernte-

arbeiten selbst die ausländischen Arbeitskräfte wegzunehmen pfligt?

Unternehmungslust: So ungünstig sich die Lage des Arbeitsmarkts und die Warenherstellung selbst auch darstellt, so darf doch nicht übersehen werden, dass die veränderte Lage des Geldmarkts die gewerbliche Unternehmungslust aus ihrer Lethargie aufweckt. Schon der September hatte eine Zunahme der gewerblichen Neuinvestitionen, soweit diese für Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. beobachtet werden kann, gebracht und im Oktober hat sich die Zunahme fortgesetzt. Es handelt sich bei dieser leichten Steigerung der Unternehmungslust weniger um die Errichtung neuer Betriebsstätten als vielmehr um Verbesserungen und Erweiterungen bestehender Betriebe, was darin zum Ausdruck gelangt, dass die Summe der Kapitalserhöhungen in einer Reihe von Gewerben in den letzten beiden Monaten stark gewachsen ist. Für die Entwicklung der Bautätigkeit ist aber vor allem die Belebung der Terrainspekulation wichtig, die sich gleichfalls wieder reger gestaltet. Bei der Würdigung der wieder erwachenden Unternehmungslust muss im Auge behalten werden, dass die gewerbliche Unternehmungslust fast ganz und gar auf spekulativer Grundlage beruht, dass also aus der Tatsache der Steigerung keineswegs schon auf eine Zunahme des Beschäftigungsgrades im kommenden Frühjahr geschlossen werden kann. Aber nichtsdestoweniger ist sicher, dass die Belebung der Unternehmungslust einer Besserung des Beschäftigungsgrades vorhergehen muss, und dass viel für die Wahrscheinlichkeit einer Hebung der Konjunkturkurve im nächsten Jahre angeführt werden kann. Namentlich gilt dies für die Aussichten im Baugewerbe. Die geringe Bautätigkeit im laufenden Jahr, der wachsende Bedarf an Wohnungen, die Abundanz auf dem Geldmarkt wirken zusammen, um eine Wiederbelebung des Baugeschäfts zu begünstigen. Setzt aber erst die Bautätigkeit wieder floter ein, so wird von ihr aus eine weitreichende Anregung auf andere Zweige und damit eine Zunahme des allgemeinen Konsums erfolgen.

Kurze Chronik: Anfang Oktober erfuhren die Eisenpreise eine weitere Ermässigung. Die Verhandlungen der Aufnahmekom-

mission des Kalisyndikats mit den Südharzwerken führten Mitte Oktober zu einer Einigung mit sämtlichen in das Syndikat aufzunehmenden Werken. Das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat setzte am 24. Oktober die Beteiligungsanteile für November und Dezember auf 80 % für Kohlen, 60 % für Koks und 82½ % für Briquetts fest. Die Richtpreise für das Jahr 1909-1910 sind vom Beirat immer noch nicht normiert worden. Die Spirituszentrale beschloss den Abschlagspreis vom 26. Oktober ab auf 44 M. festzusetzen ferner die Verkaufspreise von Primasprit für die erste Hälfte des Monats November auf 55, für die zweite Hälfte auf 52 und für die erste Hälfte des Monats Dezember auf 48½ M. herabzusetzen. Der britische Aussenhandel weist für den Oktober sowohl in der Einfuhr als auch in der Ausfuhr wieder einen erheblichen Rückgang auf. Der Import stellte sich auf 50,75 Mill. Lstrl. gegen 57,66 im Vorjahr, der Export auf 33,01 gegen 38,32. Die Ziffern des Jahres 1908 sind sogar niedriger als die korrespondierenden Ziffern des Jahres 1906. Auf der westfälischen Zeche *Radbod* ereignete sich am 12. November eine furchtbare Grubenkatastrophe, bei der 330 Bergleute ums Leben kamen.

### Politik / Max Schippel

Innere Krisis: Erst die Mitteilungen des *Daily Telegraph* über die seltsam aufdringliche Betätigung der englandfreundlichen Gesinnungen des Kaisers; dann der Sturm in der ausländischen, besonders in der französischen und russischen Presse über die nunmehr notorische Unzuverlässigkeit der deutschen auswärtigen Politik; endlich das Entlassungsgesuch des Fürsten Bülow, weil er die verhängnisvolle, auch nach seiner Meinung zu beanstandende Niederschrift nicht gelesen habe, obwohl sie zu rechter Zeit dem Auswärtigen Amt zur Durchsicht zugegangen sei; zuguterletzt noch die Feststellung, dass der mit der Nachprüfung betraute untergeordnete Beamte seinerzeit entweder in der beabsichtigten Veröffentlichung nichts Anstosserregendes gefunden oder sich, doch wohl kaum zufällig, ausschließlich auf die Verifizierung der berührten Tatsachen beschränkt habe: das alles war sogar für den Gleichmütigsten zu viel des Verblüffenden. Selbst politisch Stumme fanden ihre Sprache

wieder, und auch der royalistischste Konservative wettete über ein derart alles desorganisierendes persönliches Regiment, das jeder Selbstdisziplin sich völlig entzieht, und dessen ruckweiser Betätigungstrieb mehr und mehr, in unvermittelten Ausbrüchen und sensationellen Kundgebungen, das von anderen staatlichen Kräften mühsam und überlegt Aufgebaute bis in den Grund zu erschüttern droht. Vielleicht, wie im vorliegenden Fall, gerade zu einer Zeit, in der jeder einzelne Schritt und jedes einzelne Wort doppelt reiflich überlegt und in das politische Ensemble eingegliedert sein will.

Leider entsprach in Deutschland, wie so oft, der fehlenden Selbstzügelung oben zunächst wieder einmal die geringe politische Schulung unten. Haben wir oben zu viel auf den augenblicklichen Effekt abzielendes, um die bleibenden tatsächlichen Wirkungen jedoch unbekümmertes Eingreifen, so sehen wir in den oppositionellen Parteien gewohnheitsmäßig alles auf die agitatorische Beziehung der verantwortlichen Regierungslieferanten und womöglich sogar der nächsten Nachbarparteien zugeschnitten. Just in dem Augenblick, da Fürst Bülow, bei allem formell äusserlichen Entgegenkommen betreffs der Verantwortungsübernahme, durch sein Entlassungsgesuch zum erstenmal so viel Entschlossenheit gezeigt hatte, dass er Sein und Bleiben, in Gegenwart und Zukunft, von dem weiteren Verzicht auf temperamentvolle Zwischenfälle und absolutistische Seitenzüge abhängig machte, just in dem Augenblick, da die Spitze des verantwortlichen Beamtentums, bei Strafe des Selbstuntergangs, gegen die unverantwortlichen Nebenströmungen eine Stütze in der öffentlichen Meinung und bei den parlamentarischen Parteien suchen musste, da zeigten einige der eifrigsten Ankläger des persönlichen Regiments nicht übel Lust durch einen erregten Kampf gegen die Kanzlerschaft des Fürsten Bülow die öffentliche Aufmerksamkeit ganz und gar von dem wahren Sitz des Übels fortzuführen. Glücklicherweise haben die Reichstagsverhandlungen diese Ablenkung von der eigentlichen *sedes materiae* wenig wiedergespiegelt, und sie haben auch nicht in einem frisch-frommfröhlichen turnerischen Handgemenge der Parteien untereinander, in gegenseitigen Anschuldigungen und Vorwürfen geendet, obwohl einige Anläufe dazu nicht ausblieben. Im Gegenteil, nicht nur

unsere parteigenössischen sondern auch freisinnige und sogar nationalliberale Redner haben notgedrungen treffende Worte gegen ein Regierungssystem gefunden, gegen das sich heute neben allen parlamentarischen Parteien die gesamte verantwortliche und ausführende Bürokratie mit dem Reichskanzler an der Spitze auflehnen muss. Trotzdem ist bei unserer kläglichen Parteizersplitterung und unseren Parteirivalitäten irgend ein noch so bescheidener positiver Abschluss der Debatten nicht erreicht, weder für die Stärkung des kümmerlichen deutschen Parlamentarismus noch für die politische Verantwortlichkeit und Stellung des Reichskanzlers. Aber es wäre zum Verzweifeln, wenn die letzte ernste Mahnung ganz ohne dauerndes Ergebnis bleiben sollte. Wir würden dann als politisch reifes Volk auf lange Zeit abdanken.

X  
**Russland:** Nach der unabsehbaren Reihe von kleinen und kleinsten Gesetzen, die in der *Duma* den bezeichnenden Namen *Vermisselen* (*Fadennudeln*) erhielten, ist man endlich vor dem wichtigsten russischen Problem angelangt, vor der brennenden *Agrarfrage*. Regierung und *Oktobristen* suchten zwar so lange wie möglich diese Debatten zu vertagen, aber die oppositionelle Linke machte einen Strich durch die Rechnung. Freilich gelang dies nur mit Hilfe der extremen Rechten, die dazu gewiss nicht von besonderer Bauernliebe getrieben wurde; aber ihre demagogischen Absichten sind jetzt nicht gefährlich, und ihre Spekulationen auf etwaige Ungeschlichkeiten der Opposition und die darauf folgende Auflösung des Parlaments werden hoffentlich missglücken. Streng genommen ist auf die Tagesordnung nicht die *Agrarfrage* als solche gesetzt sondern nur die Aufhebung des Gesetzes vom 9. (22.) November 1906, das den Austritt aus der Landgemeinde reguliert. Dieses Gesetz wurde auf Grund des berühmten § 87 erlassen, der der Regierung die Vollmacht erteilt in ausserordentlichen Fällen (*Epidemie, Überschwemmung, Krieg etc.*) die notwendigen Massregeln selbständig, ohne Anhörung der *Duma* zu treffen. Die geängstigsten Machthaber waren aber von den Ereignissen auf dem flachen Lande so betroffen, dass sie kein Bedenken trugen diesen Paragraphen auch auf die Austrittsregulierung anzuwenden, was

natürlich eine Rechtsverletzung ersten Ranges war. Wenn die begonnenen Debatten zunächst nur diesem Teilproblem galten, so rollte sich doch unwillkürlich das ganze Zentralproblem des russischen Lebens auf. Im Namen der Sozialdemokratie sprach der Genosse Gegetschkorij, der die Aufhebung des erwähnten Gesetzes forderte und gegen die gewaltsame Auflösung der Landgemeinde protestierte. Der sozialdemokratische Abgeordnete wies darauf hin, dass das Ziel des Gesetzes die Spaltung des Bauerntums und dessen Ablenkung von den Ländereien der Grossgrundbesitzer ist. Die Debatte ist noch nicht geschlossen, und wenn alle 213 Abgeordneten, die sich zum Wort gemeldet haben, wirklich das Wort erhalten, so wird sie in diesem Jahr überhaupt nicht beendet. Wie lange sie aber auch dauern mag, von vornherein steht fest, dass das berüchtigte Agrargesetz durch die *Duma* nicht aufgehoben wird. Die Kräfte der Volksvertretung reichen dazu nicht aus. Doch wird die Kritik seitens der Opposition einen tiefen Eindruck bei der Bauernschaft hinterlassen und der gesamten Reaktion keineswegs das Leben, soweit das flache Land in betracht kommt, erleichtern.

× **Kurze Chronik** Zum Präsidenten der Vereinigten Staaten wurde am 3. November Taft mit grosser Mehrheit gewählt, die jedoch hinter der Mehrheit Roosevelts im Jahre 1904 wesentlich zurücksteht. × Das Deutsche Reich hat das Zepplinsche Luftschiff zu militärischen Zwecken angekauft. × In ganz Sachsen fanden sozialdemokratische Strassendemonstrationen gegen die geplante Wahlrechtsreform statt; die Polizei bereitete ihnen keinerlei Hindernis.

### **Sozialpolitik / Robert Schmidt**

**Land und Stadt** Ein Vergleich der ländlichen und städtischen Lebensverhältnisse bietet eine sehr interessante Abhandlung Dr. E. Mulerts, die unter dem Titel *24 ostpreussische Arbeiter und Arbeiterfamilien* / Jena, Gustav Fischer/ erschienen ist. Wir finden sehr detaillierte Darstellungen der Haushaltsbudgets von 24 Arbeitern, die in Königsberg wohnen und vorher auf dem Lande als Instleute, Scharwerker oder Knechte in Stellung waren. Die Schilderung der ländlichen Arbeitsver-

hältnisse gibt einen Einblick in die Lebenshaltung der Arbeiter und die Eigenartigkeit der wirtschaftlichen und rechtlichen Sonderstellung der Instleute. Obgleich es sich um Arbeiter handelt, die in der Stadt in dauernder Beschäftigung stehen, kommt der Verfasser zum Schluss, dass deren Lebenshaltung keine bessere geworden sei. Nur die unverheirateten Arbeiter haben das Ziel ihre soziale und wirtschaftliche Lage zu bessern erreicht. Bei den Verheirateten sei die Arbeit in der Stadt nicht leichter geworden, der Kaufwert ihrer Einnahmen sei insgesamt nicht gestiegen. Ein grosser Teil der Familien war, was die beiden wichtigsten Lebensbedingungen, Wohnung und Beköstigung, anlangt, schlechter gestellt als auf dem Lande. Die Abhängigkeit, die der ländliche Arbeitsvertrag ihnen auferlegt hatte, hat der wirtschaftliche Druck in der Stadt im vollen Umfang aufrecht erhalten. Mit jedem Kind, um das die Zahl der Familienmitglieder wuchs, verschlechterte sich die Lage; die Kinder auf dem Lande bilden dagegen schon früh einen Zuwachs zur Arbeitsleistung der Familie. Dr. Mulert folgert daraus, dass die Abwanderung vom Lande nur einer Art Suggestion zuzuschreiben sei, einem Zug nach der Stadt, einem Mangel an Sesshaftigkeit und der Stetigkeit der Landarbeiter. Die Frage, weshalb die einzelnen Arbeiter ihre Stellung auf dem Lande aufgeben, wird allerdings von diesen sehr verschieden beantwortet; aber es handelt sich doch hier um eine sehr kleine Zahl der Befragten, und würdigt man die Antworten richtig, so klingt immer der Vorwurf der schlechten Behandlung, übermässigen Arbeitsleistung der ganzen Familie und einer geringen Entlastung durch. Ein Arbeiter sagt zum Beispiel: Bei seiner Ankunft auf dem Gut hatte er nur wenige Arbeiterfamilien vorgefunden, die in gänzlich zerfallenen Wohnungen hausten. Auch diese wenigen hätten es nicht lange ausgehalten und wären nachts unter Zurücklassung eines Teils ihrer Habe auf und davon gegangen. Er selber tat das gleiche, weil die Verpflegung schlecht, die Behandlung unerträglich gewesen wäre. Die Untersuchungen Dr. Mulerts haben als Tatsachenschilderung jedenfalls sehr grosse Bedeutung.

× **Fuhrwerksge-** Für das Fuhrwerksge-  
**werbe** hat der Beirat für Arbeiter-  
statistik die Erhebungen,  
die seit dem Jahre 1902 laufen, zum Ab-

schluss gebracht. Es sind zum Teil recht schwere Missstände festgestellt. So hatte vom Fuhrpersonal die Hälfte der Beschäftigten eine Arbeitszeit von 12 bis 14 Stunden, ein Drittel 14 bis 16 Stunden, 10,4 % über 16 Stunden; nur bei 8,1 % der Beschäftigten betrug die Arbeitszeit unter 12 Stunden. Bei den Stallleuten geht die Arbeitszeit über 14 Stunden bei 27 % der Befragten hinaus, und für die Omnibusbetriebe ergab sich sogar, dass 83 % der Angestellten über 16 Stunden sich im Dienst befanden. Auch in anderen Fuhrwerksbetrieben sind lange Arbeitszeiten ohne genügende Pausen beobachtet worden. Der Beirat für Arbeiterstatistik hält im Hinblick auf diese Ergebnisse die Voraussetzung des § 120e G. O. für vorliegend und empfiehlt eine Regelung der Arbeitszeit in der Weise, dass für alle im Fuhrwerksbetrieb Beschäftigten eine Mindestruhezeit von 9 Stunden vorgeschrieben wird, die nur in Notfällen, beim Füttern der Pferde und an 30 Tagen im Jahr bei aussergewöhnlicher Arbeitshäufung, eingeschränkt werden darf. Für Stallleute und im Lastfuhrwerk beschäftigte Personen sind 2 Stunden Pausen in der Arbeitszeit zu gewähren. Ferner sollen den Arbeitern in jedem Vierteljahr 4 freie Sonntage garantiert werden. Für jugendliche Personen wird ein 8stündiger Arbeitstag gefordert und Verbot der Beschäftigung von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens.

✕ **Versicherungs-** Vom Reichsamt des In-  
**reform** tern ist einer Anzahl Inter-  
 interessenten aus Arbeiter-  
 und Unternehmerkreisen Gelegenheit gegeben worden ihre Ansichten zu bestimmten Fragen, die bei der Reform der Arbeiterversicherung eine Rolle spielen werden, zu äussern. Allseitig wurde zu nächst eine Beseitigung der Gemeindekrankenversicherung und die Zentralisation der Ortskrankenkassen gefordert. Dagegen rief das Verlangen der Arbeiter die Innungs- und Betriebskrankenkassen zu beseitigen den lebhaften Widerspruch der Unternehmervertreter dieser Kassen-einrichtungen hervor. Mehr Übereinstimmung bestand zur Überraschung der Regierungsvertreter über die Frage, ob der Einfluss der Arbeiter in der Verwaltung zurückgedrängt werden soll. Unternehmer und Arbeiter erklärten sich hier mit wenigen Ausnahmen gegen die Stellung eines sogenannten *unparteiischen Vorsitzenden* seitens der Gemeindeverwaltung, empfahlen aber die Einführung

der Proportionalwahl. Für das Streitverfahren in Krankenkassenangelegenheiten wünscht man die Zuständigkeit der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung und als Rekursinstanz das Reichsversicherungsamt.

Weniger Übereinstimmung herrschte in den Reformvorschlägen zur Unfallversicherung. Die Unternehmer verlangen hier mit grosser Entschiedenheit die Beibehaltung der bisherigen Organisation nach Berufsgenossenschaften und lehnen jeden Eingriff in die Verwaltung durch die Teilnahme der Arbeiter ab. Die Arbeiter wollen bei der Rentenfestsetzung mit beteiligt sein; sie verprechen sich aber von einer in Aussicht genommenen Instanz, die im Rentenfestsetzungsverfahren nur gutachtlich gehört wird, sehr wenig und halten die Beteiligung der Arbeiter hierbei für wertlos. Ferner wenden sich die Arbeiter gegen die Einschränkung, dass das Reichsversicherungsamt für die Streitsachen, die geringere Rentenbeträge betreffen, ausgeschaltet werden soll. Gefordert wurden unter anderm die Ausdehnung der Versicherung auf das Handwerk und eine Erhöhung der Versicherungsgrenze.

✕ **Internation-** Am 12. Oktober tagte in  
**ler Versiche-** Rom der 1. internationale  
**runskongress** Versicherungskongress unter  
 reger Teilnahme zahlreicher Vertreter der Regierungen und der Versicherungseinrichtungen der einzelnen Länder. Aus der ziemlich umfangreichen Tagesordnung mögen nur einige wichtige Punkte hervorgehoben werden. Die Einführung der freien Arztwahl, die Dr. Lennhoff in seinem Referat empfahl, wurde von den Vertretern der Krankenkassen Simanowski und Frässdorf als unzweckmässig bezeichnet: sie wollen das freie Vertragsverhältnis. Verlangt wurde die Einführung besonderer Lehrstühle für Versicherungsmedizin, Massnahmen zur Verhütung und Vorbeugung der Arbeiterberufskrankheiten, die obligatorische Einführung der Mutterschaftsversicherung und die Arbeitslosenversicherung. Gegen letztere Versicherungsart wandte sich der Vertreter der nordöstlichen Baugewerksberufsgenossenschaft, Baurat Felisch, sehr energisch. Er fand aber mit seinen Klagen, dass die Unternehmer die Kosten nicht aufbringen können, nicht den geringsten Anklang, vielmehr im Gegenteil eine sehr entschiedene Absage.

✕

✕

**Submissionswesen** Vom preussischen Ministerium des Innern sind sehr ausführliche Anweisungen für eine Neuordnung bei Vergabung der Submissionen ergangen. Es wird, abgesehen von kleineren Aufträgen, freie Zulassung der konkurrierenden Unternehmungen verfügt. Der Zuschlag zu dem Angebot soll dann ausgeschlossen sein, wenn die Preisforderung in einem offensibaren Missverhältnis zu den geforderten Leistungen steht. Bei Bedarf landwirtschaftlicher Erzeugnisse sollen die Produzenten bevorzugt werden. Die Unternehmer haben über die mit den Arbeitern abgeschlossenen Verträge Auskunft zu geben; es fehlt aber die Vorschrift, dass die Unternehmer die Tarifverträge der Gewerkschaften anerkennen müssen, obwohl ein dahingehender Wunsch vom Reichstag in der vorigen Session bei Beratung des Militäretats geäussert wurde.

× **Kurze Chronik** Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der den bisherigen Zustand beiseitigen will, dass eine vorübergehend gewährte Armenunterstützung zum Verlust des Wahlrechts oder anderer staatsbürgerlicher Rechte führt. × Die Reichstagskommission zur Beratung der Gewerbeordnungsnovelle hat ihre Beratungen vorläufig auf die Bestimmungen begrenzt, die den Arbeiterinnen grösseren Schutz gewähren soll. Diese Kommissionbeschlüsse sollen dem Reichstag zunächst zur Beschlussfassung unterbreitet werden. × Dem preussischen Landtag wie auch dem Reichstag sind Vorlagen über eine Neuregelung der Beamtengehälter und des Wohnungsgeldzuschusses unterbreitet. Die Gehälter für die unteren Beamten sind in ihrem Minimalbetrag um 200 bis 300 M., die Wohnungsgeldzuschüsse je nach der Klasse um 100 bis 120 M. erhöht. × Der schweizerische Nationalrat hat den Entwurf eines Bundesgesetzes für eine Kranken- und Unfallversicherung mit grosser Majorität angenommen. Bemerkenswert ist, dass die Versicherung nicht nur auf Betriebsunfälle sondern auch auf Unfälle ausserhalb des Betriebes ausgedehnt ist und auch die Berufskrankheiten mit einbezogen sind. × Die österreichische Regierung hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der eine Reform der Arbeiterversicherung bezweckt. Die Altersversicherung wird auf die kleinen Gewerbetreibenden, die Krankenver-

sicherung auf Heimarbeiter, Dienstboten und landwirtschaftliche Arbeiter ausgedehnt. Die Altersrente wird vom 65. Lebensjahr an gewährt.

### Genossenschaftsbewegung Gertrud David

**Besteuerung** Die den preussischen Abgeordneten unterbreitete Vorlage einer Gesellschaftsteuer stellt einen neuen Versuch einer Ausnahmebehandlung der Konsumvereine dar. Nach § 1 des Entwurfs sollen ausser den kapitalistischen Gesellschaften diejenigen Genossenschaften der Steuer unterliegen, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht. Vereine und eingetragene Genossenschaften zum gemeinsamen Einkauf von Lebensmitteln und hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im grossen und Absatz im kleinen sollen jedoch die Steuer zahlen, auch wenn ihr Geschäftsbetrieb nicht über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht. Wir haben hier eine durch nichts zu rechtfertigende Ausnahmebestimmung gegen die Konsumvereine.

Aber auch durch die weiteren Bestimmungen des Entwurfs werden die Konsumgenossenschaften, wenn auch vielleicht ungewollt, schwer benachteiligt. Die Gesellschaftssteuer soll nämlich je nach dem Prozentsatz abgestuft werden, den der steuerpflichtige Reingewinn vom Grundkapital ausmacht. Sie steigt von 2% des Gewinns, wenn dieser nur 1% des Kapitals beträgt, bis auf 7% bei 18% Kapitalgewinn und mehr. Kann man durchaus damit einverstanden sein, dass der wachsende kapitalistische Ertrag eine stärkere Heranziehung zu gunsten der Gesamtheit erfährt, so wird diese Vernunft zum Unsinn bei den Konsumgenossenschaften. Hier ist die Beziehung des Überschusses auf das Kapital — als Grundkapital sollen hier die eingezahlten Geschäftsanteile gelten —, wenn man schon überhaupt diesen Überschuss besteuern will, durchaus sinnlos und ungerecht. Denn der Gewinn eines Konsumvereins ist kein Kapitalerträgnis, hat also mit der Grösse des im Betrieb angelegten Kapitals fast nichts zu tun sondern die Folge der durch gemeinsamen Einkauf erzielten Ersparnisse. Er wird deshalb auch nicht auf die Kapitalanteile sondern nach Massgabe der Bezüge der Mitglieder verteilt. Seine Besteuerung würde demnach die Mitglieder nicht wie die Anteilsbesitzer der kapitalistischen Gesellschaften nach der Grösse ihres

Aktienbesitzes sondern nach der Höhe ihrer Einkäufe treffen. Da weiter das Kapital in den Genossenschaften ein relativ ausserordentlich kleines zu sein pflegt, so würde auch bei den schwächsten Konsumvereinen fast ausnahmslos die höchste Steuerstufe, die bei den Genossenschaften allerdings nur 5% betragen soll, erreicht werden.

×  
Berlin

Die Vereinigung der beiden grossen Berliner Konsumvereine, das heiss erstrebte Ziel aller Genossenschaftsfreunde Berlins, ist am 1. November Tatsache geworden. Der freie *Berliner Konsumverein* ist aufgelöst; seine Geschäftsstellen und Mitglieder sind von der *Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung* übernommen. Damit hat also das grosse Ringen zweier prinzipieller Richtungen in der Berliner Genossenschaftsbewegung mit dem Siege der gesetzlich eingetragenen über die freie Form geendet. Natürlich hat auch die Erwägung, dass die Liquidation einer eingetragenen Genossenschaft ungleich grössere Schwierigkeiten geboten hätte als die Auflösung des freien Vereins, bei dieser Lösung der Frage ein Wort mitgesprochen. Doch ging wohl auch abgesehen hiervon die Meinung der Mehrheit der in die Einigungskommission delegierten Berliner Arbeitervvertreter von vornherein dahin, dass man mit der gesetzlichen Form besser fahren würde. Ich will hier nicht noch einmal die an dieser Stelle bereits erörterten Gründe anführen, warum gerade in Berlin die beweglichere und daher den verschiedensten Anforderungen leichter anzupassende freie Form vielleicht die grösseren Vorteile geboten hätte. Auch auf der anderen Seite liegen ja gewichtige Vorzüge, wie zum Beispiel die leichtere Erwerbsmöglichkeit von Grundbesitz. Und was gerade als ein Hauptvorteil der freien Form betrachtet wurde: die Bildung von Abteilungen mit eigenem Leben und selbständiger Entscheidung der Vereinsangelegenheiten, dafür hat das neue Statut der Genossenschaft nach dem Muster der *Bezirkskonsumvereine* einen gewissen Ersatz in dem Delegiertensystem geschaffen. Vor allem aber muss ja die Formfrage gänzlich nebensächlich erscheinen gegenüber dem Geist, von dem die Bewegung getragen sein soll, und alle etwaigen sonstigen Bedenken müssen verschwinden angesichts der weittragenden Bedeutung, die die Verschmelzung hoffentlich für die Entwicke-

lung der Berliner Genossenschaftsbewegung haben wird.

Die beiden nunmehr vereinigten Genossenschaften zählen zusammen zirka 14 000 Mitglieder, von denen rund 8000 auf die *Konsumgenossenschaft* und 6000 auf den *Berliner Konsumverein* kommen. Der Umsatz betrug im letzten Jahr 1 101 457 M. bei der *Genossenschaft* und 976 733 M. beim *Verein*, zusammen also 2 Mill. M. Ob bei der Verschmelzung alle Mitglieder erhalten werden können, ist noch fraglich. Aber es ist nicht die vereinigte Konsumkraft der seitherigen Genossenschaftsmitglieder, die das Ziel der Vereinigung bildet. In Berliner Genossenschaftskreisen gibt man sich vielmehr der Hoffnung hin, dass durch die Verschmelzung der beiden, sich seit-her vielfach bekämpfenden Vereine der Impuls zu einer neuen grosszügigen Entwicklung des Berliner Genossenschaftswesens gegeben sein wird. Gerade von Parteiseite ist ja die Beseitigung der Zersplitterung bis jetzt stets als eine Vorbedingung einer intensiveren Unterstützung bezeichnet worden. Nachdem dieser Stein des Anstosses nunmehr fortgeräumt ist, darf man auf ein grösseres Entgegenkommen der leitenden Parteilkreise rechnen. Ist erst einmal hier das Eis gebrochen, sind die grossen Berliner Arbeitermassen für die Genossenschaftsidee erwärmt, und nehmen sie sich ihrer Verwirklichung mit der ihnen eigenen Energie und Disziplin an, dann bieten sich der Bewegung in der Millionenstadt Entwicklungsmöglichkeiten, an deren Ausmalung die kühnste Phantasie erlahmen muss. Zu einer Popularisierung des Genossenschaftsgedankens wird jedenfalls auch der jetzt in greifbare Nähe gerückte Bau einer grossen Konsumbäckerei beitragen. Die *Konsumgenossenschaft* hat sich auf ihrer letzten Generalversammlung im Prinzip für die Schaffung einer solchen Einrichtung erklärt und zu diesem Zweck die Ausgabe von Grundstücksanteilscheinen à 20 und 100 M. in der Gesamthöhe von 500 000 M. beschlossen. Die propagandistische Wirkung eines solchen Grossunternehmens mit mustergültigen technischen Einrichtungen und ebensolchen Arbeitsbedingungen ist gewiss nicht zu gering einzuschätzen. So dürfen wir denn hoffen, dass die Berliner Genossenschaftsbewegung in absehbarer Zeit so aufblühen wird, dass sie sich die ihr gebührende führende Stellung im Reich erobert.

×

×



**Allgemeiner Verband**

Der diesjährige Genossenschaftstag des *Allgemeinen Verbandes*, der vom 25. bis zum 28. August in Frankfurt a. M. abgehalten wurde, bekam sein besonderes Gepräge dadurch, dass auf ihm die 100. Wiederkehr des Geburtstages Schulze-Delitzsch' gefeiert wurde. In der 1. Sitzung am 25. August fand die Begrüßung der zahlreich erschienenen Ehrengäste statt. Der Nachmittag war den Baugenossenschaften gewidmet, wobei Verbandsdirektor Schneid über die bei der Berechnung der Wohnungsmieten aufzustellenden Grundsätze referierte. In der 3. Sitzung behandelte Verbandsanwalt Dr. Crüger die Förderung der Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes durch die Schulze-Delitzschschen Kreditgenossenschaften. Die 4. Sitzung endlich beschäftigte sich mit den Angelegenheiten der Konsumvereine. Zunächst begründete Herr Kofahl-Holzminde eine Anzahl Leitsätze über die Liquidität der Konsumvereine, die einer möglichst vorsichtigen Geschäftsgebarung das Wort redeten. Zum Beschluss wurden diese Leitsätze jedoch nicht erhoben. Die Angst, dass die Konsumvereine etwa über den ihnen vom Genossenschaftsanwalt gesteckten, bekanntlich sehr engen, Rahmen hinausgehen könnten, kam auch beim folgenden Punkt der Tagesordnung, Errichtung von konsumgenossenschaftlichen Schlächtereien, zum Ausdruck. Es lag hierzu ein Antrag des Konsumvereins Grund i. H. vor, der unter Hinweis auf die auf diesem Gebiet noch recht lückenhaften Erfahrungen den Konsumvereinen dringend widerrät für eigene Rechnung Schlächtereibetriebe einzurichten. Wenn es auch selbstverständlich ist, dass gerade bei der Gründung von Schlächtereien als einem der schwierigsten Betriebszweige mit aller nötigen Vorsicht vorgegangen werden muss, so ist es doch angesichts der grossen Erfolge, die einige Konsumvereinschlächtereien bereits aufzuweisen haben, nicht gerechtfertigt den Vereinen den Betrieb solcher Unternehmungen schlechthin zu widerraten. Dem anderen Teil der übrigens einstimmig angenommenen Resolution, der bei der Benutzung der Privatschlächtereien besondere Vorsicht empfiehlt, einmal in der Überwachung des gelieferten Fleischmaterials, dann aber auch hinsichtlich der Verrechnung und Verbuchung, ist natürlich zuzustimmen. Die die Kreditgenossenschaften berührenden Verhandlungen boten so wenig allgemeines Interesse,

dass von ihrer Wiedergabe hier abgesehen werden kann.

×  
**Kurze Chronik** Die deutsche Genossenschaftsbewegung hat zwei Verluste zu beklagen. Am 18. August starb in Bremen im Alter von 58 Jahren Johann Heins, Mitglied des Ausschusses des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* und Direktor des nordwestdeutschen Revisionsverbandes. × Der langjährige Kassierer der *Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung*, Franz Tutzaue, schloss am 3. Oktober in Berlin im Alter von 56 Jahren die Augen. Tutzaue war auch in der politischen Arbeiterbewegung hervorragend tätig; er war von 1890 bis 1906 Reichstagsabgeordneter und längere Zeit auch Berliner Stadtverordneter. × Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz hat im Geschäftsjahr 1907 einen Umsatz von 16 664 591 M. erzielt, das ist ein Mehr von 1 876 529 M. gegen das Vorjahr. Der Reinüberschuss betrug 1 514 030 (1 375 343) M. und wird entgegen einem Antrag des Geschäftsführers, der zwecks besserer finanzieller Fundierung der Genossenschaft eine Herabsetzung der Dividende um 1 % befürwortete, zur Verteilung einer 10prozentigen Rückvergütung benutzt werden. × Die erst seit 8 Jahren bestehende finnische Konsumvereinsbewegung zählte am 1. April 280 Genossenschaften mit rund 70 000 Mitgliedern. 194 dieser Vereine hatten einen Gesamtumsatz von 12 975 035 M. und 173 einen Reinüberschuss von 404 689 M. Die im Jahre 1904 in Helsingfors gegründete finnische Grosseinkaufsgesellschaft erzielte im letzten Jahr im Verkehr mit 233 Vereinen einen Umsatz von 3 229 275 M. × Die Offenbacher Konsumgenossenschaft, die bekanntlich eine schwere wirtschaftliche Krise durchzumachen hatte, wird von dem Frankfurter Verein übernommen, da eine Sanierung der Verhältnisse auf andere Weise nicht möglich ist.

**WISSENSCHAFT****Philosophie / Franz Staudinger**

**Weltanschauung** Die Philosophie einer Erlösung, die nicht die reale Verknüpfung zwischen Geistigem und Materiellem sucht, wie sie sich in der aktiven Technik unserer Lebensvorgänge zeigt, sondern in irgend einer abstrakten *Idée*, in Wahrheit einem Phantom wurzelt, treibt heute mäch

tig Blüten. Auch der Monismus kommt immer mehr auf diese Bahnen. Im 2. Band des von Arthur Drews herausgegebenen Buches *Der Monismus, dargestellt in Beiträgen seiner Vertreter* [Jena, Diederichs/ tritt das stärker hervor als im 1. Band (vergl. diese Rundschau in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 1. Band, pag. 190). Hier spricht Arthur Liebert von der »Realität einer Einheit, die in jedem Menschen »metaphysische Vernunft« sei. Marie Joachimi-Dege behauptet sogar: »Das Denken strebt nach Einheit, schafft Einheit, ist Einheit«. Eine Behauptung, die so zweifellos richtig ist, dass man ihr mit völlig gleichem Recht entgegenhalten könnte: Das Denken strebt nach Vielheit, schafft Vielheit, ist Vielheit. Charakteristisch dabei ist, dass das Streben nach Einheit des Denkens und nicht die metaphysische Welteinheit als »Wurzel für jeden [!] Monismus« in Anspruch genommen wird. So freilich kann man Kant und Hegel mit Büchner und mit Haeckel schliesslich in eine Gruppe zusammenfassen, wie sich ja in diesem Band der Monismus Schopenhauers durch Otto Weiss, Lotzes durch Max Wentscher, Haeckels durch Wilh. von Schneiden, Euckens durch Otto Braun und Hartmanns durch Alma von Hartmann zusammengestellt finden. Nun ja, schliesslich kommen Millionen Farben aus einem Licht. Aber was theoretisch wie praktisch damit gewonnen wird, wenn man all das auf einen Haufen wirft, ist unerfindlich. Schliesslich kann man den Hasen *Katze* heissen. Wenn man das Wort *Monismus*, wie man sollte, begrifflich scharf fassen will, so bedeutet es doch die Lehre von einer einzigen substantiellen Weltunterlage, in der das Materielle wie das Geistige als gleichwertige Attribute beschlossen sind. Einen Monismus in diesem Sinn vertritt Carl Hilm (der Verfasser einer gerühmten Dichtung *Satan*) in einem Vortrag *Die Erlösungsidee*, [Frankfurt a. M., *Neuer Frankfurter Verlag*, der abgesehen davon, dass er eben dogmatisch ist und die soziale Technik nicht praktisch zu grunde legt, sehr frisch und ansprechend ist. In diesen Rahmen gehört im Grunde auch Ernst Horneffers, des energischen Nietzscheapostels, Büchlein *Hebbel und das religiöse Problem der Gegenwart* [Jena, Diederichs/], worin er Hebbel neben Genanntem als Vertreter der »Religion der Selbsterlösung«, als Prediger des freien

Individuums rühmt, aber charakteristischerweise zugibt, dass dies an der »unentrinnbaren Macht der menschlichen Gemeinschaft« scheitere. Da wäre doch die Konsequenz, man solle diese Gemeinschaft einmal darauf ansehen, ob und wie sie so gestaltet werden könne, dass das freie Individuum nicht an ihr scheitern müsse. Herm. Heimerich in München hat ihm das schon einmal entgegengehalten, dass man ideale Werte nicht ohne Berücksichtigung der Lebenstechnik, darauf sie wachsen, pflegen kann. Ob das bei Horneffer verfangt, entzieht sich unserer Kenntnis.

X

X

Ethik

Die Ahnung, dass die Ethik vor allem einmal unter dem Gesichtspunkt technischen Zusammenhangs oder Nichtzusammenhangs unserer Handlungen beziehungsweise des sozialen Gefüges, das unsere Handlung bestimmt, zu prüfen sei, ehe wir Vorschriften allgemeiner Art geben können, breitet sich leise immer weiter aus. Vor Jahren berührte das schon F. Foerster in seiner Broschüre *Technik und Ethik*, freilich so, dass er eine Ethik über die Technik stellte, nicht aber erstere aus letzterer zu entwickeln suchte. Nur veröffentlicht Friedrich Dessauer unter dem Titel *Technische Kultur* /Kempten, Kösel/ 6 im *Hochland* erschienene Essays, die die Befreiung des Menschengesistes und die Hebung der Geisteskultur im Zusammenhang mit der technischen Entwicklung darstellen sollen. Dabei kommt er auf die ethisch bedeutungsvolle Tatsache zu sprechen, dass der Techniker ganz wahr sein muss, da ja Wahrheit die Bedingung seiner Leistung ist. Freilich streifen diese Aufsätze nur die Oberfläche des Problems. Der alte Aberglaube, dass die Technik als solche etwas rein Materielles sei, herrscht noch vor, und die Tatsache, dass die innigste Vermählung zwischen Intellekt, Wille und Stoff ebenso im Getriebe der grossen, noch sehr unbeholfen fungierenden Sozialmaschine wie in dem Getriebe einer wirklichen Maschine vollzogen sei, entgeht ihm durchaus. Um die soziale Frage geht er deshalb wie die Katze um den heissen Brei herum, während er der Religion eine etwas linkische Verbeugung macht. Aber immerhin ist das Büchlein als Zeichen einer neuen Gedankenrichtung beachtenswert.

X

X

**Religion**

Aus dem Kampf um die religiöse Weltanschauung ist vor allem das Büchlein des Innsbrucker Kirchenrechtslehrers Professor Dr. Wahr und *Katholische Weltanschauung und freie Wissenschaft* /München, Lehmann/ zu erwähnen, das ja schon genug Staub aufgewirbelt hat, und nun in 34. Auflage erscheint. Wahr und sagt freilich in philosophischer Hinsicht kaum etwas, was uns nicht geläufig und selbstverständlich wäre und bleibt darin zuweilen hinter unserer Auffassung zurück. Aber wenn man die Unbefangenheit wahrnimmt, mit der er alt-heilige Sklavenketten des Geistes abwirft, wenn man den Mut sieht, wie er im finstern Österreich ausruft: »Professor bedeutet nicht bloss eine Überzeugung haben sondern sie auch bekennen«. Und wenn er am Schluss betont, auch die Wissenschaft habe einen Gott, aber nicht einen, der die Menschen nach seinem Ebenbilde schuf, sondern einen solchen, der die Vollkommenheit nicht zum Ausgangs- sondern zum Zielpunkte machte, so sagen wir: Allen Respekt. Da ist ja diejenige Umkehrung im Prinzip vollzogen, die die wissenschaftliche Weltanschauung von der sklavischen scheidet. Und über das, was noch fehlt, wollen wir hier nicht streiten. Das Büchlein ist aber auch vor allem deshalb sehr zur Anschaffung zu empfehlen, weil es in kurzer handlicher Form einen Überblick über die wesentlichen Streitpunkte gibt und am Schlusse die Verdammungs-urkunden Pius IX. und Pius X. gegen die freie Wissenschaft vollständig abdruckt. In absolutem und unversöhnlichem Gegensatz zu solcher Weltanschauung steht natürlich die sklavisch-autoritäre, die C. Forscher, Diözesenpräses der katholischen Männer- und Arbeitervereine der Diözese Mainz, in seiner Schrift *Kanzelvorträge über den Modernismus* /Mainz, Kirchheim/ »mit kirchlicher Approbation« darlegt. Es ist interessant diese Gedankenbilder, wie man sie heute noch unter staatlichem Privileg den Menschen bieten darf, an einem Beispiel darzulegen. Die *Unfehlbarkeit der Kirche* besteht nach Forscher nicht darin, dass etwa durch die Kirche neue Offenbarungen gebracht würden. Diese sind vielmehr alle schon gebracht. Sie sagt auch nicht, dass man die menschlichen, der Irrungen unterworfenen Anschauungen der Geistlichen oder des Papstes über alle Dinge für wahr zu halten habe. »Die Kirche ist vielmehr unfehlbar kraft des

beständigen Beistandes des Heiligen Geistes in der Ausübung ihrer höchsten Gewalt über die ganze christliche Gesellschaft. Ihre Lehre, ihre Gesetzgebung und ihre Urteile sind kraft des Beistandes des Heiligen Geistes keinem Irrtum unterworfen.« Wer aber bestimmt nun was der Heilige Geist und was fehlbare Menschen sprechen? Doch eben diese fehlbaren Menschen selbst. Und so können sie alles, was sie für unfehlbar halten, den Mitmenschen als unfehlbar andrängen. Da sagt der gute Mann noch die Enzyklika des Papstes sei nicht eine Absage an Wissenschaft und Kultur, weil sie ja doch Edison, Marconi, die Elektronenlehre, Mikroskope und Automobile nicht verdamme. Und so ruft er: »Wahrhaftig, die katholische Kirche und das Papsttum hemmen die Kulturarbeit nicht und haben sie nie gehemmt!« Sie haben wohl keinen Bruno, keinen Galilei verfolgt, nie sich gegen die kopernikanische Theorie, gegen die Entwicklungslehre und dergleichen so lange gestemmt, bis man sie auslachte?

Steht die letzte Schritt schon in scharfem Gegensatz zur vorigen, so ist ihr Gegensatz noch schärfer zu dem prächtigen Buch von Rudolf Penzig *Ohne Kirche. Eine Lebensführung auf eigenem Wege* /Jena, Diederichs/. Ihr Grundgedanke ist wohl in dem Wort gegeben: »Überall tritt an Stelle des Kultus der Mächte des Gewordenen der Kultus der Kräfte des Werdens.« Das ist nur eine andere Formel für den Satz Wahrmonds, dass für die neue Zeit die Vollkommenheit nicht Ausgangs- sondern Zielpunkt sei. Dem Buch des Freidenkers, der auch eine Vortragsammlung *Laienpredigten von neuem Menschentum* /Gottesberg i. Schl., Hensel/ in Einzelheften herausgibt, ist ein interessantes Geleitwort Wilhelm Bölsches beigegeben. Darin wäre freilich mancherlei zu bezweifeln und zu bestreiten. Wenn es da heisst, »der Kampf gegen die Kirche« sei »stets ein Anzeichen wiedererwachten tieferen religiösen Lebens«, und »noch nie sei einer Kirche der Indifferentismus gefährlich gewesen«, so ist das doch wohl einseitig. Für stumpfsinnigen Indifferentismus mag das gelten. Der bewusste Indifferentismus aber ist vielleicht eine stärkere Waffe gegen das Dogma des Kirchentums als alle fanatische Bestreitung von Glaubensanschauungen. Der rechte Kampf gegen die Kirche hat nicht die Bestreitung ihrer Glaubenslehren sondern die

Beseitigung ihrer sozialen Machtstellung zum Ziel. Wir können von niemand fordern, dass er die Ansichten eines Wahr- mund oder Penzig teile und die eines Forschner oder Reinke abweise. Ansichten ändern sich nicht durch heftigen Kampf sondern nur durch Belehrung, wenn der Boden dazu bereitet ist. Aber wir können fordern, dass nicht eine Organisation, die Ansichten wie die Forschners zu lehren gebietet, staatlich approbiert, bevorrechtet und aus öffentlichen Steuermitteln bezahlt werde. Der Kampf hiergegen und die Belehrung zu eventuellen anderen Ansichten ist also doch etwas auseinanderzuhalten.

× **Kurze Chronik** In Königsberg ist ein neuer Lehrstuhl für Philosophie errichtet worden. ×  
 Der verdienstvolle Leiter des Münchener *Kartells der freiheitlichen Vereine*, Dr. M. Riess, ist plötzlich gestorben: ein schwerer Verlust für die von ihm vertretene Sache, die er mit Aufbietung seiner ganzen Kraft gefördert hatte.

## KULTUR

### Kunstgewerbe / Joseph August Lux

**Hessische Landesausstellung** Der Oktober brachte in der hessischen Landesausstellung in Darmstadt zwei ernste

Veranstaltungen: eine Olbrich-Gedächtnisausstellung im *Ernst Ludwig-Hause* und eine Olbrich-Totenfeier. Die Gedächtnisausstellung bot einen kleinen Ausschnitt aus dem vielseitigen Schaffen des zu früh verbliebenen Künstlers. So wenig erschöpfend dieser kleine Überblick sein konnte, so genügte er doch einen neuerlichen Beweis zu geben, nicht nur davon, dass wir eine schöpferische Kraft ersten Ranges verloren haben, sondern auch für die bedauerliche Tatsache, dass uns manches schöne Architekturwerk jenes Künstlers durch den Unverstand von Juries vorenthalten worden ist. Hier erst lernen wir seinen Entwurf für die Karlsbader Kurpromenade kennen, der in jeder Hinsicht hoch über den preisgekrönten Entwürfen aus jener Konkurrenz steht. Die Empfangshallen zum neuen Darmstädter Bahnhof haben seinerzeit allerdings den zweiten Preis errungen, was gleichfalls ein Beweis ist, dass sein Projekt nicht nach Verdienst gewürdigt worden ist. Für ein Offizierskasino schuf er entzückende Pläne, die mit Rücksicht auf einen gewissen hoch-  
 gehenden Einfluss die äusserste Zurück-

haltung an den Tag legten und das Interesse nur durch die Andeutungen fesselten, was aus den Entwürfen bei der Ausführung hätte werden können. Aber infolge kaiserlicher Entschliessung mussten sie einer minderwertigen Macheweichen. Zahlreiche kunstgewerbliche Entwürfe offenbaren die sorgfältige, intensive Arbeitsweise des Künstlers. Es sind Blätter, die schon als Zeichnung einen Kunstwert repräsentieren. Und nun stelle man sich vor, dass der Nachlass aus mehr als 20000 solcher Blätter besteht. Ein ungeheurer Schatz liegt vor, aus dem die Nachwelt unermessliche Anregung wird schöpfen können. Es sind natürlich schon Schritte unternommen, um diesen Nachlass in seinem Bestand als ein Ganzes zu sichern.

Aber nicht nur architektonische und kunstgewerbliche Entwürfe sondern auch ausgeführte kunstgewerbliche Gegenstände, wie Teppiche, Arbeiten in Holz, Silber, Elfenbein usw., sind ausgestellt. Alles das ist nur ein winziger Bruchteil des wirklich Geschaffenen, weshalb die Veranstaltung nicht über den Rahmen einer blossen Ehrenkundgebung hinausgeht. Wer bei dieser Gelegenheit Olbrichs Werk in Darmstadt in grösserem Umfang sehen wollte, der brauchte sich nur auf der Mathildenhöhe umsehen, wo der grössere Teil der Häuser nach Olbrichs Entwürfen entstanden ist. Und schliesslich ist die hessische Landesausstellung in ihrer grossen Haupterschei- nung selbst ein Werk dieses Künstlers. Denn bestimmend für das Gesamtbild ist der berühmte *Hochzeitsturm* und die anschliessenden Gebäude für *Freie Kunst*, eine Art von Akropolis, die sich auf dem Hügel oberhalb des Platanenhains erhebt und die Stadt beherrscht. Komplizierend für das Werk des Künstlers kommt hinzu, dass das Terrain für die neue Kunsthalle gleichzeitig das Wasserreservoir der Stadt ist. Nichtsdestoweniger ist die ganze Anlage so organisch, als ob sie gewachsen wäre, ein ganz ungewöhnliches Beispiel von bewegter und doch einheitlicher Bausilhouette, eine rhythmische Vielheit von Hallen, Arkaden, Terrassen, Pergolen und abstufendem überwachsendem Mauerwerk. Ein charakteristisches Bauwerk ist auch das *Oberhessische Haus*, an dem man deutlich erkennen kann, wie der Künstler einen durchaus freien Anschluss an eine klassische Formensprache gesucht hat. Man kann das an vielen Bauwerken und anderen Schöpfungen Olbrichs erkennen.

wenngleich von einer Anlehnung gar nicht die Rede sein kann. Wenn es eines weiteren Hinweises bedarf, so erinnere ich an den Düsseldorfer Warenhausbau, der nicht die einzelne Form, das Motiv, sondern die Grosszügigkeit der alten Kunst aufs neue verkündet. Überraschendes hat Olbrich auf dieser Ausstellung auf dem Gebiet des Arbeiterhauses geleistet. Sein 4000 M.-Häuschen ist ein Treffer, der einzig dasteht. Er hat den unwiderleglichen Beweis geliefert, dass der wahre Künstler auch mit den einfachsten Mitteln einen vollen Wert schaffen kann. Ich kann diese Leistung nicht genug anerkennen, namentlich wenn ich an die Riemerschmid'schen Modellhäuser in der Münchener *Ausstellung 1908* denke. Nochmals sei es gesagt: Das Arbeiterhaus soll keine Bauernhauskopie sein. Nur die Sentimentalität der Unternehmer und Architekten verrennt sich in diese Sackgasse.

Im übrigen bietet die Darmstädter Ausstellung ein sehr ungleiches Niveau. Die Baukeramik Scharvogels ist durchaus eine arge Enttäuschung. Das ist nicht Fortschritt sondern unaufhaltsame Reaktion, die aus Mangel an eigenen Ideen beim Wiederkäuen alter plastischer Formen angelangt ist. Das Gebiet für angewandte Kunst und einen grossen Teil der Interieurs auf der Ausstellung hat Alwin Müller geschaffen, der zweifellos Vielseitigkeit, Routine und Anpassungsfähigkeit besitzt, wenngleich ihm jede tiefe Künstlerschaft fehlt. Trotz der stellenweise bemerkbaren Anlehnung an Olbrich, trotz der Verschwendung kostbarer Materialien wirken seine Räume kalt, und wo er zur Einfachheit gezwungen ist, erscheinen sie absolut nüchtern und nichtssagend. So viel über die Haupterscheinungen der hessischen Landesausstellung.

Die Totenfeier für Olbrich fand am Abend des 9. Oktober statt. Ein schwarzer Keil von Menschen drängte sich gegen die dunkle Wand, die die Treppenanlage zu seinem Gebäude für *Freie Kunst* auf der Mathildenhöhe absperrte. Lodernde Fackeln standen orangegelebt gegen den zart rosig überhauchten Himmel, der wie ein matter Silberspiegel das Bild der hohen Pappeln auffing, die jenseits Wacht standen. Ernste Musik, Beethoven, erscholl im Hintergrund vor jener dunklen Wand, von oben herab über die Stufen schritten die Musen, ihren Liebling zu betrauern. Dann wurden von oben her Worte gesprochen, die den

Ruhm des Baumeisters Olbrich verkündeten. Dann wieder Musik, aus der *Götterdämmerung*. Und dann ein grosses Schweigen und ein Senken und Verlöschen der Fackeln und ein Ende. Ein letztes Abschiednehmen.

× ×  
**Kurze Chronik** Theodor Fischer vollendete im Sommer die neue Universität in Jena: die moderne Universität ist im Stil eines alten Klosters gehalten. × Die preussischen Behörden haben die Anwendung des Holzzementdachs aus *ästhetischen* Gründen verboten und damit den Heimatkunstfreunden einen Erfolg beschert. Eine technische Errungenschaft ersten Ranges zu verbieten, weil die Architekten damit nichts anzufangen wissen, ist kein übles Polizeistück der behördlichen Kirchturmsästhetik. × In Sachsen legt die Dachpappenindustrie Protest gegen die reaktionären Bestrebungen des sogenannten *Heimatschutzes* ein.

× ×  
**Literatur** Ein Büchlein August Endells, des Architekten und Künstlers, schildert die *Schönheit der grossen Stadt* mit ihren Problemen und ihrer Charakteristik /Stuttgart. Strecker & Schröder/. Unter der Hand ist diese Schilderung zu einem hinreissenden Hymnus auf dies Leben mit seiner Not, seiner Hässlichkeit, seiner zwingenden Grösse und seiner überwältigenden Macht geworden, ein kleines Meisterwerk, das mit dem Homer der Gegenwart, mit dem amerikanischen Freiheitssänger Walt Whitman ir. irgend einer fernen Beziehung geistig verwandt ist. Die grosse Stadt ist Berlin. Die Lektüre ist herzerfrischend, ein Labsal, ein gesundes Gegenmittel gegen Schwächlichkeit und Selbstbetrug und gegen falsche Verhimmelung versunkener Stile.

## DIVERSA

### Bücher

**Kommunales Jahrbuch** Ein überaus wertvolles Werk — wertvoll für alle, die amtlich oder ehrenamtlich in der kommunalen Verwaltung tätig sind oder sich wissenschaftlich für sie interessieren, wertvoll überhaupt für jeden Sozialpolitiker — haben die Genossen Dr. Lindemann und Dr. Südekum in ihrem *Kommunales Jahrbuch* geschaffen, dessen 1. Jahrgang soeben bei Gustav Fischer in Jena erschienen ist. Das Jahrbuch will in seinem 1. Teil

»eine zusammenfassende Darstellung der wichtigeren Vorgänge auf dem ganzen Gebiete der deutschen Gemeindeverwaltung geben« und sich hierbei im wesentlichen immer auf das letztverflossene Kalenderjahr beschränken; der Zusammenhang erfordert natürlich ein gelegentliches Zurück- oder Vordringen. Der 2. Teil stellt gewissermassen ein auf amtliches Material gegründetes Inventarium dar für alle mehr als 5000 Einwohner zählenden Gemeinden des Deutschen Reichs. Das amtliche Material haben sich die Verfasser zu verschaffen gesucht, indem sie an sämtliche Gemeinden mit über 5000 Einwohnern Fragebogen gesandt haben. Die Gemeinden mit über 30000 Einwohnern wurden ersucht einen besonders eingehenden Fragebogen auszufüllen; ein weniger umfangreicher wurde für die kleineren Gemeinden aufgestellt, und schliesslich kam noch ein Muster für kurze Notizen zur Verwendung. Im allgemeinen fanden die Verfasser bereitwilliges Entgegenkommen. Die Zahl der Gemeinden, die gar nichts geliefert, ja, die nicht einmal eine Korrektur des anderweitig beschafften Materials zurückgeschickt haben, ist sehr klein: sie sind, um das Material als nicht amtlich kontrolliertes zu bezeichnen, mit einem Sternchen bedacht. Im höchsten Grade bedauerlich ist es, dass wir dieses Zeichen auch bei Frankfurt a. M. antreffen, dessen Verwaltung wohl ein grösseres Verständnis für ein derartiges Unternehmen zuzutrauen gewesen wäre. Vielfach haben grosse Gemeinden nur den für kleinere Gemeinden bestimmten Fragebogen ausgefüllt oder nur Notizen nach dem angegebenen Muster gegeben. So kommt es, dass im 2. Teil zum Beispiel Hannover, Hamburg und vor allen Dingen die Reichshauptstadt Berlin nur dürftig vertreten sind, während für die grosse Mehrzahl der grösseren Gemeinden ein recht umfassendes Bild ihrer Zustände und Einrichtungen gegeben wird.

Betrachten wir das Ergebnis bei einer einzelnen Stadt: bei Essen (248 076 Einwohner). Da finden wir zunächst bevölkerungsstatistisches Material (Ortsgebürtigkeit, Eheziffer, Geburtenhäufigkeit, uneheliche Geburten, Sterblichkeit, Säuglingssterblichkeit), Angaben über Areal und städtischen Grundbesitz. Es folgt unter der Rubrik *Finanzen* eine kurze Tabelle über den Etat 1907-1908; in einer zweiten ist das Steueraufkommen spezialisiert; dann werden die Schulden

der Stadt behandelt. Die Aufzählung der Einrichtungen beginnt mit der *Städtereinigung*, und zwar mit der Kanalisation und Abfuhr, deren Systeme, Kosten und Gebühren aufgeführt werden; es folgt die Reinigung der Strassen, mit Angabe der Verpflichtungen, der Grösse der Fläche, der verschiedenen Verfahren, des Personals; weiter die Müllabfuhr mit ebenso eingehenden Nachrichten und die Strassenbeleuchtung. Ein Abschnitt *Volksernährung* behandelt die Wochenmärkte, die Nahrungsmittelkontrolle mit besonderer Berücksichtigung der Methoden der Milchkontrolle, den Vieh- und Schlachthof. Das *Badewesen* wird nach Art der Bäder, Kosten und Preise sowie durch Frequenzziffern beleuchtet. Weniger Raum beanspruchen die *Parks und Anlagen*; mehr dagegen das *Gesundheitswesen* mit der Krankenpflege und das *Armenwesen*. Einen umfassenden Blick über *Bildungswesen* geben die Nachrichten über die Volksschule, wobei die Schulärzte, die Jugendspiele usw. nicht vergessen sind; ihnen schliessen sich die Angaben über die höheren Schulen, Fortbildungsschulen, die Bibliothek und Lesehalle, das Theater und Museum an. Wie bei den zuerst angeführten Einrichtungen fehlt hier wohl keine irgendwie wichtige Zahl. Beim Abschnitt *Wohnungswesen* finden wir die wichtigsten Bestimmungen des Ortsbaustatuts in knappem, leicht verständlichen Telegraphenstil, Angaben über die Wohnungsinspektion, die dem sozialpolitischen Bureau angegliedert ist, Wohnungsnachweis, Wohnungsbau für städtische Arbeiter. Der Abschnitt *Sozialpolitik* führt die soziale Kommission, die Rechtsauskunftsstelle, das Arbeitsnachweisamt an; hier finden wir die Zahl der städtischen Arbeiter, Angaben über Lohn und Arbeitszeit, Arbeitsordnungen und Urlaub, Pensionskassen usw. Unter *Wirtschaftspflege* sind verzeichnet das Gaswerk und das Wasserwerk; genaue Angaben hierüber bringt der 1. Teil des Werkes; Ausführlicheres erfahren wir über das städtische Leihhaus und die Sparkasse mit ihren besonderen Zweigen (Alters- und Aussteuersparkassen) sowie das Anschlagswesen. Unter *Polizei und Feuerwehr* wird nur über letztere berichtet: die Stadt Essen erfreut sich wie eine ganze Reihe preussischer Städte einer königlichen Polizeiverwaltung, die freilich im Ausgabeetat der Stadt eine nicht unbeträchtliche Rolle spielt. Endlich wird bescheiden das statistische Amt er-

wähnt, das sich — wie wir annehmen dürfen — bei der ausserordentlich präzisen und übersichtlichen Auskunft hier wie in anderen Gemeinden ein grosses Verdienst erworben hat. Den Schluss des Berichts über die Stadt Essen bildet die namentliche Aufzählung des Bürgermeisters, der Beigeordneten — die rheinische Städteordnung kennt keinen Magistrat —, der Abteilungsdirigenten und der Stadtverordneten.

Ein ähnliches Bild erhalten wir bei allen grösseren Gemeinden, die den ausführlicheren Fragebogen ausfüllten. Bei den übrigen finden wir die gleichen Abschnitte ohne die besonders wichtige Spezialisierung; bei den kleineren Gemeinden reichen kurze Angaben aus, da die einzelnen Zweige nicht so differenziert sind; bei den kleinsten sind einzelne der Rubriken überhaupt nicht mehr ausgefüllt; am häufigsten fallen naturgemäss aus *Parks und Anlagen* und *Sozialpolitik*, wunderbarerweise gelegentlich auch *Finanzen*.

Gibt uns so der 2. Teil einen Überblick über die verschiedensten Einrichtungen in der einzelnen Gemeinde, so unterrichtet uns der 1. über die einzelnen Einrichtungen in den verschiedenen Gemeinden in vergleichender Zusammenstellung. Für den Aufbau des 1. Teils diente nicht nur das Material, das für den 2. — möglichst aus amtlichen Quellen — herbeigeschafft war, die Herausgeber haben vielmehr weit darüber hinausgehend alle Vorgänge in der Gesetzgebung des Reichs und der Bundesstaaten herangezogen, soweit sie das kommunale Leben berühren, ebenso alle ministeriellen Verordnungen, Verfügungen und Entschliessungen. So werden wir über das neue preussische Polizeikostengesetz und seine parlamentarische Behandlung unterrichtet wie über den Entwurf einer Novelle zur Gewerbeordnung, der im Dezember 1907 veröffentlicht wurde; wir erhalten eine Übersicht über die Verfügung des preussischen Unterrichtsministers betreffend die Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens wie über die des württembergischen Ministers des Innern über die Ausdehnung der Wohnungsaufsicht. Dass die Verhandlungen in den städtischen Körperschaften herangezogen werden, versteht sich von selbst; das erstreckt sich aber auch auf die Tätigkeit der einzelnen Deputationen und Kommissionen: so bringt, um auch hier nur ein Beispiel aus Dutzenden herauszugreifen, der Abschnitt *Koedukation*

ausser den Ausführungen verschiedener Stadtschulräte über ihre Erfolge (Mannheim) und ihre Aussichten (Berlin) einen ausführlichen Auszug aus dem Bericht der Schuldeputation in Bremen an die Bürgerschaft. Besonders wichtig ist, dass nicht nur über die ganze einschlägige Literatur sondern auch über alle Kongresse berichtet wird: Kongressberichte leiten fast jeden Abschnitt ein, Literaturübersichten mit kurzer Inhaltsangabe schliessen sie. Dabei finden nicht ausschliesslich Fachkongresse Berücksichtigung; so wird unter *Städtebau* und *Wohnungswesen* nicht nur über den 8. internationalen Wohnungskongress, den 14. Kongress für Hygiene und Demographie und den 8. deutschen Mietertag berichtet, sondern wir erfahren auch, dass auf der Generaiversammlung des *Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine* ein Referat über kommunale Wohnungsreform erstattet wurde.

Dabei ist das reiche Material so übersichtlich gegliedert, dass an der Hand des Inhaltsverzeichnisses das Gewünschte sofort gefunden werden kann. Die Hauptteilung entspricht den 12 Rubriken des 2. Teiles, doch ist jede einzelne wieder vielfach unterteilt. Ein Bild mag der Abschnitt *Sozialpolitik* geben, dem die Titel *Allgemeine Arbeiterpolitik*, *Spezielle Arbeiterpolitik* und *Kommunale Beamte* entsprechen. Die *Allgemeine Arbeiterpolitik* umfasst Kapitel über Arbeitslosenversicherung, Arbeitsnachweis, Arbeitsruhe im Handelsgewerbe, Bauarbeiterschutz, Rechtsauskunftsstellen, soziale Kommissionen, Versicherungswesen, Wanderarbeitsstätten; die *Spezielle Arbeiterpolitik* umfasst Kapitel über Kongresse, allgemeine Arbeitsordnungen, Arbeiterausschüsse, Arbeitszeit, Lohnpolitik, Ruhe-lohn und Reliktenfürsorge, Urlaub. Zum Teil ist das Material in Tabellen zusammengefasst; so finden wir in dem Abschnitt *Arbeiterpolitik* Tabellen über: kommunale Arbeitsnachweise (185 Gemeinden) mit Angabe der offenen, gesuchten, besetzten Stellen für die Jahre 1904 bis 1907; Arbeitszeit für den Handel am Sonntag auf grund von Ortsstatuten; 8stündiger Schichtwechsel in Gasanstalten (40 Gemeinden), Arbeitslohn (112 Städte) für 26 Kategorien von Arbeitern der Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke, Kanalisation, Strassenreinigung usw.; Ruhelohn (95 Gemeinden) nach Karenzzeit, Mindestalter, Mindestbetrag, Grundbetrag, Steigerung

etc.; Witwen- und Waisengeld (81 Gemeinden) in gleicher Ausführlichkeit; endlich Urlaub (119 Gemeinden).

Ein kurzer Blick noch auf den Abschnitt *Wirtschaftspflege*. Charakteristisch für den Ton des ganzen Werkes ist die Besprechung der Rentabilität von Elektrizitätswerken im Kapitel *Elektrizitätsversorgung* zu nennen, die in objektiver Weise die Ergebnisse von Arbeiten und daran sich knüpfenden Polemiken in der *Elektrotechnischen Zeitschrift* widergibt. Ihr lässt sich im Kapitel *Gasversorgung* die Aufführung der Mittel zur Förderung des Gasabsatzes zur Seite stellen, in dem besonders der Bericht des Oberingenieurs Hoffmann-München über die dort erzielten Erfolge bemerkenswert ist. Das gewaltige Zahlenmaterial betreffend Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke sowie das für Strassenbahnen ist hier in einem besonderen Anhang, dessen 60 Seiten, römisch numeriert, in den 888 Seiten des Gesamtwerkes gar nicht mitzählen, tabellarisch zusammengefasst. In die Tabelle der Elektrizitätswerke haben 226 Gemeinden Aufnahme gefunden. Die Tabelle ist alphabetisch geordnet; sie enthält Angaben über die Kraftquelle (Dampfmaschine, Gasmotor, Dieselmotor, Kraftgasmotor, Wasserkraft usw.); das System (Drehstrom, Gleichstrom, Wechselstrom mit Periodenzahl, Akkumulatoren, Leitung); Verbrauchsspannung; Selbstkosten für die Kilowattstunde; Zahl der Konsumenten; Zahl der abgegebenen Kilowattstunden und zwar getrennt nach Licht, Kraft, öffentlicher Beleuchtung, Strassenbahnen; Kilowattstunde pro Kopf der Bevölkerung; Kosten des Werks; Einnahmen; Ausgaben nebst Verzinsung und Tilgung; Preis der Kilowattstunde für Licht, Kraft, Strassenbahn, mit Berücksichtigung aller besonderen Festsetzungen wie Rabatt bei grösserer Abnahme, Sperrzeit bei Akkumulatorenbetrieb usw. Tatsächlich ist hier alles gegeben, was zu wissen nötig und wünschenswert ist. Und genau das gleiche lässt sich für die Tabelle der Gaswerke (387 Gemeinden) sagen; sie ist nach Grössenklassen (Gesamtgasabgabe) angeordnet; ein alphabetisches Verzeichnis mit Angabe der Ordnungsnummer in der Tabelle erleichtert das Auffinden bestimmter Gemeinden. Nicht minder übersichtlich und umfassend ist die Tabelle über die Wasserversorgung. Ausser den Angaben über Kosten, Preise, Verbrauch usw. unterrichten uns 2 Spalten über die Art der Wasser-

beschaffung (Quellwasser, Grundwasser, Flusswasser, Oberflächenwasser, ob das Wasser gehoben werden muss, oder ob das natürliche Gefälle genügt) und über die Art der Filtration, die in der Mehrzahl der Fälle fehlt, in den übrigen äusserste Mannigfaltigkeit zeigt.

Dass ein Werk wie das vorliegende bei seinem ersten Erscheinen noch Lücken und Mängel aufweist, ist wohl niemand klarer als den Herausgebern. Auch der Druckfehlerteufel hat sein Spiel getrieben. Ebingen (Württemberg) kann nicht nur 1000 Einwohner haben — sonst hätte es eben keine Aufnahme gefunden —, und Berlin hat leider fast 100 Mill. M. mehr Ausgaben als die angegebenen 54 Mill. M.: es würde sonst nicht mehr als 76 Mill. M. an Steuern erheben. Aber alle diese kleinen Mängel können der Bewunderung nicht Abbruch tun, die wir denen zollen müssen, die sofort beim ersten Versuch trotz aller Schwierigkeiten so Hervorragendes leisteten. Wie der Verlag in einer Anzeige hervorhebt, ist das Werk das erste seiner Art in der kontinentalen Literatur: England, sei hinzugefügt, besitzt ein ähnliches seit Jahren. *The Municipal Year Book of the United Kingdom*, herausgegeben von Robert Donald, ist im Januar 1908 von neuem erschienen. Es umfasst noch bei weitem kleinere Gemeinden; ich fand solche bis herab zu 800 bis 900 Einwohnern. Dieses Buch hat sich nach und nach entwickelt; so übertrifft die neueste Ausgabe mit ihren 936 Seiten die vorletzte um fast 300 Seiten. Man darf aber sagen, dass das deutsche Werk bei seinem ersten Erscheinen das englische Muster in der Fülle der Gesichtspunkte und im Geschick der Anordnung bei weitem überragt; etwas grob ausgedrückt kann man das deutsche Buch als ein zugleich wissenschaftliches dem rein praktischen englischen gegenüberstellen. Das Praktische macht sich freilich dadurch vorteilhaft geltend, dass das englische trotz der fast gleichen effektiven Seitenzahl bedeutend handlicher ist als das deutsche. Ich hoffe das *Kommunale Jahrbuch* im nächsten Juli — diese Zeit wollen die Herausgeber einhalten — in 2 handlichen Teilen, entsprechend der inneren Zweiteilung, begrüssen zu können. Dass es einen von Jahr zu Jahr steigenden Erfolg finden wird, steht für mich ausser Zweifel. Die Partei aber darf stolz darauf sein diese recht *positive* Leistung aus ihren Kreisen hervorgegangen zu sehen.

LEO ARONS